

Politische Berichte



13. Mai 1988
Jg. 9 Nr. 10

G 7756 D

Preis:
2,50



Entwurf des §-218-Beratungsgesetzes:
„Qualitative Bevölkerungspolitik“ und
„Lebensschützer“ Seite 8



Seeschifffahrt: Für ausländische See-
leute sollen nur Heimatlöhne gezahlt
werden Seite 19



Hannover-Messe: Verstärkte Zusammen-
arbeit gegen die Anwesenheit des
südafrikanischen Rassistenregimes auf
der Messe Seite 24

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Gesundheitsreform: Nur eine Antwort ist erfolgversprechend: Für die Gesundheit ist nichts zu teuer! 4

Schleswig-Holstein-Wahlen: Welche Forderungen werden an Engholm gestellt? 7

Frankreich: Mitterrand erneut zum Präsidenten gewählt 7

§ 218-Beratungsgesetz: „Qualitative Bevölkerungspolitik“ und „Beratung“ durch „Lebensschützer“ 8
Süssmuths neues Stichwort: „Eigenverantwortlich“ 9

1. Mai: DGB vertut Widerstandskräfte gegen Regierungspolitik 10

Auslandsberichterstattung

Brasilien – Weltmarkt III: Imports substitution: keine Schranke gegen imperialistisches Kapital 12
Kommunistische und Arbeiterbewegung 13

Chile: Eisenbahner im Streik 13

USA: Gericht verbietet „Ersatz“-Mutterschaft 14

Kanada-Frankreich: Streit um Fischereirechte vor Neufundland 14

Türkei: Lage zugespitzt – Evren droht – Verhaftungen 15

Zimbabwe: Fortschritte gegen die imperialistische Aggression 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
AIDS im Arbeitsrecht 18
Neue Rationalisierungsstrategien des Kapitals 18
Ein nützlicher Ratgeber für Wehrpflichtige 19

Seeschifffahrt: Für ausländische Seeleute sollen nur Heimatlöhne gezahlt werden 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Rekruten: Kritische Information zur Bundeswehr - Antimilitaristen vor Staatsschutzkammer 22

Keine Abschiebung von Ahmet Yilmaz und Arslan Yilmaz!

Am 2. Mai verhaftete die Polizei den Studenten Ahmet Yilmaz in der Braunschweiger Ausländerbehörde, wenige Stunden später den Arbeiter Arslan Yilmaz in Braunschweig. Beide wurden am 3. Mai in Abschiebehaft genommen. Arslan Yilmaz ist u. a. Vertrauensmann bei VW Salzgitter und im Vorstand des Türkisch-Deutschen Kulturvereins, Ahmet Yilmaz ist Mitglied in der GEW und arbeitet ebenfalls im Türkisch-Deutschen Kulturverein. Beide sind häufig für die Gleichberechtigung von Ausländern in der BRD aufgetreten. Gegen Ahmet Yilmaz läuft in der Türkei ein Strafverfahren, in dem die Todesstrafe erwartet wird. Arslan Yilmaz wird in der Türkei ebenfalls verfolgt. Nach der Inhaftierung verhängte die Staatsanwaltschaft Kontaktsperre, den Inhaftierten wurde selbst Kontakt zu ihrem Rechtsanwalt untersagt. Vorgeworfen wird ihnen, daß ihre Pässe unrechtmäßig durch gefälschte Stempel verlängert worden seien und darum ihre Aufenthaltsberechtigung auf der Stelle ende, obgleich Arslan sich seit Anfang der siebziger Jahre und Ahmet sich seit 1980 in der BRD aufhält. Nun ist allgemein bekannt, daß die türkischen Konsulate Paßverlängerungen gegenüber politisch Oppositionellen verweigern, ihnen auf diesem Wege entweder die Staatsangehörigkeit genommen wird, oder die Adressen der Oppositionellen bei Verlängerungsversuchen an den türkischen Geheimdienst weitergeleitet werden. Das Vorgehen der Ausländerbehörden und der Polizei kann nur als Versuch gewertet werden, zwei politisch mißliebige tätige Ausländer im Blitzverfahren abzuschieben. Beide Inhaftierten haben inzwischen Antrag auf Asyl gestellt. In Braunschweig fordert eine Aktionseinheit ihre Anerkennung als Asylberechtigte und die Aufhebung der Abschiebehaft. – (uld)

IG Metall fordert Mindeststandards in Südafrika

Die IG Metall und der Südafrika-Rat des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) fordern die westdeutschen Firmen, die in Südafrika Zweigwerke oder Beteiligungen besitzen, zur Einhaltung von Mindeststandards in diesen Betrieben auf. Die Gewerkschaften verlangen unter anderem:

Keine Ausnutzung der Apartheid-Gesetzgebung hinsichtlich des Status von Wanderarbeitern aus Homelands, denen nach einer Kündigung die Ausweisung droht; Lohnfortzahlung und Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses für unter Notstandsrecht und „rechtsstaatswidrigen Gesetzen“ verhaftete und abgeurteilte Arbeiter und

Gewerkschafter; Anerkennung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute als Vertreter der Beschäftigten; Verhandlungen mit den zuständigen Gewerkschaften über alle betrieblichen Belange; keine Verhandlungen mit den staatlich eingesetzten „Industrieräten“; freier Zugang zum Betrieb für schwarze Gewerkschaften; das Recht auf Versammlungen und Abstimmungen im Betrieb; Anerkennung des Streikrechts, keine Entlassungen wegen Teilnahme an Streiks; Recht auf „friedlichen Einsatz“ von Streikposten; Klärung von Arbeitskonflikten durch ein von beiden Seiten anerkanntes Schiedsgericht statt vor den südafrikanischen Gerichten; Garantie eines Wohnrechts in Wohnheimen und Firmenwohnungen; keine Erpressungen und keine ungerechtfertigten Kündigungen.

Unklar ist, wie die Gewerkschaften solche Forderungen gegenüber den westdeutschen Kapitalisten verfechten wollen – tatsächlich durchgesetzt werden können sie doch nur von den unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Südafrika selbst. Nützlich wäre der Katalog, wenn die IG Metall bei Verstoß gegen die Forderungen solche Verstöße hierzulande enthüllen und damit einen Beitrag zum Nachweis leisten würde, daß die Ausbeutertätigkeit der westdeutschen Kapitalisten in Südafrika kein Fortschritt für die afrikanischen Arbeiter bedeutet. Eine Anerkennung aller dieser Grundsätze durch westdeutsche Kapitalisten würde deren Ausbeutertätigkeit und ihre Unterstützung für das System der Apartheid nicht beenden und kann die Forderung nach vollständigen und bindenden Sanktionen nicht ersetzen. – (uld, sie, AGM)

Gauweiler kann Feyka-Kurdistan-Veranstaltungsverbot nicht halten

Auf der Veranstaltung in München am 5.5.88 sollte eine Rechtsanwältin über das Vorgehen der Bundesanwaltschaft gegen Kurden und ihre Organisationen berichten, ein festgenommener Kurde sollte über die Haftbedingungen und die „Auflagen“ sprechen, eine Vertreterin von Feyka-Kurdistan sollte die Ziele und Geschichte der Befreiungsbewegung vorstellen, und der Kurdistan Arbeitskreis München wollte über die Informationsperre und Pressefälschungen berichten. Nach dem Verbot einer Kurdistan-Veranstaltung am 26.2.88 durch die Stadt München und der anschließenden Einstellung des Verfahrens wegen Staatsverunglimpfung durch die Münchner Staatsanwaltschaft hatte das Münchner Kreisverwaltungsreferat gegen die Durchführung einer Veranstaltung im Mai keine Einwände erhoben. Ganz knapp vor der Veranstaltung hat der Wirt des Veranstal-

tungslokals dem BWK mitgeteilt, daß der Mietvertrag gekündigt sei und er zu einem Neuabschluß erst bereit sei, wenn die Polizei ihm gegenüber geäußerte „Bedenken“ zurückziehe. Zu diesem Zeitpunkt wurde immer deutlicher, daß der Freistaat die von der Stadt München genehmigte Veranstaltung verhindern wollte. Mit Auflagen versuchte die Stadt, ihre Position gegenüber dem staatlichen Druck aufrechtzuerhalten: Niemand dürfe für Feyka-Kurdistan, PKK oder die ERNK sprechen. Trotz dieser Auflagen stellte sich der Freistaat, genauer der zuständige Staatssekretär Gauweiler, auf. Die Regierung von Oberbayern hat die Landeshauptstadt München am 5.5.88 angewiesen, unverzüglich die geplante Veranstaltung zu verbieten. Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Weisung hat die Regierung von Oberbayern – erstmals in der Geschichte – die Ersatzvornahme angedroht und durchgeführt. Die Stadt München – der Kreisverwaltungsreferat Uhl (CSU) und OB Kronawitter (SPD) – haben sich gegen die Weisung des Freistaats gestellt. Presseberichte am folgenden Tag machen auch deutlich, daß selbst im Innenministerium Zweifel an der „Entmündigung“ der Stadt herrschten, doch Innenstaatssekretär Gauweiler habe sich „taub“ gestellt. Mit einem großen Polizeiaufgebot ist die freistaatliche Maßnahme durchgeführt worden. Noch kurz bevor das Verwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit der Veranstaltung feststellte, hat die Polizei sich an Besuchern vergriffen und sogar eine Landtagsabgeordnete der Grünen verhaftet, weil sie auf die Entscheidung des vom BWK angerufenen Verwaltungsgerichtes warten wollten. Die Polizei wollte von vornherein die Veranstaltung unmöglich machen, und

ihr Einwirken auf die Gastwirte führte auch dazu, daß auch ein schnell aufgetriebener Ersatzraum nach kurzer Zeit wieder verlassen werden mußte. Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts – die Veranstaltung ist erlaubt – haben die Besucher der Veranstaltung – es blieben nur wenige Minuten – einen Beschluß darüber gefaßt, wie weiter gemacht werden soll: 1. Bemühungen, Informationen über die Verfolgung der Kurden in der BRD und die Unterstützung der Kampfes der Türkei gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung durch die BRD herzustellen, werden begrüßt und gefördert. 2. Die Unzahl konkreter, von Verwaltung und Polizei des Freistaates gegen Kurden unternommener Unterdrückungsaktionen sollen untersucht und der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. 3. Die Versammlung ruft die Öffentlichkeit auf, gegen ein Informationsverbot für Vertreter der kurdischen Arbeitervereine (z.B. Feyka-Kurdistan), die in der BRD tätig sind, zu protestieren und ein solches Informationsverbot politisch zu Fall zu bringen. In allen örtlichen Zeitungen wurde über diese Auseinandersetzung berichtet. Die Schlagzeilen „Innenministerium läßt Stadt entmündigen“ (SZ), „Gauweiler contra Uhl – Stadt siegt über das Innenministerium“ (AZ), „Wegen Kurden: Machtkampf zwischen Gauweiler und Uhl“ (TZ), „Harter Durchgriff Gauweilers gegen OB Kronawitter“ (Merkur) verdeutlichen das Interesse der Presse an dieser politischen Auseinandersetzung. In einem Kommentar in der SZ wurde an die Schwabinger Krawalle erinnert, die damals durch eine überzogene Reaktion der Staatsgewalt provoziert wurden. – (dil)



Während die Protestaktionen gegen die Hinrichtung der Sechs von Sharpeville in der BRD fortgesetzt werden (Bild: Protestaktion der DKP vor Südafrikas Botschaft in Bonn), verurteilte das Rassenregime erneut zwei politische Gegner zum Tode. In der BRD protestierte auch der Strafverteidigertag gegen die Todesurteile und forderte die Freilassung der Sechs von Sharpeville. – (uld)

Rassismus: Glastrennscheibe im Ausländeramt 22

§ 129a: Haftstrafe für Veranstaltung zu pol. Gefangenen 23

Ausländische Lehrer: Erhöhte Arbeitsbelastung bei schlechterer Bezahlung 23

Hannover-Messe: Verstärkte Zusammenarbeit gegen Auftreten des südafrikanischen Rassistenregimes 24

Asylbewerber: Flüchtlinge fordern Sozialhilfe in Geld 25

Banktarifabschluß: Abschaffung der 40-Stundenwoche 25

Die Republikaner: A.o. Landesversammlung konnte in „REP“-Hochburg nicht stattfinden 26
DGB-Aufruf gegen REP-Parteitag – Reaktionen 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 29

2. HBV-Bundesfrauenkonferenz: Anträge und Ergebnisse 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Alte Menschen in der BRD . . . 30
Manifest für Arbeit auch im Alter 30
Alter als „Störfall“ 30
S. de Beauvoir: Das Alter 30
Ermunterung zur Unruhe 30
Nie zu alt, um jung zu sein . . . 30
Alter als Herausforderung 31

Senioren-Union der CDU: CDU postiert Truppen für Generationenkampf 31

CDU-Strategiediskussion II: Formierung der NATO/WEU im „Geiste von München“ 32

Spezialberichte

EG-Gipfel in Hannover: Der „gemeinsame Binnenmarkt bis 1992“ bedeutet schwere Angriffe auf die Lohnabhängigen 34
„Europäischer Binnenmarkt“. Die Konzerne gestalten ihn 35
Faschisten bereiten EG-Wahlen vor: „... gegen alle antideutschen Bestrebungen“ 36
Zur Europakonzeption des deutschen Faschismus: Großraumwirtschaft und Sklavenarbeit 38

Titelbild: 1. Mai in Hamburg

Gesundheits-Reformgesetz

Nur eine Antwort ist erfolgversprechend: Für die Gesundheit ist nichts zu teuer!

Die Front der Ablehnung des Gesundheits-Reformgesetzes ist breit, vielfältig und äußert sich lautstark. Dennoch ist offensichtlich, daß der bisher entwickelte Widerstand nicht ausreichen wird, die Pläne der Bundesregierung zu Fall zu bringen. So heftig die Bundesregierung auch kritisiert wird, so einmütig ist andererseits der Konsens, daß im Gesundheitswesen gespart werden müsse. Selbst z.B. der „Interessenverband der Dialysepatienten und Nierentransplantierten“, der das Gesetzesvorhaben als „schleichendes Euthanasieprogramm“ bezeichnet hatte, gesteht zu: „Immer deutlicher erkennen wir aber auch die Grenzen finanzieller Belastbarkeit bei den Beitragszahlern und die Grenzen medizinisch sinnvoller Hilfe bei den Gesundheitsanbietern.“ Diese Stellungnahme macht deutlich, unter welchem ungeheuren Rechtfertigungsdruck schwerkranke und behinderte Menschen heute bereits wieder stehen, wenn sie nur die Sicherung ihres Überlebens fordern (1).

Die Bundesregierung unterschlägt in ihrer Gesetzesbegründung den durch die kapitalistische Produktion ruinierten Gesundheitszustand der lohnabhängigen Bevölkerung als wesentlichen Grund der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen. Sie behauptet, „Übersorgung, Überkapazitäten und Unwirtschaftlichkeit, die zu einer Verschwendung von Finanzmitteln der Solidargemeinschaft führen“ (2), seien Ursache der „Kostenträchtigkeit“ des Gesundheitswesens.

Was nicht dem Profit nützt ist „Verschwendung“

Wer entscheidet, ob die Versorgung eines Kranken Übersorgung oder Normalversorgung ist? Es ist kein Naturgesetz, daß der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt unter 8% (BRD 1983: 8,2%) liegen muß. Welche Summe eine Gesellschaft für die Versorgung erkrankter Lohnabhängiger aufbringt, ist Ergebnis der Klassenauseinandersetzung. Zum Interesse der Kapitalistenklasse in dieser Auseinandersetzung heißt es in der Begründung des Gesetzesentwurfs kurz und knapp: „Die Personalzusatzkosten haben einen wichtigen Einfluß auf die internatio-

nale Wettbewerbsfähigkeit bundesdeutscher Unternehmen“ (3), deshalb sei es erklärtes Ziel der Bundesregierung, diese „Zusatz“kosten in Grenzen zu halten. Das Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung an optimaler gesundheitlicher Versorgung – unabhängig von der Höhe des verfügbaren Einkommens –, ihr Interesse an der Beseitigung menschenunwürdiger und inhumaner Verhältnisse in den Gesundheitseinrichtungen, ist nicht Gegenstand des Gesetzesentwurfes und steht dem Kapitalinteresse unversöhnlich gegenüber.

Warum soll der Kapitalist erkrankte Arbeitskraft durch ein teures Gesundheitswesen remobilisieren, wenn er billiger frische Arbeitskraft neu mobilisieren kann? So wurde ausländische Arbeitskraft angeworben, für den Profit der westdeutschen Kapitalisten zugrunde gerichtet und wieder abgeschoben. Der gleiche menschenverachtende Kreislauf findet heute in der BRD selber statt. Kranke Lohnabhängige werden zu Dauerarbeitslosen oder frühverrentet und durch jugendliche frische Arbeitskraft ersetzt.

Für die Kapitalistenklasse ist in der „Gesundheitspolitik“ alles Verschwendung, Übersorgung etc., was nicht der Mobilisierung und Remobilisierung von Arbeitskraft dient.

Neue „Endlösung“ für das „Rentnerproblem“?

Der Angriff auf die gesundheitliche Versorgung der Rentner ist ein wesentlicher Kernpunkt des Gesund-



Für die Gesundung der Profite zerstört Blüm die Krankenversicherung.

Dienstleistungsabend: Referentenentwurf vorgelegt

In Kürze das wichtigste aus dem Entwurf zum Dienstleistungsabend vom 2.5., den das Kabinett vor der Sommerpause beschließen und dann ins Parlament bringen will: „Unter Dienstleistungsbetrieben sind alle Betriebe zu verstehen, die ihren Kunden Waren oder Dienstleistungen in ihren Geschäftsräumen anbieten. Auf die Rechtsform der Betriebe kommt es nicht an. Entscheidend ist, ob sie sich wirtschaftlich betätigen ... Dienststellen mit Publikumsverkehr ... sind einzelne Behörden und Verwaltungsstellen des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie die Gerichte des Bundes.“ Diese Betriebe sollen donnerstags bis 21.00 oder 22.00 Uhr arbeiten lassen können. Die Mehrarbeit soll beliebig im Laufe der Woche „ausge-

glichen“ werden. „Die tatsächliche Dauer und Lage der Öffnungszeiten an den einzelnen Tagen in der Woche innerhalb der zulässigen Gesamtöffnungszeit bleibt betrieblichen Regelungen überlassen.“ Nun stellt Blüm das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte über Dauer und Lage der Arbeitszeit zur Disposition. – (rub)

Ausländergesetz: Koalition berät auf „höchster Ebene“

Noch im Mai wollen die Koalitionsparteien durch ein Gespräch der Parteivorsitzenden, zu dem auch Bundesinnenminister Zimmermann hinzugezogen werden soll, die offenen Fragen bei der Vorlage des neuen Ausländergesetzes klären und den Gesetzesentwurf in die parlamentarischen Beratungen einbringen. Das verlautet von CDU, CSU und FDP. Über das „Grundkonzept“, so die „Welt“ vom 29.4., von Ausländerintegrations- und des Ausländeraufenthaltsgesetz beste-

he Übereinstimmung. Offen seien noch Fragen wie die Stellung der Ausländerbeauftragten, die die CSU strikter an die Regierungslinie binden will, sowie die Abstufungen bei der Entrechnung von neu einreisenden Ausländern. Keine Aussicht werden der aus CDA-Kreisen vorgetragenen Absicht eingeräumt, die Nachzugsregelungen für Kinder und Familienangehörige zu lockern und so dem Gesetzesentwurf den Mantel „familienfreundlich“ umzuhängen. – (rül)

JVA Lübeck hebt Beschlagnahme auf

Ende 1987 hatte die JVA Lübeck der Gefangenen der RAF, H. Krabbe, den Bezug der Dokumentation „BRD – RAF“ verweigert. Nun berichtet diese: „Grüßt Euch, im Dezember hatten wir hier im Trakt von Euch die Dokumentation „BRD – RAF“ geschickt gekriegt. Damals hatte ich schon mal gesagt: wurde hier angehalten. Jetzt



Nach wie vor ist die Versorgung in den Gesundheitseinrichtungen vom Einkommen abhängig. Wer arm ist, muß häufig entwürdigende Behandlungen über sich ergehen lassen.

heits-Reformgesetzes. Bereits der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen kritisierte in seinem Jahresgutachten 1987: „Der Finanzierungsanteil der Rentner an die gesetzlichen Krankenkassen betrug im Jahre 1985 nur 44,1% der Krankheitskosten der Rentner. ... Diese Entwicklung ist bei langfristiger und auf die Zukunft bezogener Betrachtung besorgniserregend“ (4). Nicht „besorgniserregend“ wäre es demnach, wenn die Gesundheitsversorgung der Rentner auf das beschränkt würde, was sie von ihrer Rente an die Krankenversicherung einzahlen können. Unter den gegebenen Bedingungen der niedrigen Renten und dem schlechten Gesundheitszustand der Alten läuft dies einerseits auf geplanten frühen Tod hinaus, andererseits soll die Angst vor dem

nackten Elend der Krankheit die Arbeitskraft der Alten über das Rentenalter hinaus mobilisieren. Diesem Zweck dient die Anpassung des Krankenversicherungs-Beitragsatzes der Rentner an die Höhe des durchschnittlichen Beitragsatzes der GKV. Ab dem 1. Juli 1989 will die Bonner Koalition für 1989 1,3 Mrd. DM, 1990 2,4 Mrd. DM, 1991 1,8 Mrd. DM usw. durch diese „Anpassung“ abkassieren. Rund die Hälfte davon geht unmittelbar zu Lasten der Rentner, der andere Teil zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung. Aber auch die anderen geplanten Belastungen der Versicherten werden in überproportionalem Verhältnis auf die Rentnerbevölkerung durchschlagen durch den schlichten Tatbestand, daß alte Menschen Gesundheitseinrichtungen häufiger in Anspruch nehmen müssen.

Künftig weit über 2% „Selbstbeteiligung“

Welche Belastungen schließlich auf den einzelnen Versicherten zukommen werden, ist schwierig abzuschätzen. Einen Anhaltspunkt bietet aber die sogenannte Überforderungsklausel (§ 70 GRG). Nach dieser Klausel sollen Zuzahlungen des Versicherten zu „notwendigen Fahrtkosten, zu Arznei-, Verband- und Heilmitteln auf zwei Prozent seiner jährlichen Bruttoeinnahmen (bei Bruttoeinnahmen über der Beitragsbemessungsgrenze: Vier Prozent) beschränkt werden. Den Rest muß die Krankenversicherung vollständig übernehmen. D.h. bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 4500 DM (derzeitige Beitragsbemessungsgrenze) soll eine Zuzahlung von über 1000 DM möglich sein. Und das ist noch nicht alles. Zuzahlungen für stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, für Krankenhausbehandlung und für Zahnersatz werden nicht gemäß der Überforderungsklausel angerechnet und müssen in unbeschränkter Höhe gesondert vom Versicherten bezahlt werden. Damit wird insbesondere der Zahnersatz für viele unerschwinglich. Denn beim Zahnersatz wird zusätzlich das Sachleistungsprinzip durch die Kostenerstattung abgelöst. Das bedeutet, der Versicherte muß erst einmal aus eigener Tasche die Zahnarztrechnung bezahlen und erst dann die Rechnung bei der Krankenkasse einreichen. So werden zusätzlich Kontoüberziehungszinsen hinzukommen. Anschließend erstattet die Krankenkasse auch nicht alle Auslagen zurück, sondern im Durchschnitt 50% der Kosten. Hat der Versicherte sich ein Billigmodell einpassen lassen, erhält er 60%, bei einer aufwendigen Versorgungsform

wurde das Verbot aufgehoben und damit auch diese absurde Konstruktion: Weils ein Rezensionsexemplar ist, würde die nächste Auflage noch schlimmer, weil mit nem zusätzlichen Vorwort von uns ... damit ist also nun Schluß, Hanna.“ – (rül)

Daimler-Benz steigt bei MBB ein

Die Daimler Benz AG wird sich wahrscheinlich schon bald zu 30% am Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm beteiligen und damit beherrschend in der Luftwaffenrüstung tätig werden. MBB ist an nahezu allen Modernisierungsprogrammen und Waffenentwicklungen der Bundesluftwaffe beteiligt und wird seitens der BRD führend an Entwicklung und Bau des Jagdflugzeuges „Jäger 90“ teilnehmen. Die Daimler-Benz-Beteiligung wird aber erst möglich sein, wenn MBB die zivilen „Airbus Alt- und Neulasten“ abge-

stoßen hat. Alle mit dem Airbus zusammenhängenden Bereiche von MBB werden in einer neuen Airbus-Produktionsgesellschaft zusammengefaßt, an der MBB nur noch zu 30% beteiligt ist, den Rest übernimmt der Bund. Dadurch befreit die Bundesregierung MBB weitgehend vom defizitären Airbus-Projekt und ermöglicht den Einstieg von Daimler-Benz. Die politische Absicht, der westdeutschen Rüstungsindustrie bei Daimler-Benz eine Zentrale zu verschaffen mit enger Verbindung zur Bundesregierung, ist unverkennbar. (Quelle: Handelsblatt, 4.5.88 – jok)

Von der Frontstadt ins Ministerium

Daß der neue Verteidigungsminister Scholz kein gedienter Soldat ist wie zuvor Fliegermajor Wörner, soll in der Bundeswehr angeblich zu Irritationen geführt haben. Inzwischen müßte aber auch jedem Militaristen klar ge-

worden sein, daß dieser Mann entschlossen ist, den bisherigen Kriegskurs der Armeeführung fortzusetzen und zu intensivieren. Aus Westberlin käme er, „wo Sicherheitspolitik buchstäblich jeden Tag praktiziert wird“, erklärte Scholz in der „Welt“ (30.4.). In der Tat hat der Justizsenator und Jura-Professor Scholz stets die Unrechtmäßigkeit der gegenwärtigen Grenzen behauptet und „Freiheit“ auch für „drüben“ verlangt. Kommt er also auch zivil daher, über den Kriegszweck läßt der neue Armeebefehlshaber keinen Zweifel, das Militärische findet sich dann schnell. Daß die Bundeswehr für ihre gewaltigen Aufrüstungspläne mehr Geld benötigt als bisher, hat er stets verlangt, und ebenso wichtig ist ihm der Nachschub an Menschenmaterial für Unteroffiziers- und Offiziersverwendungen. Ob es diesem Zivilisten aber gelingen wird, die Vorbehalte der Jugend gegen den Komiß abzubauen, ist fraglich. (jok)



Niemals gestand die Kapitalistenklasse freiwillig der Arbeiterbevölkerung sozialen Schutz und Gesundheitsleistungen zu. Einmal erkämpfte Rechte sind ständig den Angriffen der Kapitalisten ausgesetzt. 1957: Arbeiter demonstrieren in Nürnberg für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; 1960: Aktionswoche gegen das Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz des damaligen Arbeitsministers Blank.

ganze 40% von der Kasse erstattet. Hat der Versicherte sich regelmäßig zahnmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen unterzogen, kann er noch einen Bonus von 15% zusätzlich geltend machen. Am Zahnersatz wird die freche Lüge am deutlichsten, daß auch nach Inkrafttreten des Gesundheits-Reformgesetzes das Notwendige in jedem Falle von der Krankenkasse gezahlt würde. Selbst im günstigsten Fall muß der Versicherte beim Zahnersatz ein Viertel der Kosten selber zahlen!

Aber auch mit der – selbst von den Gewerkschaften gepriesenen – Festbetragsregelung bei Medikamenten wird alles andere bezweckt, als das Notwendige vollständig von der Kasse zu ersetzen. Zukünftig soll der Versicherte beim Kauf einer Arznei nichts mehr zuzahlen, wenn der Preis einen

vorher festgelegten Festbetrag nicht übersteigt. In der ersten Stufe der Gesetzesverwirklichung sollen Festbeträge für wirkstoffgleiche Arzneimittel festgelegt werden. In den folgenden Stufen soll die Festbetragsregelung ausgedehnt werden auf „pharmakologisch-therapeutisch vergleichbare Wirkstoffe“ und schließlich auf Arzneien mit „pharmakologisch vergleichbaren Wirkprinzipien“. Die Ärzteverbände haben insbesondere die letzten beiden Stufen aus medizinischer Sicht kritisiert. Darüberhinaus zielt die Festbetragsregelung aber mit Sicherheit darauf ab, höhere Zuzahlungen zu Medikamenten von Seiten der Versicherten schleichend durchzusetzen. Wird z.B. nach der bisherigen Form der Selbstbeteiligung die Zuzahlung pro Medikament von 2 DM auf 3 DM heraufgesetzt, sind alle betroffen und

der Widerstand ist entsprechend. Wird zukünftig der Festbetrag für eine bestimmte Medikamentengruppe herabgesetzt, so daß der Versicherte für „sein“ Präparat dann zuzahlen muß, ist der Widerstand dagegen schwerer zu organisieren.

Das Gesundheits-Reformgesetz sichert nicht das Notwendige, sondern beseitigt Standards, die bereits heute zu niedrig sind.

Quellen: (1) Stellungnahme des „Interessenverbandes der Dialysepatienten und Nierentransplantierten“ (IVDD) gegen die geplante Strukturreform im Gesundheitswesen, zitiert nach: Informationsdienst Gesundheitspolitik 07/88; (2) Bundesrat-Drucksache 200/88, S.132; (3) ebenda, S. 134; Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Jahresgutachten 1987, S. 68. – (kar)

Katholische Laien: Wiedervereinigung – in der NATO

„Gerade die Kirchen seien eine ganz wesentliche Klammer zwischen den getrennten Teilen Deutschlands“ betonte der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Professor H. Maier, auf der letzten Vollversammlung des ZdK Ende April. Maier forderte die im Zentralkomitee verbundenen katholischen Laienorganisationen auf, im Sinne dieser „wesentlichen Klammer“ ihre Aufgaben wahrzunehmen. Prof. Maier wies „den durch die deutschlandpolitische Diskussion der letzten Monate entstandenen Eindruck zurück“, als ob NATO und EG im Gegensatz zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes stünden. Gerade das Gegenteil sei wahr und müsse Leitlinie für katholische Laien sein. Westdeutsches Militär und westdeutsche Finanzmacht tatkräftig im Verbund: Nur so

kann die Beseitigung der DDR erreicht werden. Maier: „Deutschlandpolitik für die Freiheit und Selbstbestimmung aller Deutschen könne unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen nur gelingen, wenn sie in jeder Phase in das Atlantische Bündnis und namentlich in die europäische Integrationspolitik eingebettet bleibe.“ – (gba)

Kurdenverfolgung: Einer frei, ein anderer verhaftet

Mitte April ist der Haftbefehl gegen einen weiteren wegen angeblicher „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ inhaftierten Kurden, Hasan Engizek, aufgehoben worden. Bei Engizek, laut Rebmann Inhaber einer Wohnung, in der im Februar angeblich ein zum Tode verurteilter Kurde längere Zeit festgehalten wurde, besteht auf einmal keine Fluchtgefahr. Eine Woche vorher war ein weiterer Kurde, Duran Kalkan, bei

der Einreise in die BRD wegen § 129a verhaftet worden. Kalkan begann am 1. Mai einen Hungerstreik. In einer Erklärung hat er betont, daß seine Inhaftierung Teil eines Krieges gegen die PKK sei, und die Anerkennung als Kriegsgefangener gemäß der Genfer Konvention verlangt. Er will seinen Hungerstreik erst nach schriftlicher Zusage von Haft erleichterungen abbrechen. Kalkan ist jetzt in ein Kasseler Krankenhaus eingewiesen. – (rül)

Rheinhausen: Stilllegung bis Ende 1990 gestreckt

Duisburg. Der fünfmonatige Kampf der Belegschaft von Krupp Rheinhausen geht seinem Ende entgegen. Unter Vermittlung von NRW-Ministerpräsident Rau (SPD) haben Vorstand und Betriebsrat der Krupp Stahl AG am 3.5. eine Vereinbarung zur Stilllegung des Werkes unterzeichnet. Ursprünglich sollte das Werk Ende 1988 stillge-

Schleswig-Holstein-Wahlen

Welche Forderungen werden an Engholm gestellt?

Die SPD hat die Wahlen in Schleswig-Holstein mit nahezu 55% der abgegebenen Stimmen gewonnen. Die CDU hat empfindliche Stimmverluste hinnehmen müssen und erhielt nur noch 33%. Auch den sozialdemokratischen Kommentatoren des Wahlergebnisses ist klar, daß die SPD nicht alle diese Stimmen für ihr Programm bekommen hat. Ein Anteil von 4% bis 7% der 55% für die SPD besteht aus Wählern, die nur deshalb die SPD gewählt haben, weil sie klarstellen wollten, daß eine Partei, unter deren Regierung Machenschaften wie die Barschels möglich sind, nicht weiterregieren soll.

Engholm erklärte direkt nach der Wahl, das Ergebnis zeige, „daß die SPD eine wirkliche Volkspartei geworden sei, die Unterstützung aus allen sozialen Schichten erhalte“. Die Landes-SPD konkurriert seit langem mit den Grünen um deren Themen. Viele

Angehörige der Intelligenz, die sonst ihre Interessen bei den Grünen gut aufgehoben sehen, sind Mitglieder oder Sympathisanten der SPD. Engholm war und ist um gute Beziehungen zur „Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft“ und deren Vertretungsorgane bemüht.

Den Wählern aus diesen Schichten, die die SPD von CDU, FDP und Grünen gewonnen hat, haben alle Sprecher der SPD versprochen, daß ihre Ansprüche Gehör fänden. Die Kapitalisten und ihre Verbände fordern eine gründliche Umstrukturierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft weg von den klassischen Industrien hin zu High-Tech-Plänen. Viele Angehörige der Mittelschichten sehen das jetzt auch so. Die SPD unterstützt diese Vorhaben in ihrem Wahlprogramm und erscheint offenbar als die geeignetere Partei, die für solche Maßnahmen notwendige breite Übereinstimmung herzustellen. Die SPD muß jetzt das Kunststück vollbringen, das zu erreichen, obwohl die Gewerkschaften und soziale Bewegungen ganz andere Hoffnungen an einen Wahlsieg der SPD geknüpft haben.

Gegenüber der politischen Opposition hat die SPD vor allem Hoffnungen geweckt, daß „politisch Andersdenkende“ nicht mehr verfolgt werden, daß zum Beispiel der Extremistenbeschluß von 1972 und die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft werden.

Die NPD hat mit 19151 Stimmen das höchste Ergebnis seit den Landtagswahlen 1967 erreicht, als sie mit 72000 Stimmen in den Landtag kam (1967 - 1971). Trotzdem liegen sowohl NPD und Republikaner unter der Grenze der Wahlkampfkostenerstattung von 1,5%. Die Faschisten haben weniger Stimmen bekommen, als von vielen befürchtet wurde. Dazu hat beigetragen, daß die politische Kritik der Faschisten zugenommen hat, daß inzwischen VVN, DKP, Grüne und Teile der SPD die Auflösung der faschistischen Organisationen entsprechend den alliierten Kontrollratsgesetzen fordern. Die Bewegungsfreiraum der Faschisten im Wahlkampf war eingeschränkt. - (clm/kaq)

| | 1988 | % | 1987 | % |
|---------------------|-----------|-------|-----------|-------|
| Wahlberechtigt | 2 042 226 | 100,0 | 2 035 382 | 100,0 |
| Wähler | 1 580 613 | 77,4 | 1 559 330 | 76,6 |
| SPD | 857 688 | 54,8 | 701 124 | 45,2 |
| CDU | 521 014 | 33,3 | 660 484 | 42,6 |
| F.D.P. | 69 588 | 4,4 | 81 113 | 5,2 |
| GRÜNE | 44 886 | 2,9 | 60 408 | 3,9 |
| SSW | 26 646 | 1,7 | 23 316 | 1,5 |
| Unabh. Wählerge.S-H | 12 785 | 0,8 | 20 628 | 1,3 |
| DKP | 2 253 | 0,1 | 2 338 | 0,2 |
| ÖDP | 1 169 | 0,1 | 556 | 0,0 |
| Freie Soziale Union | 170 | 0,0 | 39 | 0,0 |
| Republikaner | 8 653 | 0,6 | - | - |
| NPD | 19 151 | 1,2 | - | - |
| S-H-Partei | 2 246 | 0,1 | - | - |

Frankreich

Mitterrand erneut zum Präsidenten gewählt

Mit 54% der Stimmen ist F. Mitterrand erneut zum Staatspräsidenten Frankreichs gewählt worden. Sein Gegenkandidat J. Chirac erhielt 46% der Stimmen. Dieses Ergebnis war erwartet worden, dabei gab es während des Wahlkampfs keine großen Programmunterschiede. Der Sozialist Mitterrand stellte sich als Staatsmann aller Franzosen dar, der auf das Europa von 1992 hinarbeite. Er bemühte

legt werden. Vereinbart wurde: Bis zum 31.3.1989 übernimmt Thyssen die Produktion des Walzwerkes; zum 1.7.1989 wird die Gemeinschaftshütte Krupp/Mannesmann gebildet und einer der zwei Hochöfen in Rheinhausen stillgelegt; Ende 1990 werden – nach erneuter Prüfung der „Marktentwicklung“ – der andere Hochofen und das Stahlwerk stillgelegt. Gleichzeitig verpflichteten sich die Vorstände von Krupp und Mannesmann, in Rheinhausen selbst oder durch Dritte 1500 „Ersatzarbeitsplätze“ zu schaffen. Abgesehen davon, daß in dieser Zahl rund 700 Beschäftigte enthalten sind, die ohnehin noch jahrelang für Ausräumarbeiten gebraucht werden, ist völlig offen, was für „Ersatz“ das sein soll. Auf einer Belegschaftsversammlung gab es viel Kritik an der Vereinbarung. Möglichkeiten, die Stilllegung doch noch zu verhindern, sieht jedoch niemand mehr. Der Aufsichtsrat wird am 19.5. entscheiden. - (wof)



Mit der Aufforderung an die Bundesregierung, „den Abbau der Teilung Deutschlands und Europas als eines der wichtigsten Anliegen deutscher Politik“ weiter ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken, schloß am 25. April in Bonn die Jahresvertagung des revanchistischen „Bundes der Vertriebenen“. Die „bittere Durststrecke“ (Czaja) geringen Interesses sei vorbei. Bild: „Junge Amerikaner zu Gast im BdV-Haus. Vizepräsident Helmut Sauer MdB zeigt ihnen auf einer Landkarte die Lage des Hofes seiner Familie in Schlesien.“ (Deutscher Ostdienst des BdV, 21.4., S. 9) - (rül)

sich um eine Abgrenzung vom Kandidaten der rechtsradikalen Front national (FN), Le Pen, der Gaullist Chirac hingegen um eine Annäherung, die schon de facto bei Gesetzesvorhaben im Bereich der Ausländerpolitik und der Inneren Sicherheit zum Ausdruck kam. Innenminister Pasqua gab erst vor zwei Wochen öffentlich kund, daß er im Grunde mit Le Pen übereinstimme.

Genaueren Aufschluß über das Wählerverhalten gibt jedoch der erste Wahlgang am 24.4.88. Das hohe Ergebnis von Le Pen (14,4%) war vorhersehbar. Nachdem die FN bei den Europawahlen 1984 12% erzielte, sank der Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen 1986 leicht auf 10%, aber die FN konnte seitdem ihre rassistische Politik im Parlament betreiben. Die niedrigsten Ergebnisse erzielte Le Pen in den Überseeregionen mit 0,6% bzw. 1,7%. Die höchsten Ergebnisse erhielt er in Marseille, Nizza und Antibes. In Marseille erhielt er 28,4% und lag damit noch vor Mitterrand, der 26,9% erhielt. Bei der Präsidentschaftswahl 1981 konnte hier noch der Kandidat der PCF am meisten Stimmen auf sich ziehen mit 25,8% vor Giscard d'Estaing mit 25,7%.

Betrachtet man die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von 1974 bis 1988, so fällt auf, daß es zwischen dem konservativen und dem linken Lager kaum Verschiebungen gegeben hat, daß es aber innerhalb der Lager vor allem 1988 eine starke Aufspaltung und Polarisierung gibt: nach rechts zu Le Pen, in der Linken zwar starke Verluste der PCF (6,8% gegenüber 15,4% 1981), aber Konsolidierung oder leichten Zuwachs zu 1986 der Trotskisten (Laguiller 2%, Boussel 0,4%), Mitterrand (34,1%). Außerdem kandidierte noch Juquin (früher PCF, 2,1%). Die Grünen kandidierten ebenfalls (3,8%, in den Alpenregionen und den Vogesen über 5%).

Die Polarisierung wird besonders deutlich in Gegenden mit großen sozialen Konflikten, z.B. in der Pariser Arbeitervorstadt La Courneuve mit einem hohen Ausländer- und Arbeitslosenanteil. Hier erzielte die PCF 24,6%, die FN 18,6%. 1981 erhielt die PCF hier noch 39,2%. Nach einer Mikrozensusuntersuchung gaben 31% der Kleinhändler und Handwerker ihre Stimme Le Pen, gefolgt von 21% aus den freien Berufen, 18% der Bauern, 16% der Arbeiter (43% der Arbeiter wählten Mitterrand, 17% Lajoinie, PCF). Von den Arbeitslosen wählten 40% Mitterrand, gefolgt von 19% für Le Pen.

Mitterrand wird als nächstes einen neuen Premierminister, nun aus seiner Partei, ernennen lassen.

Quellenhinweis: Le Monde v. 26.4.88, S.6-36; F.A.Z. v. 26./27.4.88; H.A.Z. v. 28.4.88. - (sur)

Entwurf des § 218-Beratungsgesetzes

„Qualitative Bevölkerungspolitik“ und „Beratung“ durch „Lebensschützer“

Den ersten „Arbeits-Entwurf“ vom 25.1.88 für das Beratungsgesetz zum § 218 ließ sich Rita Süßmuth erst Ende Februar aus der Schublade ziehen. Am 27.4.88 wurde nun eine zweite Fassung als Referentenentwurf des Ministeriums in Umlauf gesetzt, jedoch nur als Entwurf der CDU/CSU. Die FDP will nach einem „Expertenhearing“ um Pfingsten ihren Segen geben. Rita Süßmuth geht davon aus, daß der endgültige Gesetzesentwurf bis 8. Juni, also noch vor dem CDU-Bundesparteitag vom Kabinett verabschiedet wird und dann im Bundestag eingebracht wird.

Der neue Entwurf (siehe Kasten) ist, abgesehen von einigen liberalen Vokabeln wie „eigenverantwortlich“, „Angebot“, „auf Wunsch“, inhaltlich im wesentlichen gleich: Festlegung des Ziels der Beratung auf das Austragen der Schwangerschaft, Ausdehnung der Beratung sowohl zeitlich (bis auf drei Jahre), inhaltlich (Vermittlung von sog. „Hilfen“, Begleitung

Jede Schwangere zur „Beratung“

„Jede Schwangere hat einen Rechtsanspruch darauf, sich in allen die Schwangerschaft und die Familienplanung betreffenden Fragen ... beraten zu lassen“, dieser erste Satz des Gesetzesentwurfs ist schon oft als purer Etikettenschwindel gekennzeichnet worden, handelt es sich doch bei der „Beratung“ um einen Zwang, dem die ungewollt Schwangeren unterworfen werden, die eine Abtreibung nach der Notlagenindikation wollen. Trotzdem sollte man nicht vergessen, daß Genforschung und die reproduktionstechnologische Industrie tatsächlich an der „Beratung“ möglichst aller Schwangeren interessiert sind. Heute gibt es bereits den „Rechtsanspruch“ aller sog. Spätgebärenden auf eine human-genetische Beratung, wo im Falle einer möglichen Behinderung in der Regel eine Abtreibung nach der „eugenischen Indikation“ nahegelegt wird. „Pränatale Selektion“, so erläutert

Schwanger — in Not

- alleingelassen
- bedrängt vom Mann
- den Angehörigen u.a.

Sie fürchten, Ausbildung,
Beruf, Auskommen,
Freunde zu verlieren.

Sie fürchten, die Kräfte
reichen nicht aus . . .

660 **Erfahrungs-**
Austausch, Tipps

How Age Motivations Cass zum Thema
„Schöpfersetz“ imaginieren
dein (521111)
Wer kann
stetschig

SPERMÜLL sbildung u. Auf
als Biologisch

Wir nehmen uns Zeit für Sie

- Wir hören Ihnen zu, klären, begleiten, helfen.
- Wir zeigen die finanziellen, materiellen und institutionellen Hilfen auf von Bund, Land, Kommune, kirchlichen Einrichtungen, von Kirchengemeinden, Privatpersonen, Vereinen und Initiativen
- Wir bringen Sie unter bei aufnahmebereiten Familien, in einer Wohnung, im Mutter Kind Heim — vor und nach der Entbindung — außerhalb des Wohnorts.
- Wir vermitteln Kontakte zu anderen (auch zu schwangeren oder alleinerziehenden Müttern), zu christlichen Gemeinden und Kreisen.
- Wir vermitteln: Facharzt, Sozialarbeiter, Jurist, Pflege- und Adoptionsstelle, Familienhelferin, Kur- und Erholungsmöglichkeit
- Wir führen notwendige Gespräche — falls Sie es wünschen — mit: Kindesvater, Ehemann, Angehörigen, Behörden, Arbeitgeber, Schule, Vermieter
- Wir beschaffen — soweit möglich und bei Bedarf — Babysachen, Kinderwagen u.a.
- Wir unterrichten Sie über
 - Embryo und Fetus (das ungeborene Kind)
 - die körperliche und seelische Umstellung zu Beginn der Schwangerschaft
 - Methoden und mögliche körperliche und seelische Folgen der Abtreibung
 - Mutterschutz, Unterhaltsanspruch, Fragen zu Pflegegeld und Adoption
 - Kinderpflege und -erziehung
 - Familienplanung und Empfängnisregelung
 - Familien- und Sexualethik.
- Wir helfen Ihnen, Ihre Lebens- und Sinnkrise zu bewältigen und Ihre Beziehungs- und Kontaktprobleme, Sexual- und Familienprobleme längerfristig zu lösen

Seriös aufgemachtes Propagandamaterial von „Lebensschützern“, die sich als Beratungsstelle ausgeben. Aus: „Sperrmüll“, „Flohmarktzeitung“ in Mannheim und Umgebung.

zu Behörden) wie auch zahlenmäßig; die Indikation „Notlage“ darf erst nach der „Beratung“ gestellt werden, Beratung und Indikation darf nicht durch die selbe Person erfolgen. Ein Verstoß gegen diese beiden Bestimmungen ist mit bis zu 10000 DM Bußgeld bedroht. Wer die jährliche Fortbildung versäumt, hat ein standesrechtliches Verfahren zu erwarten. Über eine Änderung der RVO soll die Kassenabrechnung an die Meldepflicht gebunden werden, eine Regelung, die seit 1.10.87 mit der Neuordnung der Arzthonorare (EBM) praktisch schon vorweggenommen ist (ausführlich im Informationsdienst Gesundheitspolitik 3.3.88).

knapp und präzise die Enquete-Kommission den Zweck der Humangenetischen Beratungsstellen. „Jede Schwangere“ hat heute einen „Mutterpaß“, in dessen neuer Auflage (seit ca. 1985) -zig Fragen nach Vorerkrankungen und Familiengeschichte erfaßt sind. Alles natürlich nur „zum Wohle der Mutter und des Kindes“.

Das geplante Beratungsgesetz ist ja nicht das einzige Vorhaben, mit dem der Staat in das Fortpflanzungsverhalten eingreifen will. Geplant ist ebenfalls ein neues Sterilisationsgesetz, nach dem „Uneinsichtige“ ohne ihren Willen sterilisiert werden können. Geplant ist ein „Embryonenschutzgesetz“, das sich keineswegs allein auf

Süssmuths neues Stichwort: „Eigenverantwortlich“

Im folgenden Auszug aus dem Entwurf des Beratungsgesetzes vom 27. 4.88 sind die Veränderungen gegenüber dem ersten Entwurf vom 25.1.88 durch *Kursivschrift* hervorgehoben.

Entwurf eines Gesetzes über die Beratung von Schwangeren (Schwangerschaftsberatungsgesetz)

1. Abschnitt: Beratung

§ 1 Anspruch auf Beratung

Jede Schwangere hat einen Rechtsanspruch darauf, sich in allen die Schwangerschaft und Familienplanung betreffenden Fragen in einer Beratungsstelle nach § 218 b Abs. 2 Nr. 1 des Strafgesetzbuches beraten zu lassen. *Ihr sind Verständnis und besondere Hilfsbereitschaft entgegenzubringen.*

§ 2 Ziel der Beratung

(1) Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens und der Sorge für die Schwangere. Sie wird mit dem Ziel angeboten, die Bereitschaft der Schwangeren zur eigenverantwortlichen Annahme des ungeborenen Lebens zu wecken, zu stärken und zu erhalten.

(2) Die Beratung soll dazu betragen, eine im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft bestehende seelische und soziale Not- oder Konfliktlage zu bewältigen und das Austragen der Schwangerschaft sowie die Lage von Mutter und Kind zu erleichtern. Sie soll der Schwangeren helfen, eine *eigenverantwortliche* Entscheidung zu treffen, die der Verpflichtung gegenüber dem ungeborenen Leben und der besonderen Pro-

blematik des Schwangerschaftsabbruchs gerecht wird.

§ 3 Sicherstellung eines Beratungsangebots

(1) ... ist eine öffentliche Aufgabe. Sie obliegt den Ländern, die dabei die Vielfalt der Träger von Beratungsstellen zu berücksichtigen haben.

(2) Die Beratung wird vorrangig von den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und deren Mitgliedsorganisationen wahrgenommen.

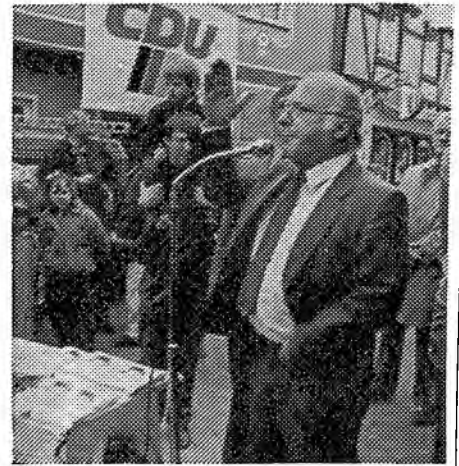
§ 4 Inhalt und Umfang der Beratung

(1) Die Schwangere ist in einem mit ihr persönlich zu führenden Gespräch zu beraten, bei dem sie anwesend ist. Auf Wunsch (gestrichen: *oder mit Einwilligung*) der Schwangeren können am Beratungsgespräch auch Personen teilnehmen, die *nach Ansicht der Schwangeren* zur Bewältigung der Not- oder Konfliktlage beitragen können. Die Beratung und die Vermittlung von Hilfen sind auch nach der Geburt bis zum 3. Lebensjahr des Kindes fortzusetzen, wenn die Ratsuchende dies wünscht ...

§ 10 Anerkennung von Beratungsstellen

(1) Eine Beratungsstelle darf nur behördlich anerkannt werden, wenn

1. gewährleistet ist, daß ihre Tätigkeit den Anforderungen der §§ 1, 2 und 4 bis 9 entspricht,
2. sie aufgrund ihrer organisatorischen und personellen Voraussetzung die Gewähr für eine fachkundige (gestrichen: *und auf Dauer angelegte*) Beratung bietet,
3. der Träger die *Kontinuität der Arbeit der Beratungsstelle* gewährleistet,
4. sie mit den Stellen zusammenarbeitet, die öffentliche und private Hilfen für Mutter und Kind gewähren,



Blüm im April in Köln mit Freibier gegen Abtreibung.

5. sie eine ausreichende Sachkenntnis aller Beraterinnen oder Berater und deren regelmäßige Fortbildung sicherstellt,

6. sie im Bedarfsfall einen Arzt *oder eine Ärztin*, einen Juristen *oder eine Juristin* oder einen Psychologen *oder eine Psychologin* hinzuziehen kann.

(2) Die Anerkennung darf nicht deshalb versagt werden, weil in der Beratungsstelle keine Feststellung nach § 219 des Strafgesetzbuches getroffen werden kann.

(3) Die Länder regeln das Verfahren (gestrichen: *sie können weitere Anerkennungsvoraussetzungen bestimmen.*)

§ 12 Anerkennung von Ärzten und Ärztinnen; Fortbildung

... Inhalt und Umfang der Fortbildung sowie standesrechtliche Folgen der Verletzung des Fortbildungsgebotes nach Absatz 2 werden von der Landesärztekammer im Einvernehmen mit der zuständigen obersten Landesbehörde festgelegt.

Industrie und Forschung bezieht, sondern in entscheidenden Passagen gegen die „Leichtfertigkeit“ der Frau.

Geplant ist der Ausbau der § 218-Stellen auf ein Zahlenverhältnis von 40 000 Einwohner zu einer Beraterin.

Statt bisher ca. 20 Mio. sollen die Länder 105 Mio. DM an Personalkostenzuschüsse zahlen. Abweichungen nach oben sind ausdrücklich vorgesehen. „Qualitative Bevölkerungspolitik“ läßt sich die Regierung eben einiges kosten.

Legt man noch das Programm zum Ausbau der humangenetischen Beratungsstellen daneben, erhält der von Süssmuth im Zusammenhang mit dem § 218-Beratungsgesetz ständig betonte „Beratungsbedarf“ und der „Rechtsanspruch jeder Schwangeren“ einen Beigeschmack von Drohung.

„Schutz des ungeborenen Lebens“ genügt

In der öffentlichen Diskussion wird meist und zu Recht hervorgehoben, daß das Beratungsgesetz den Beratungsstellen, die die Entscheidung der Frau respektieren und sie nicht unter Druck setzen, mit Entzug der Zulassung droht. Gleichzeitig jedoch sind die Zulassungsvoraussetzungen den „Lebensschützern“ auf den Leib geschneidert (siehe Kasten). Schon jetzt geben sich in etlichen Städten private Gruppen und Vereine von Lebensschützern als Beratungsstellen aus, verteilen seriös aufgemachte Faltblätter, inserieren in Zeitungen und gehen in Arztpraxen hausieren. In Kassel hat das „Weiße Kreuz“, eine Organisation der „Lebensschützer“, bereits vor zwei Jahren die Zulassung als § 218-Beratungsstelle erhalten. Sie führen dort v.a. Schulungen für ihre eigenen Propagandisten durch.

Gegen § 218 und Beratungsgesetz

Der verbale Protest täuscht nicht über den Mangel an Aktionen hinweg. Bei den meisten 1.-Mai-Kundgebungen wurden Forderungen gegen das Beratungsgesetz und den § 218 erhoben. Trotz wiederholten Aufforderungen lehnt jedoch der DGB-Vorstand den Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration, wie ihn der DGB-Bundesfrauenausschuß im Oktober 87 beschlossen hatte, ab. Andere Zusammenschlüsse wie die „Bundesweite Koordination Frauen gegen den § 218“ und „Frauen-Begehren-Selbstbestimmung“ rufen zu gleichzeitigen Aktionen in möglichst vielen Städten am Samstag nach der offiziellen Pressekonferenz zum Beratungsgesetz auf, spätestens am 11. Juni, außerdem zu einer Demonstration und Kundgebung am 15. Juni in Wiesbaden (CDU-Parteitag), zu der regional mobilisiert werden soll. – (bar)

1. Mai-Aktionen

DGB vertut Widerstandskräfte gegen Regierungspolitik

Etliche Meldungen über die gewerkschaftlichen Aktionen zum 1. Mai besagen, daß die Teilnehmerzahlen rückläufig waren – der DGB meldete ca. 650 000 Teilnehmer gegenüber 700 000 im Vorjahr. Das muß beunruhigen, weil es Erfolge reaktionärer Politik signalisiert. Die wüsten Angriffe auf materielle und politische Rechte der Lohnabhängigen sind gepaart mit einer sozialen und politischen Differenzierung, die die Entfaltung eines gemeinsamen Widerstands erschwert. Hinzu kommen offene Flanken und Schwachpunkte des gewerkschaftlichen Widerstands.

Die Aktionen haben zwar viele Anstrengungen gezeigt, die reaktionäre Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse zu bekämpfen. Da waren beispielsweise Forderungen zu sehen und zu hören gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse insgesamt, nach erträglichen und kürzeren Arbeitszeiten; nach Sicherung der Einkommen auch bei Arbeitszeitverkürzung; gegen die Entrechtung der ausländischen Arbeiter und für ihre rechtliche Gleichstellung; gegen die Expansion des Kapitals, für die Unterstützung der Arbeiterbewegung und Befreiungsbestrebungen in den betroffenen Ländern wie Azania.

Vieles ließe sich noch anführen. Und dennoch sind diese Interessen in der Öffentlichkeit kaum durchgedrungen. Dafür sorgen die bürgerlichen Medien, die die Berichterstattung über selbständige Bestrebungen der Lohnabhängigen zu unterdrücken trachten. Es spielt aber auch eine Rolle, daß die Kundgebungsredner vielfach keine schroffe Abgrenzung gegen die Bestrebungen der Reaktion nach innen und außen ziehen mochten.

Vom SPD-Vorsitzenden Vogel, der in München sprach, hat man kaum etwas anderes erwartet. Er hat – in Anknüpfung an Lafontaines Diskussion – die Fortsetzung von Arbeitszeitverkürzungen unterstützt „mit einem Lohnausgleich, der sicherstellt, daß kein Arbeitnehmer nach einer Arbeitszeitverkürzung weniger Lohn und Gehalt bekommt als vorher“. (1) Wie soll das konkret aussehen? Nach Vogel so: Die Gewerkschaften hätten schon in den letzten Jahren geringere Lohnerhöhungen akzeptiert, als sie von den Arbeitgebern für den Fall angeboten worden seien, daß sie auf kürzere Arbeitszeiten verzichteten. Dieser Prozeß müsse weitergehen. Hier wird das Lohnopfer einfach ein Stück verschoben. Ein formaler Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung

soll sein, notwendige Lohn- und Gehaltserhöhungen aber nicht. Im Ergebnis trifft sich der Vorsitzende mit seinem Stellvertreter.

Aber auch Ernst Breit hat auf der Vormaiveranstaltung in Mainz in diesem Sinn gesprochen: „Nachdrücklich wies der DGB-Vorsitzende in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die jeweiligen Arbeitszeitverkürzungen von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ‚auf Heller und Pfennig

zufordern. (3) Seine Position in der Mairade: „Die Grenzen verlaufen noch immer zwischen Arbeit und Kapital“ hat er damit selber infrage gestellt.

Vielleicht hat Ernst Breit gedacht, das sei was besonders Pffiffiges zum Thema „Gerechtigkeit“, was für viel Resonanz in den Medien sorgen könnte: Der Amtseid des Bundeskanzlers mit der Verpflichtung, dem deutschen Volk zu dienen, Schaden von ihm abzuwenden, seinen Wohlstand zu mehren und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Diesen Eid will Breit eingelöst haben. Da wird ihm Helmut Kohl aber im Kanzleramt nächstens was erzählen: Daß die Regierung für die guten Geschäfte der



Leider eher die Ausnahme: Auf der zentralen Kundgebung für Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen, die auch im Rundfunk übertragen wurde, forderte ein IGM-Redner uneingeschränktes Kommunalwahlrecht für alle Ausländer. Bild: Demonstration in Stuttgart.

bezahlt' worden seien. ‚Weniger Arbeit war mit weniger Lohnsteigerung verbunden‘, betonte er. ‚Das war und ist praktizierte Solidarität der Arbeitnehmerschaft‘. (2) Ansprüche der Lohnabhängigen gegenüber den Kapitalisten als Anwendern der Arbeitskraft und gegenüber dem Staat verschwinden hier hinter der Pflicht zum solidarischen Verzicht im Lager der Lohnabhängigen selber. Kein Wunder, daß man bei aller Anklage gegen die Arbeitslosigkeit keine Forderung nach aktueller Sicherung ihrer Lebensverhältnisse, nach einem höheren und länger gezahlten Arbeitslosengeld zum Beispiel, gehört hat.

Viele der gewerkschaftlichen Mairadner haben gegen Lafontaines strategisches Konzept der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich Stellung genommen. Auch der Vorsitzende der IG Metall. Wie etliche andere Kritiker hat das aber auch Franz Steinkühler nicht abgehalten, als großen Beitrag zur Gerechtigkeit die „Ergänzungsabgabe für Besserverdienende“ („gutverdienende Manager, Rechtsanwälte, Ärzte und andere Selbständige“) ein-

BRD zu sorgen habe, und daß, wer sich davon nichts herausschneiden kann, gefälligst selber schuld sei. Und Norbert Blüm wird noch draufgeben, daß es nur gerecht sei, wenn tief in die Tasche greifen muß, wer sich seine Gesundheit selber vertrinkt und verbraucht. Wenn Ernst Breit auf den Amtseid der Regierung pocht statt auf die Interessen der Lohnabhängigen, wird er in Bonn allenfalls Heiterkeit erzeugen, aber keinen Eindruck machen.

Entscheidende Sachen lassen sich aus dem verschrobenen Blickwinkel des Amtseids erst gar nicht erfassen und hat man bei Ernst Breit und anderen auch nicht gehört. Der Expansionismus der BRD zum Beispiel. Oder die Entrechtung der ausländischen Arbeiterbevölkerung, die im „deutschen Volk“ des Amtseids von vornweg ausgenommen ist oder mehr noch als Teil der gegnerischen Welt dasteht, gegen den „das deutsche Volk“ Interessen durchzusetzen hat.

Quellen: (1) SPD-Presseservice, 1.5.88; (2) FR, 2.5.88; (3) metall 9/88, 29.4.88 – (alk, rok)



In Schleswig-Holstein war die Beteiligung gleich bzw. etwas höher als 1987. In Kiel (Bild) wurden Forderungen gegen Blüms Gesundheitsreform mitgetragen und Parolen gegen Neonazis gerufen. Der BSE-Vorsitzende Carl forderte eine AZO, die 8 Stunden/Tag an 5 Tagen die Woche festschreibt. – (kaq)



Hamburg. Ca. 12000 (mehr als 1987), besonders stark der ÖTV-Block. Auffällig die Unterstützung des Befreiungskampfes in Azania. – (scc)



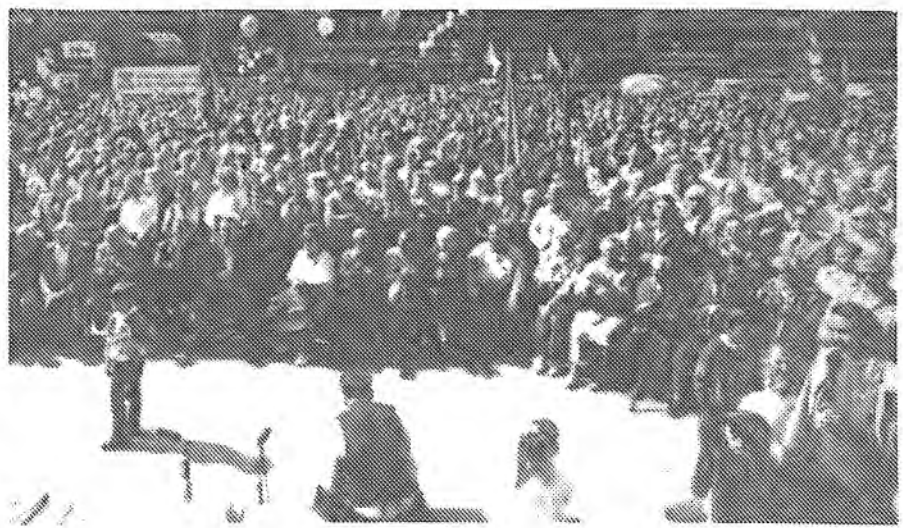
Hannover. Wenig Beifall für Grußworte von OB Schmalstieg – der sich in der ÖD-Lohnrunde gegen die Beschäftigten gestellt hat – von 7000 Teilnehmern, mehr für den Vertreter der namibischen Bergleutegewerkschaft. – (gec)



Köln. 4000 beteiligten sich an der DGB-Demonstration. Beschäftigte von KHD forderten: „Samstag muß frei bleiben!“ Der Vorsitzende des Ausländerausschusses forderte einen Arbeitstag von höchstens acht Stunden. – (jöd)



Frankfurt. Die Absicht der hessischen Landesregierung, den Abschluß im öffentlichen Dienst nicht zu übernehmen, wurde angegriffen. – (ros)



In München nahmen ca. 6000 Teilnehmer an der 1. Mai-Kundgebung des DGB teil. In drei Demonstrationszügen marschierten die Gewerkschaftsmitglieder zum Marienplatz. Der SPD-Vorsitzende Vogel erklärte, daß SPD und Gewerkschaften unverändert in den großen Zielen übereinstimmen. – (dil)

Brasilien und der Weltmarkt Teil 3

Importsubstitution – keine Schranke gegen imperialistisches Kapital

Für den im Gefolge der Weltwirtschaftskrise von 1929 begonnenen Aufbau einer eigenen Industrie wurde von Seiten des brasilianischen Staates die notwendige Basis geschaffen. Die Modernisierung der Infrastruktur, die bisher auf die Kaffeeproduktion ausgerichtet war, der Aufbau einer gesicherten Energieversorgung, der Ausbau des Kommunikationssystems und schließlich die Verstaatlichung des Transportwesens schufen günstige Voraussetzungen für die Industrialisierung.

In der ersten Phase der sogenannten Importsubstitution lag der Schwerpunkt in der inländischen Produktion von nicht langlebigen Konsumgütern, Massenkonsumgüter wie Textilien und Schuhen, Halbfabrikaten und Luxusgütern. Ausländische Investitionen waren in dieser Phase infolge des 2. Weltkrieges, der damit verbundenen Schwächung der ehemaligen europäischen Kolonialmächte sowie des Koreakrieges äußerst gering. Zwischen 1930 und 1954 umfaßten sie nur 58 Mio. US-\$.

Die durch den 2. Weltkrieg bedingte stärkere Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen und die damit verbundene Preissteigerung wirkten sich für Brasilien in der Steigerung der Exporterlöse aus, die wiederum zu einem massenhaften Import von dauerhaften Konsumgütern wie Pkw und Elektrogeräten etc. führte. In Brasilien waren bereits 1950 über 500000 Pkw und Lkw zugelassen. Das Land stand damit an 10. Stelle in der Welt. Nur 2000 Pkw/Lkw waren hingegen im Inland produziert worden. Ca. 16% der Deviseneinnahmen wurden somit jährlich für den Import von Kraftwagen verausgabt.

Als mit dem Ende des Koreakrieges 1953 auch die Preise für brasilianische Exportprodukte – zu über 55% Kaffee – fielen, gingen die Deviseneinnahmen drastisch zurück. Die Regierung Vargas verfügte drastische Importverbote und begann ihre gegen das Vordringen des imperialistischen Kapitals gerichtete nationalistische Politik fortzusetzen, in dem sie z.B. die Förderung und Verarbeitung von Erdöl unter staatliches Monopol stellte. Erst nach dem Selbstmord Vargas war der Weg für das imperialistische Kapital endgültig frei. Vargas hatte gegen den mit den USA geschlossenen Militärvertrag verstoßen, indem er Rohmaterialien von strategischem Wert, z.B. Eisen, an die SU und die CSSR verkaufte – durchaus nicht uneigennützig, nämlich zu weitaus höheren Preisen, als die USA zu zahlen bereit wa-

ren. Vargas, keineswegs ein Freund der arbeitenden Klassen Brasiliens – so fiel der staatliche Mindestlohn maßgeblich unter seiner Regierung und der seines Vorgängers Dutra zwischen 1943 und 1952 auf die Hälfte – schrieb in seinem „Testament“: „Zu der Wühlätigkeit der internationalen Gruppen gesellten sich bald nationale Gruppen ... Ein Gesetz gegen übermäßige Gewinne wurde im Kongreß aufgehoben, und Haßkampagnen wurden gegen mich entfacht, weil ich eine Revision der Mindestlöhne gefordert hatte.

Ich befreite die Bodenschätze des Landes für das Volk durch die Petrobras (nationale Ölgesellschaft, d.



VW ließ ab 1953 in Sao Paulo produzieren und gehörte zu den Nutznießern der Importsubstitutionspolitik.

Verf.) ... Aus der Wertzersetzung für das Hauptezeugnis unseres Landes entstand die ‚Kaffee-Krise‘. Wir bemühten uns, seinen Preis zu verteidigen – die Antwort war heftiger Druck auf unsere Wirtschaft bis zu einem Punkt, an dem wir zum Nachgeben gezwungen waren.“ (1)

Unter der Regierung Kubitschek kam die Importsubstitution in Brasilien zu voller Entfaltung. Seine Politik beruhte auf der Kooperation des Staates mit dem ausländischen Kapital. Staatliche Investitionen für die Infrastruktur sollten ausländischen Konzernen profitable Ausbeutungsmöglichkeiten im Bereich der Produktion dauerhafter Konsumgüter ermöglichen. Den brasilianischen Kapitalisten sollte der Bereich der Zulieferung sowie der

Herstellung kurzlebiger Konsumgüter überlassen bleiben. Der Ausbau des Energiesektors, der Stahlproduktion, des Straßen- und Eisenbahnsystems sollte die Industrialisierung weiter fördern. Die Finanzierung dieses 2,3 Mrd.-US-\$-Projekts erfolgte zwischen 1957 und 1961 im wesentlichen durch ausländische Kredite. Die ausländischen Konzerne wurden durch eine Reihe von Begünstigungen, wie Befreiung von Steuern, Errichtung eines Schutzzollsystems, das Einführen von Waren verbot, die bereits im Inland gefertigt wurden, sowie durch Subventionen im Bereich der Energieversorgung und des Gütertransports geschmiert.

Bereits im ersten Jahr der Regierung Kubitschek verdoppelten sich die Investitionen ausländischer Konzerne in Brasilien und erreichten während seiner Regierung eine Höhe von durchschnittlich 148 Mio. US-\$ pro Jahr.

Die Folge der Politik Kubitscheks („50 Jahre Fortschritt in fünf Jahren“) war einerseits eine Steigerung der Industrieproduktion für dauerhafte Konsumgüter (von 1955-61 in der Transportmittelindustrie um jährlich 32,8%, in der Elektroindustrie um 27,2%, jedoch in der Lebensmittelindustrie um 6,6% und in der Textilindustrie um 4,3%), andererseits eine Verschärfung der sozialen Gegensätze und darunter insbesondere zwischen Stadt und Land.

Die Mehrzahl der Bevölkerung konnte selbst ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen. Der Markt für dauerhafte Konsumgüter beschränkte sich auf die Schichten mit einem Jahreseinkommen von mehr als 1100 US-\$, das waren nicht mehr als 5% der Be-

völkerung.

Bedingt durch den begrenzten Markt und die großen Produktionskapazitäten (Auslastung der Automobilproduktion 1961: 43%) der dauerhaften Konsumgüter kam es ab 1960 zu einer wirtschaftlichen Stagnation und zu einer ersten Krise des „brasilianischen Entwicklungsmodells“. Die Investitionen sanken rapide, was die Zulieferindustrie und andere Branchen ergriff. Die Produktion wurde gekürzt, Arbeiter entlassen.

Die ab Mitte der 50er Jahre in Brasilien betriebene Politik der Importsubstitution gestützt auf die ausländischen Konzerne hatte zu einer Aufteilung der brasilianischen Wirtschaft auf ausländisches Kapital, nationales privates und öffentliches Kapital geführt, wobei die wichtigsten Branchen von ausländischem Kapital kontrolliert wurden und die brasilianische Bourgeoisie in eine untergeordnete Rolle gedrängt wurde. Teile der brasilianischen Bourgeoisie waren direkt mit dem imperialistischen Kapital verbunden, z.B. Zulieferer und Händler, andere profitierten von der Einbindung Brasiliens in den Weltmarkt als Produzenten und Exporteure von Agrarprodukten.

Anfang der 60er Jahre nahm die Kritik an der Öffnung des Landes gegenüber dem imperialistischen Kapital zu bis hinein in Kreise der nationalen Bourgeoisie. Zum Teil geschah dies auf Druck und als Reaktion auf die

zunehmenden Forderungen der lohnabhängigen Klassen, aber auch, weil diese Schichten zunehmender Konkurrenzkampf durch das ausländische Kapital ausgesetzt waren und nicht von der Regierungspolitik profitierten.

Antimperialistische Forderungen fanden auch Eingang in die Politik der brasilianischen Regierung. 1961 unterzeichnete z.B. Präsident Quadros ein Dekret, das die Machenschaften des US-Konzerns Hanna Mining Co. beschränkte. Widerrechtlich hatte sich die Hanna die Ausbeutung staatlicher Eisenerz angeeignet, die durch das Quadros-Dekret verstaatlicht werden sollten. Quadros wurde schließlich von Militärs abgesetzt; sein Nachfolger Goulart unterschrieb das veränderte Dekret und wurde durch den Militärputsch von 1964 gestürzt, der im Bundesstaat Minas Gerais, wo das verstaatlichte Hanna-Erzlager sich befand, mit Unterstützung des CIA seinen Ausgang nahm.

Auch mehrten sich innerhalb der Regierung Goulart Stimmen, die unter dem Einfluß der Bewegung der Blockfreien und der antikolonialistischen und antimperialistischen Kräfte die Auswirkungen des imperialistischen Weltmarktes auf die unterdrückten Länder offen kritisierten und z.B. die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung unterstützten. Als Beispiel soll hier aus der Rede des brasilianischen Botschafters, Preto, in der BRD 1963 vor dem Institut für Aus-

landsbeziehungen in Stuttgart zitiert werden:

Die „unterentwickelten Länder (leiden) unter unsicheren Einnahmen, unter der ständigen Verschlechterung des Austauschverhältnisses von Roh- und Fertigprodukten ... In der Zeit von 1952 bis 1961 mußte Brasilien 22000 t mehr Kaffee, 44000 t mehr Baumwolle, 10000 t mehr Kakao und 2000000 t mehr Eisenerz in die Bundesrepublik ausführen, um das gleiche Gesamteinkommen sicherzustellen ... Zu diesen Zahlen (Verlust von 515 Mio. DM bzw. 1,4 Mrd. DM in Preisen von 1952 bzw. 1954, d. Verf.) muß man noch die 27%ige Steigerung der Preise für jene Waren hinzuzählen,“ die zwischen 1952 und 1961 aus der BRD importiert worden. „Am Beispiel des Kaffees in der Bundesrepublik wird deutlich, daß ... von 1952 bis 1961, in der für das Erzeugerland der Preis des Rohkaffees um 25,5% herabgesetzt wurde, der Preis der Ware sich für Verbraucher nur um 10% verminderte ... (die Kaffeesteuer) über 5 Mrd. DM einbrachte.“ (2)

Quellenhinweis: (1) zit. n. U. Holtz, Brasilien. Eine historisch-politische Landeskunde, Paderborn 1981, S.123; (2) ebd., S.136/7; (3) B. Goldenberg, Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart 1971, S.226f.; C. Furtado, Brasilien heute, Frankfurt 1971; E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, Wuppertal 1986 - (sie)

Kommunistische und Arbeiterbewegung

1945 konnte die Kommunistische Partei Brasiliens wieder - für zwei Jahre - legal arbeiten, organisierte Tausende von Demokratischen Komitees und gründete Bauernligen. Die Kommunistische Partei Brasiliens hatte ca. 200000 Mitglieder, ihr Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung stieg. Über das erneute Verbot schrieb KP-Führer Prestes: „Die Ursache dieser Mißerfolge bestand in den reformistischen Abweichungen unserer politischen Linie und unsere parlamentarischen Illusionen ... wie die These vom „friedlichen Fortschritt““ (3) 1950 verabschiedete die Kommunistische Partei Brasiliens ein neues Manifest, in dem die nationale Bourgeoisie als konterrevolutionäre Kraft eingeschätzt wurde. Die Kommunistische Partei Brasiliens gründete die Demokratische Front der Nationalen Befreiung. Vier Jahre später wurde diese Linie revidiert: Es müsse die Einheitsfront aller antimperialistischen und antifeudalen Kräfte gesucht werden, aber unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei. Ziel sei die Errichtung eines volksde-

mokratischen Staates der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie.

Ab 1956 bildeten sich drei Richtungen innerhalb der Kommunistischen Partei Brasiliens heraus, aus der einen ging die 1962 neugegründete, zunächst maoistische PCdoB hervor. Die moskauorientierte Kommunistische Partei Brasiliens revidierte ab 1958 ihre politischen Auffassungen, z.B. revolutionäre Machteroberung, antimperialistische Einheitsfront.

1963/64 nahmen die Kämpfe der städtischen Arbeiter, der Bauern und Landarbeiter erheblich zu. Die Goulart-Regierung versprach eine Landreform, Verstaatlichung von nationalen Ressourcen, Wahlrecht für Analphabeten und Soldaten, Zulassung linker Organisationen. Die Bauernligen im Nordosten organisierten den ersten „Nationalen Bauernkongreß“ und führten bewaffnete Landbesetzungen durch. Der Zersetzungsprozeß innerhalb der Armee setzte sich fort, Unteroffiziere und Mannschaften meuterten, verlangten höhere Löhne und Gewerkschaften. Der Putsch der Militärs zerschlug linke und Gewerkschaftsorganisationen.

Chile

Eisenbahner im Streik

Seit Mitte April befinden sich in Santiago de Chile und der Hafenstadt Valparaíso Eisenbahner im Streik. In diesen Städten tragen nicht alle Beschäftigten den Streik mit, und in anderen Teilen des Landes ist die Beteiligung der Eisenbahner gering oder inexistent. Grund dafür sind Druck und Repression seitens der Betriebsleitung und des Regimes, aber auch mangelnde gewerkschaftliche Organisation und Koordination. Die Forderungen der Streikenden sind: Keine weiteren Entlassungen bei der Eisenbahn! Wiedereinstellung aller Entlassenen! Nein zur Privatisierung des Betriebes!

Auf einer Sitzung von führenden Gewerkschaftsvertretern der Kupfer- und Erdölbranche sowie verschiedener anderer hauptsächlich staatlicher Betriebe Mitte April wurde festgestellt, daß die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Diktatur - Privatisierung, Ausverkauf der nationalen Wirtschaft an transnationale Konzerne, Massenentlassungen und das Zunehmen von Leihfirmen - für alle Branchen gleichermaßen zutreffen. Es sei jedoch schwierig, die Gewerkschafts-

basis zum entschlossenen Kampf dagegen zu bewegen, da die gewerkschaftlichen Aktivitäten immer noch vorwiegend an Lohnkämpfen orientiert seien.

Es ist eine Erfahrung der chilenischen Gewerkschaftsbewegung seit 1983, daß es in einzelnen Branchen schon die Bereitschaft zum offensiven Vorgehen gibt, daß jedoch der Funke des Streiks – des politischen Streiks – nicht ohne weiteres auf andere Arbeiter und Betriebe überspringt. Ein Beispiel ist der Streik der Kupferarbeiter 1983, der brutal unterdrückt und isoliert wurde, der aber dennoch den Anfang der Protestbewegung ab Mai 1983 markiert hat. Auch die Hafen- und Werftarbeiter versuchten mit ihren langen und kämpferischen Streiks 1985/86, eine Kette von politisch begründeten Arbeiterstreiks und Mobilisierungen auch anderer Teile des Volkes auszulösen. Ihre Hoffnung erfüllte sich nicht.

Unterstützung nicht nur in – letztendlich leeren – Worten, sondern in Taten fanden die streikenden Eisenbahner in Santiago und Valparaíso jetzt vor allem bei Studenten, Elendsviertelbewohnern und Frauenorganisationen.

Das Nationale Arbeiterkommando (CNT) rief zu einer 1.Mai-Veranstaltung in der Stadt Iquique auf, in der das Regime an diesem Tag eine „Feier“ geplant hatte. Das CNT hatte im April einen Forderungskatalog aufgestellt, der u.a. die Erhöhung des Mindestlohns auf umgerechnet etwa 100 Dollar enthält. Da das Regime darauf nicht reagiert hat, beschlossen die Gewerkschafter, am 11. Mai einen Generalstreik durchzuführen. – (med)

USA

Gericht verbietet „Ersatz“-Mutterschaft

Das Oberste Gericht von New Jersey, einem Teilstaat der USA, hat Verträge über „Ersatz“-Mutterschaft gegen Geld als „illegal und vielleicht kriminell“ verboten. Es handele sich um eine Form von Kinderverkauf und verstoße damit gegen bestehendes Recht. Es gibt also selbst im Kapitalismus etwas, das man nicht kaufen oder verkaufen kann. Die Entscheidung des Gerichts ist erfreulich, denn zuvor hatte ein unteres Gericht die Heiligkeit des Vertrags über alles gestellt.

Die Sachlage war wie folgt: Ein Akademiker-Ehepaar hatte ein „Ersatz“-Mutterschaftsunternehmen mit der Beschaffung eines Mutterleibes beauftragt. Die Akademiker-Ehefrau litt nämlich an einer milden Form von Multipler Sklerose und wollte nicht das Risiko eingehen, ein Kind auszutragen. Die von dem Unterneh-

men angeheuerte „Ersatz“-Mutter ging folgenden Vertrag ein: Sie wird mit Samen des Kunden künstlich besamt; nach der Geburt liefert sie die lebende Ware und alle Rechte auf das Kind dem Auftraggeber gegen 10000 Dollar ab; bei Totgeburt erhält sie 1000 Dollar; bei Fehlgeburt vor dem vierten Monat erhält sie nichts. Nach der Geburt jedoch wies die Frau das Geld zurück und gab ihr Baby nicht heraus. Per Gerichtsbeschluß wurde den Auftraggebern das Sorgerecht zuerkannt, die Polizei beschlagnahmte das Kind und übergab es den „rechtmäßigen“ Eltern.

Das darauffolgende Gerichtsverfahren war ein Muster an patriarchalischer und Klassen-Gerichtsbarkeit. Richter und Presse zogen über die Mutter her. Sie wurde fast als Flittchen dargestellt, weil sie sich in Scheidung befand und einen neuen Freund hatte, von dem sie dann später auch noch schwanger war und ihn heiratete. Die Akademiker schleiften eine Menge von Psychiatern an, die bekundeten, daß sie als Mutter nicht geeignet sei. Beweis: Sie habe „Hurra“ gesagt, als das Kind in die Hände klatschte, und nicht „pattycake“. Schwerwiegender: Sie hatte nur Hauptschulabschluß, ihr Mann war nur Müllarbeiter und ihr Familieneinkommen nur 28000 Dollar. Damit kam sie schlecht weg gegenüber den beiden Dokortiteln und 90000 Dollar Jahreseinkommen des Akademiker-ehepaares. Der Richter verwarf die Mutter als „manipulativ, impulsiv und berechnend“ und bezeichnete sie als „schlechte Mutter“, weil sie ihr Kind nicht freiwillig rausgeben wollte. Das Akademiker-ehepaar dagegen wurde als Stütze der Gesellschaft dargestellt. Das Gericht sprach dem Vater das alleinige Sorgerecht zu und machte die Akademiker-ehefrau unmittelbar nach dem Urteil zur legalen Adoptivmutter des Kindes.

Das Obergericht hat in der Berufung das Urteil aufgehoben. Es hat nicht nur „Ersatz“-Mutterschaft gegen Geld verboten, sondern auch festgestellt, daß die „Ersatz“-Mutter die Mutter ist und nicht „Ersatz“. Es hat ausdrücklich die Handlungsweise der Mutter, das Kind nicht herauszugeben und den Vertrag zu brechen, gebilligt. Die Gesetze bzgl. Adoption und Sorgerecht, die Kinderverkauf verbieten, erlaubten es der Mutter, ihren Entschluß, ihr Kind und Elternrecht aufzugeben, zu ändern. Es sei staatliche Absicht, beiden natürlichen Eltern die gleichen Rechte auf ihr Kind zu geben. Der alleinige Zweck der „Ersatz“-Mutterschaftsverträge sei, dem Vater das alleinige Recht auf das Kind zu geben. Das Gericht hob auch die Adoption auf.

So positiv das Urteil ist, es hat ein

paar Haken. Erstens verbietet das Urteil nur Mutterschaften für andere gegen Geld, argumentierend, daß ohne Geld derartiges nur ganz selten geschehe. Zweitens hielt das Gericht kommerzielle Ersatzmutterschaften nur „potentiell entwürdigend für Frauen“. Und drittens, nach so vielen erhebenden prinzipiellen Worten, besann sich das Obergericht am Ende auf die Vorzüge der gehobenen Schichten und gestand dem Vater die Erziehungsgewalt zu, weil das Akademiker-ehepaar dem Kind ein gesichertes Zuhause bieten kann, im Gegensatz zu den ungesicherten Verhältnissen der Mutter. Das einzige, was die Mutter gewann, waren mehr Besuchsrechte.

Quellenhinweis: Frontline, 29.2.88; Guardian, 2.3.88 – (her, ger)

Kanada-Frankreich

Streit um Fischereirechte vor Neufundland

Die seit 1977 bestehende Auseinandersetzung zwischen Kanada und Frankreich um die Fischrechte im Gebiet zwischen Neufundland und der französischen Kolonie St-Pierre/Miquelon ist im Rahmen des französischen Präsidentschaftswahlkampfes durch französische Politiker verschiedener Parteien scharf eskaliert worden. Sie unternahmen von St-Pierre aus am 15. April eine gemeinsame Fischfahrt in umstrittenes Gebiet und wurden vom kanadischen Küstenschutz aufgebracht, inhaftiert und erst gegen eine Kaution von 24000 Dollar pro Kopf freigelassen.

Frankreich reagierte darauf mit dem Rückruf seines Botschafters aus Kanada zum Rapport, Ministerpräsident Chirac berief eine Krisensitzung ein, kanadische Reisende in Frankreich wurden vom Zoll stundenlang nicht abgefertigt.

St-Pierre und Miquelon bilden ein Archipel aus acht Inseln mit zusammen 242 km, besiedelt von 6200 Personen, 20 km südwestlich der Halbinsel Burin, die zu Neufundland gehört. Die Inseln wurden 1534 zusammen mit dem heutigen Kanada von Jacques Cartier für Frankreich reklamiert, zwischen 1713 und 1814 waren sie zwischen Großbritannien und Frankreich umstritten, seither hat Frankreich sie als letzten französischen Stützpunkt in Nordamerika in Besitz. Bereits 1866 kamen jährlich 4000 französische Fischer von St. Malo herüber. Während der Prohibition war hier ein Umschlagplatz für Schmuggel. Seit 1985 sind St-Pierre und Miquelon von Frankreich als „collectivité territoriale“ eingestuft und sind im französischen Senat, aber nicht im Parlament

vertreten.

Seit 1977 beansprucht Frankreich für das Archipel eine Wirtschaftszone von 220 km. Kanada erkennt nur 20 km an, und Frankreich ist nicht bereit, die kanadischen Fangquoten für Kabeljau in dem strittigen Gebiet zu akzeptieren. Traditionell fischen die Fischer von St-Pierre und Miquelon in der Mündung des St. Lorenz-Stroms, aber seit Frankreich im letzten Herbst die Verhandlungen abgebrochen hat, hat Kanada seine Fischgründe für Fischer aus Frankreich und St-Pierre-Miquelon gesperrt. Kanada vertritt den Standpunkt, daß die Fischer vom Archipel und die großen Boote aus Frankreich, vor allem aus St. Malo, das Gebiet überfischen. Die Sperrung der Fischgründe hatte zur Folge, daß zwei Fischverarbeitungsfabriken auf St-Pierre geschlossen wurden, in denen 350 Beschäftigte arbeiteten.

Der Bürgermeister von St-Pierre erklärte gegenüber der kanadischen Presse, man sei nicht nur mit Kanada, sondern auch mit Frankreich unzufrieden, das sich nur zu Wahlzeiten um das Archipel kümmere, ansonsten aber mehr an dem Auftrag für zehn bis zwölf Atom-U-Boote interessiert sei, um den Paris sich in Ottawa bewirbt.

Die Verhandlungen in Paris wurden mittlerweile wieder aufgenommen, und es wird damit gerechnet, daß in der nächsten Zeit ein neutraler Vermittler berufen wird, der innerhalb von drei Monaten vorläufige Fischfangquoten für französische Boote in kanadischen Gewässern für die nächsten vier Jahre aushandeln soll. Eine Entscheidung wird wahrscheinlich durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gefällt werden.

(Quellen: Financial Times, 19.4.; NZZ, 20.4.; FAZ, 21.4.; Maclean's, 2.5.; Encyclopaedia Britannica 1985; Canadian Encyclopedia 1985; Fischer Weltalmanach 1988 - mfr)

Türkei

Lage zugespitzt – Evren droht – Verhaftungen

Der türkische Staatspräsident Evren, der als General den Putsch von 1980 führte, drohte Anfang Mai mit einer möglichen erneuten Machtübernahme durch das Militär, wenn die Türkei „zu den Zuständen vor 1980“ zurückkehre. Unterstützung erhielt Evren von einem Teil der Presse. Wenige Tage später erklärte Evren, man habe ihn mißverstanden; er habe nicht mit einem Putsch drohen, sondern lediglich ausdrücken wollen, daß seine Geduld einmal ein Ende habe.

Trotz Verbotes fanden am 1. Mai in Istanbul (3000 Teilnehmer) und Izmir

Demonstrationen statt. Einen „Veranstalter“ gab es nicht; beteiligt waren Mitglieder und Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei (SHP), Revolutionäre, Arbeiter und Studenten. Die Polizei versuchte die Kundgebungen aufzulösen. Bei den heftigen Auseinandersetzungen kam es in Istanbul zu 89, in Izmir zu 30 Verhaftungen. Auch an den Universitäten rührt sich Widerstand. Türkische Zeitungen schreiben von der größten Studentenbewegung seit 1980. An der Universität Istanbul wurde eine Studentin von einem Polizisten sittlich belästigt. Daraufhin protestierten mehrere hundert Studenten beim Rektor gegen die ständige Anwesenheit von Polizei auf dem Universitätsgelände und besetzten das Rektorat. Die Polizei griff die Studentinnen und Studenten an, von denen mehrere verletzt und 150 festgenommen wurden. Im Gefolge dieses Polizeieingriffs dehnten sich die Proteste auf andere Universitäten aus. Es kam zu einem Hungerstreik für die Freilassung der Verhafteten. Derzeit befinden sich noch 30 Studentinnen und Studenten in Haft. – Am 1. Mai

wurden in Istanbul zwei Revolutionäre von Dev Sol von der Polizei erschossen. Die Polizei umstellte das Haus und zersieberte sie regelrecht.

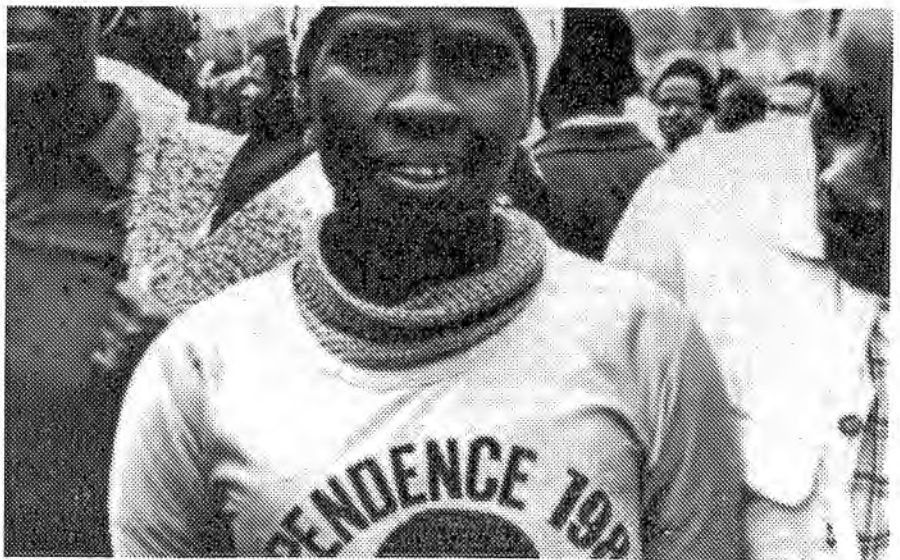
Die Weltbank hat in einem vertraulichen Gutachten die Prognose gestellt, die türkische Wirtschaft werde in Kürze in eine schwere Krise geraten. Die türkische Regierung wird gewarnt vor dem sozialen Sprengstoff einer solchen Krise. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen sank von 1977 bis 1987 von 36,8% auf 15,5%. Im selben Zeitraum sanken die Real(!)löhne um 50%; die Auslandsschulden der Türkei wuchsen in der Amtszeit von Ministerpräsident Özal von 20 Milliarden Dollar 1983 auf 41 Milliarden Dollar 1987; allein 1988 sind 7,2 Milliarden Dollar Tilgung und Zinsen fällig, das entspricht 60% der Exporterlöse; die Inflationsrate liegt bei über 50%, die Kreditzinsen bei 130%, die Arbeitslosigkeit bei 40%. Bürgerliche Ökonomen gehen davon aus, daß nach der Arbeiterklasse und den Bauern nun Teilen des Mittelstands der Ruin droht. – (dev, Mak)

Zimbabwe

Fortschritte in der Einigung gegen die imperialistische Aggression

Am 9. April billigte der ZANU-PF-Kongreß das Einheitsabkommen mit der ZAPU. Eine Woche zuvor hatte bereits der Kongreß der PF-ZAPU (Patriotische Front – Zimbabwe Afrikanische Volksunion) dieses Abkommen einstimmig gebilligt. Der ZANU-PF-Kongreß bevollmächtigte den Vorsitzenden und ersten Sekretär der ZANU-PF (Zimbabwe Afrikanische National Union – Patriotische Front),

Robert Mugabe, zum Zweck der Integration der PF-ZAPU-Mitglieder das Zentralkomitee zu erweitern. Außerdem wird ein Zweiter Sekretär und zweiter stellvertretender Vorsitzender bestimmt. Am 22. Dezember 1987 hatten der Vorsitzende der ZANU-PF, Robert Mugabe, und der Präsident der PF-ZAPU, Joshua Nkomo, ein Elf-Punkte-Abkommen zur Vereinigung beider Organisationen in der Zimbab-



Unabhängigkeitstag 1988: Seit Jahren die erste gemeinsame Demonstration von ZANU-PF und PF-ZAPU.



Der seit 13 Wochen andauernde Streik der britischen Seeleute der Kanalfähren der Reederei P&O in Dover hat sich weiter verschärft. Am 3.5. verurteilte ein Gericht die Seeleutegewerkschaft zu einer Geldbuße von umgerechnet 1/2 Mio. DM und ließ das gesamte Vermögen der Gewerkschaft beschlagnahmen, eine Maßnahme, zu der die Bourgeoisie bereits im Bergarbeiterstreik gegriffen hatte. Die Seeleutegewerkschaft hatte zu Solidaritätsstreiks aufgerufen, denen sich z.B. die Seeleute der Sealink-Fähren angeschlossen hatten. Am 5.5. traten Fähreleute anderer Häfen in Solidaritätsstreiks, z.B. in Aberdeen, Schottland, die unbefristet die Versorgung der Ölplattformen bestreiken wollen. – (sie)

Südafrika/Azania: Schüler gegen rassistische Schulpolitik

In der letzten Aprilwoche, vom 25. bis 28. April, boykottierten Zehntausende von schwarzen Schülern in Kapstadt und Umgebung den Schulunterricht. Sie protestierten damit gegen die Schulpolitik des südafrikanischen Rassenregimes, das sechs Lehrer entlassen und Polizei und Militär zur Unterdrückung der schwarzen Schülerbewegung an die Schulen geschickt hatte. Insgesamt sollen sich rund 90000 Schüler an dem Schulboykott und weiteren Aktionen beteiligt haben. Sie führten in den Klassen und außerhalb der Schulen selbstorganisierte Veranstaltungen durch sowie Protestdemonstrationen, die

mehrfach von staatlichen Unterdrückungskräften angegriffen wurden. – (sie)

PAC erhält Einladung in die UdSSR

Der Pan Africanist Congress of Azania (PAC) hat eine Einladung nach Moskau erhalten. Dies veröffentlichte die in Großbritannien von Afrikanern herausgegebene Zeitung „Front File“ in ihrer April-Ausgabe. Ein solcher Besuch kann für eine Einigung zwischen ANC und PAC bedeutend sein, den bisher hat die Regierung der UdSSR den PAC ignoriert und den Alleinvertretungsanspruch des ANC unterstützt. Der Delegation des PAC wird vom PAC-Vorsitzenden Mlambo angeführt werden. – (uld)

Südafrika/Azania: Treffen von ANC und NACTU

Delegationen des unabhängigen schwarzen Nationalen Gewerkschaftsrates (NACTU) und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) trafen am 2. und 3. Mai in der Hauptstadt Zimbabwes, Harare, zu einer ersten offiziellen Besprechung zusammen. Die beiden Delegationen wurden angeführt von NACTU-Präsident, James Mndaweni, und ANC-Generalsekretär, Alfred Nzo. Neben anderen wichtigen Themen sprachen die NACTU- und ANC-Vertreter über „die dringende Notwendigkeit der Einheit in der Aktion aller innerhalb Südafrikas tätigen demokratischen Massenorganisationen“, wie es in der NACTU-Erklärung heißt. Beide Seiten stimmten in folgenden Punkten überein:

- „Die Freiheitscharta ist keine Vorbedingung für Einheit“; – „Alle legitimen Organisationen, gleich welcher Überzeugung, spielen im nationalen Befreiungskampf eine direkte und bedeutungsvolle Rolle“; – „Einheit unter den oppositionellen Kräften, einschließlich der Gewerkschaftsbewegung, ist in der gegenwärtigen Krise von wesentlicher Bedeutung“; – „NACTU betont erneut sein Engagement für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse“; – „die Tagung kam zu dem Schluß, daß es mehr Themen gibt, bezüglich derer die Parteien übereinstimmen, als solche, in denen sie unterschiedliche Meinung sind“. Der Gewerkschaftsverband NACTU beurteilte abschließend, beide Organisationen hätten darin übereinstimmend, für die Schaffung eines vereinten demokratischen Südafrikas ohne jeden Rassismus zu kämpfen. – (sie)

we National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) unterzeichnet. Damit war in den seit Jahren geführten Vereinbarungsverhandlungen ein großer Fortschritt erreicht. ZANU-PF und PF-ZAPU hatten bereits in den letzten Jahren des Befreiungskampfes gemeinsam in der Patriotic Front gegen den britischen Imperialismus und den Siedlerkolonialismus in Rhodesien gekämpft. Das Elf-Punkte-Abkommen sieht vor, daß in beiden Parteien auf lokaler Ebene Delegierte für einen gemeinsamen Kongreß gewählt werden sollen. Es hält fest, daß die vereinigte Organisation versuchen wird, „eine sozialistische Gesellschaft in Zimbabwe zu errichten unter der Beachtung marxistisch-leninistischer Grundsätze“ sowie einen Ein-Parteien-Staat zu errichten (1).

Bereits kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Parteivorsitzenden wurde ein

bedeutender Fortschritt sichtbar: Die Auseinandersetzungen im Matabeleland, einer Provinz, aus der die meisten PF-ZAPU-Anhänger stammen, gingen schlagartig zurück. Joshua Nkomo hatte aufgerufen, alle Auseinandersetzungen zu beenden. Die fünfte Brigade der Armee wurde sofort zurückgezogen. Nur noch wenige Überfälle und Attentate fanden seit dem 21. Dezember statt – und die gehen nach Ansicht der Provinzregierung eindeutig auf das Konto von aus Südafrika eingeschleusten und unterstützten Dissidenten. Südafrika hat in der Vergangenheit immer wieder versucht, aus den inneren Widersprüchen in Zimbabwe Vorteile für seine eigene Politik des Terrors gegen die ganze Region zu ziehen, ähnlich wie in Angola und Mosambik, und hat bewaffnete Banden im Krieg gegen die Regierung Zimbabwes unterstützt. Vermengt mit den inneren Konflikten

Zimbabwes drohte der Krieg im Matabeleland anzudauern.

Nur wenige Tage nach den Beschlüssen der beiden Partei-Kongresse gab die Regierung Zimbabwes eine allgemeine Amnestie bekannt, die vor allem den Gegnern der Regierung im Matabeleland die Möglichkeit eröffnen soll, die Waffen straflos zu übergeben und in ein normales Leben zurückzukehren, ebenso sollen Flüchtlinge aus der ZAPU-PF, die bisher von der Justiz gesucht wurden, zurückkehren können. Die Amnestie gilt auch für Leute, die wegen Zusammenarbeit mit Dissidenten zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren.

Die Absicht, einen „Ein-Parteien-Staat“ anzustreben, ist in den imperialistischen westlichen Staaten heftig als undemokratisch kritisiert worden. Tatsächlich bedeutet dies Vorhaben jedoch vor allem, die rassistischen Beschränkungen zu überwinden, die die

Christophersen wird nicht ausgewiesen

Dänemark. Wie gemeldet, war ein Auslieferungsersuchen des SH-Innenministers gestellt worden. Christophersen hatte gegen die Ausweisverfügung Widerspruch eingelegt. In erster Instanz hat er nun recht bekommen und darf in Dänemark seine rassistische und faschistische Propaganda weiter betreiben. Widerspruch ist angekündigt. Wird diesem stattgegeben, so wird ca. in einem Jahr die nächste Verhandlung stattfinden. Bis 1991 hat Christophersen eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in DK. – (ale)

Brasilien: Nationalkongreß gegen ausländische Konzerne

Der brasilianische Nationalkongreß hat in seiner derzeitigen Eigenschaft als Verfassungsgebende Versammlung Brasiliens einen Beschluß gegen das uneingeschränkte Wirken der ausländischen Konzerne und Gesellschaften gefaßt. Mit 343 zu 126 Stimmen verabschiedete das Gremium einen Verfassungsartikel, der die Auffindung und Ausbeutung der brasilianischen Rohstoffe künftig nur noch nationalen Firmen gestattet. Den ausländischen Konzernen und Investoren wurde eine Fünf-Jahres-Frist zugestanden, Brasilien zu verlassen oder die Firmmehrheit an ein brasilianisches Unternehmen zu verkaufen. Nähere Ausführungsgesetze stehen noch bevor, z.B. die Frage der Entschädigungen. Auf einer Fläche von 400000 km beuten 470 ausländische Konzerne 38% der Erzlagerstätten aus. Brasilien besitzt ca. 11% der Weltreserven an Bauxit, 8,4% an Eisenerz, 5,8% an Zinn und 5,3% an Nickel, daneben Kupfer, Mangan, Titan, Gold, Uran sowie Erdöl. Die ausländischen Konzerne

liefen über die von ihnen beherrschten Massenmedien bereits Sturm dagegen, und das internationale Finanzkapital drohte mit dem Stopp der laufenden Umschuldungsverhandlungen mit Brasilien. – (sie)

Brasilien: Streik im öffentlichen Dienst

Am 4. und 5. Mai streikten Hunderttausende von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Brasiliens. Der Streik, zu dem alle großen Gewerkschaften aufgerufen hatten, richtete sich gegen den von der Regierung beschlossenen

und für 60 Tage gültigen Lohnstopp im öffentlichen Dienst. Im letzten Jahr waren die Löhne bei einer Inflationsrate von über 200% um fast die Hälfte gesunken; für ca. 40% beträgt er nicht einmal 300 DM pro Monat. Nach Angaben der zentralen Streikleitung haben sich 70% der 1,5 Mio. Beschäftigten an dem 48-stündigen Streik beteiligt, in Rio de Janeiro fast 1/2 Mio., darunter auch Lohnabhängige anderer Branchen. Streikende Hafenarbeiter blockierten mehrfach die Autobahn zwischen Rio de Janeiro und Sao Paulo. – (sie)



Vor und während des 1. Wahlganges zur französischen Präsidentschaftswahl, die Ende April auf dem „Überseeterritorium“ Neukaledonien (Kanaky) mit Regionalwahlen verbunden war, führten die Kanaken, aufgerufen von der Befreiungsfront FLNKS und anderen Organisationen, Aktionen für die Unabhängigkeit ihrer Insel durch. 38 von 139 Wahllokale konnten erst gar nicht öffnen, auf Teile der 7000 Soldaten starken Kolonialarmee wurden bewaffnete Angriffe durchgeführt und über 30 Gefangene gemacht, darunter der Chef der Antiterrogruppe. Verhandlungen mit der FLNKS lehnte Premier Chirac kategorisch ab. Bei der Befreiung der französischen Gefangenen drei Tage vor dem 2. Wahlgang ermordeten französische Antiterroreinheiten 19 Kanaken. Le Pen fand lobende Worte für Chiracs Militäraktion. – (sie)

britische Kolonialmacht im Vertrag über die Unabhängigkeit Zimbabwes, dem Lancaster House Abkommen, untergebracht hat: Die Überwindung der Privilegien der weißen Siedler. Ein Teil dieser Privilegien sind bereits im Herbst letzten Jahres beseitigt worden. Die Reservierung von 30 Parlamentssitzen ausschließlich für weiße Abgeordnete ist aufgehoben worden. Damit sind längst nicht alle weißen Vertreter aus dem Parlament verschwunden. An die Stelle der Repräsentanten des alten rhodesischen Siedlerregimes traten Abgeordnete, die den Weg der Unabhängigkeit und der Überwindung des Rassismus unterstützen – elf weiße ZANU-Mitglieder sind nun im Parlament vertreten. Mit der Parlamentsreform einher ging eine Umbildung der Regierungsverfassung. Die Trennung zwischen Staatspräsident und Ministerpräsident wurde abgeschafft, Robert Mugabe ist seit

dem alleiniger Präsident Zimbabwes, seit kurzem ist Joshua Nkomo, seit Dezember nach fünf Jahren Abwesenheit wieder in der Regierung, stellvertretender Präsident.

Mit dem Einigungsabkommen und der Parlamentsreform haben ZANU und ZAPU einen großen Schritt in der Einigung aller fortschrittlichen Kräfte des Landes erreicht. Nicht die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe – Shona oder Ndebele, Europäer oder Afrikaner – ist künftig entscheidend für die Möglichkeit der Einflußnahme auf die politische Entwicklung des Landes. Sowohl Nkomo als auch Mugabe wiesen in ihren Reden auf den Parteitag daraufhin, daß das Ziel, nur noch eine Partei im Lande zu haben, vor allem das Zusammenwirken und das Suchen von Übereinstimmung erfordere. (2)

Den Bemühungen Südafrikas, sowohl unter den weißen Farmern wie

auch unter mit der Regierungspolitik unzufriedenen afrikanischen Bauern oder Landlosen, Söldner zu kaufen, ist damit ein ernsthafter Riegel vorgeschoben. Grundlage dafür ist eine Wirtschaftspolitik, die dem Land auf jeden Fall die eigene Ernährung und in vielen Jahren landwirtschaftliche Überschüsse sichert. Dies ist nicht Ergebnis der weißen Farmwirtschaft, sondern vor allem der Arbeit der afrikanischen Bauern. (3) Zudem hat Zimbabwe sich immer mehr aus der Abhängigkeit von Südafrika befreien können. Inzwischen ist Südafrika nicht mehr, wie noch viele Jahre nach der Unabhängigkeit, Zimbabwes größter Handelspartner. Zimbabwe konnte vor allem den Handel mit den Nachbarstaaten entwickeln. (4)

(1) Times v. 23.12.87; (2) Fin. Times v. 5.4.88 sowie Zimb. Herald v. 6.4.88; (3) Herald 8.4.88; (4) Monitordienst der Deutschen Welle v. 11.4.88 (uld)

– Veröffentlichungen –

AIDS im Arbeitsrecht

Die IG Metall hat eine Ausarbeitung über „Arbeitsrechtliche Aspekte von AIDS“ herausgegeben. Sie soll den Betriebsratsmitgliedern eine Handhabe zum Schutz von Belegschaft und Stellenbewerbern vor unrechtmäßigen Schnüffellaktionen, Einstellungstests und Kündigungsversuchen geben. Die Broschüre geht aus von der bestehenden Rechtsprechung und interpretiert sie unter Berufung auf die Linie Rita Süßmuths, „Aufklärung ist nützlicher als Strafe“. Bei Einstellungsgesprächen sei der Bewerber nicht verpflichtet, sich zu einer möglichen HIV-Infizierung zu äußern. Der Betriebsrat solle in Personalfragebögen oder Formulararbeitsverträgen direkte Fragen nach einer Infizierung ablehnen. Bei Einstellungsuntersuchungen sei die generelle HIV-Untersuchung abzulehnen. Entgegen Versuchen, betriebliche Untersuchungen als „Serviceleistungen“ anzubieten, sei die Untersuchung bei einem Arzt des Vertrauens vorzuziehen. Auf das Bundesseuchengesetz wird verwiesen, da Aids unter dieses Gesetz falle, da ansteckend; eine Ansteckung sei aber im Arbeitsleben nicht relevant. Hingewiesen wird auf die Versuche, Druck- und Krankheitskündigungen zu erwirken. Die Broschüre spricht sich für die Schwerbehinderten-Anerkennung von Aids-Erkrankten aus und gegen etwaige Versuche, die Erkrankung als selbstverschuldet von der Lohnfortzahlung auszuschließen.

(W. Hinrichs, „Gesunde schützen, Erkrankte nicht ausgrenzen. Arbeitsrechtliche Aspekte von AIDS.“ Arbeitsrecht im Betrieb 1/88, Sonderdruck, Bund-Verlag, Postfach 900840, 5 Köln 90 – elf)

Neue Rationalisierungs- strategien des Kapitals

Wer in Groß- und Mittelbetrieben der Metallindustrie und deren Zulieferunternehmen arbeitet und die Planungen der Kapitalisten verstehen und die von daher begründeten Angriffe auf die Lohnabhängigen bekämpfen will, findet in der DGB-Ausarbeitung „Logistik und Produktion auf Abruf“ eine wichtige Hilfe. Der Untertitel lautet: „Neue Rationalisierungsstrategien und ihre Herausforderung“.

Auf der Grundlage rechnergesteuerter Produktionsmittel sind die Kapitalisten seit Ende der 70er Jahre daran gegangen, den im inner- und außerbetrieblichen Warenkreislauf gebunde-

nen fixen Kapitalanteil zu senken: Möglichst geringe Lagerhaltung, Anlieferung von Material direkt zum Zeitpunkt der Produktion, Verkürzung der Durchlaufzeiten, Vermeidung von Maschinenstillstandzeiten, Verkürzung von Rüstzeiten, zentraler Informationsüberblick über den jeweiligen Stand der Produktion, direkte Anbindung der Zulieferer und der Transportunternehmen an die Konzernproduktion. Dieses als „Optimierung der Logistik“ bezeichnete Konzept zielt nicht nur auf einzelne Rationalisierungen in den Produktionsschritten, sondern ist Teil und Beginn einer ganzheitlichen Strategie, mit der allein über Rechner die gesamte Pro-

durch diese Rationalisierung erleiden. In dieser schönen Sprache behauptet er also, daß die Lohnarbeiter in der Industrie eine Selbstbestimmung über die Arbeit hätten. Die Realität ist anders. Die neue Form der Abhängigkeit bedeutet für die Arbeiter und Angestellten, daß ihnen letzte Leistungsreserven abverlangt werden und die Arbeitskraft in deutlich noch kürzerer Zeit verschlissen wird.

Die Untersuchung ist aber nicht von solcher Schönfärberei geprägt. Gegen die von anderen sozialdemokratischen Wissenschaftlern behauptete These von der „Requalifizierung der Arbeit“, die durch die rechnergesteuerte Produktion bewirkt würde, schreiben die Verfasser der Untersuchung: „Bisherige Erfahrungen der Gewerkschaften mit neuen Konzepten



Die Werkstattsteuerung (Bild) wird durch eine zusammengefaßte Steuerung mehrerer Maschinen in einem Leitstand weiter zurückgedrängt

duktion gesteuert werden soll. Eine Untersuchung der Technischen Hochschule Darmstadt schätzt das Kostensenkungspotential einer computerintegrierten Produktion auf 25 bis 30% der Gesamtkosten: Eine nicht zu unterschätzende Triebkraft für die Kapitalisten, mittels der jetzt aktuell anstehenden Logistik-Optimierung auf dem Weg zu diesem Ziel voranzukommen, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeiten an diesen geänderten Produktionsablauf anzupassen, Schichtausweitung und erhöhte Leistung durchzusetzen.

Im Vorwort spricht das DGB-Vorstandsmitglied J. Richter von einer „Einschränkung der Arbeits- und Zeitautonomie“, die die Lohnabhängigen

der Arbeitsorganisation ... in der Automobilindustrie setzen eher Fragezeichen. Anreicherungen von Arbeitsinhalten durch Übertragung von Tätigkeiten wie Qualitätssicherung, Wartungs- oder Reparaturarbeiten erfolgen weitgehend im vorgegebenen Taktrahmen ... Diese Anreicherung von Arbeitsinhalten bewegt sich in engen Grenzen und wird häufig überschätzt.“

Die Untersuchung beschreibt anhand von Fallbeispielen Logistikkonzepte einzelner Konzerne und ihre Auswirkungen, z.B. bei VW, Audi, MBB. Bei BBC etwa haben die Kapitalisten durch ein neues Fertigungsleitsystem die Durchlaufzeit um ca. 50% gesenkt. Die Untersuchung enthält

außerdem: Ein „Kleines Logistik-Lexikon“ zum Verständnis der Begriffe, eine kurz kommentierte Literaturliste, einen begründeten Katalog von Fragestellungen für Betriebsräte und zeigt dabei Mitbestimmungsmöglichkeiten gegen die verschärfte Ausbeutung auf. Die Dokumentation „Logistik und Produktion auf Abruf“, Informationen zur Humanisierung der Arbeit und zur Technologiepolitik, Nr. 3, März 1988 kann kostenlos angefordert werden bei DGB, Abteilung Technologie/HdA, Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf 30. – (gba)

Ein nützlicher Ratgeber für Wehrpflichtige

In vier Kapiteln wird in diesem 250 Seiten starken Buch sehr übersichtlich die Rechtslage Wehrpflichtiger bzw. derer, die eine Chance haben, der Wehrpflicht zu entgehen, dargestellt. Im ersten Abschnitt, „die Wehrpflicht“, ist so ziemlich alles lohnende zu Umfang, Inhalt und Pflichten des Wehrdienstes zusammengestellt. Besonders nützlich sind hier viele aktuelle Rechtsprechungen, die z.B. Streitpunkte bezüglich des Westberlinstatus und der Wehrtauglichkeit berühren. Weitere Möglichkeiten, dem „Dienst fürs Vaterland“ zu entinnen, finden sich dann im zweiten Abschnitt, „Wehrdienstausnahmen“. Die hier vermittelten Informationen dürften z.T. einem Teil der interessierten Öffentlichkeit bisher noch nicht bekannt sein (z.B. detaillierte Aufführung von Unabkömmlichkeitsklauseln). Dargestellt werden auch die Alternativen Zivilschutz-, Katastrophenschutz- und Entwicklungsdienst. Zweifellos der in der Praxis nützlichste Abschnitt ist der dritte, „das Verfahren“, in dem von Erfassung über Musterung, Eignungsprüfung, Einberufung bis zum Rechtsschutz im Wehrpflichtrecht alles enthalten ist, was einem die Wirren des Armeedienstes bzw. seines Vorspiels erleichtern kann. Ähnlich nützlich ist aber auch der vierte Abschnitt, der die „soziale Sicherung des Wehrpflichtigen“ behandelt. Hier wird aufgeklärt über alle (Sold-, Versicherungs-, Urlaubs- u.v.a.) Ansprüche des Dienenden. Am Ende des Buches befindet sich ein leider sehr kurz geratenes Literaturverzeichnis und ein für die Hektik des Ernstfalls um so praktischeres Stichwortverzeichnis. Ein Mangel des Werkes: Es wird nicht speziell auf Rechtslage und -sprechung bei politischen Verfahren innerhalb der Bundeswehr eingegangen (etwa wegen Wehrkraftzersetzung). (H. Wurster/B. Schäf, Ratgeber für Wehrpflichtige, Dreisam-Verlag, Freiburg, 1987, 19,80 DM – uga)

Seeschifffahrt

Für ausländische Seeleute sollen nur Heimatlöhne gezahlt werden

Ende April haben die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP einen Gesetzentwurf zur Schaffung eines Internationalen Seeschifffahrtsregisters im Bundestag eingebracht. Das Gesetz soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause durch den Bundestag verabschiedet werden.

Kernpunkt des Gesetzentwurfes ist die Möglichkeit ausländische Seeleute zu Heimatlöhnen zu beschäftigen und zu Arbeitsbedingungen, die von Gewerkschaften der Heimatländer unterschrieben werden. Damit kommt die Regierungskoalition einer alten Forderung der Reeder nach. Insbesondere als die Reeder 1986 nach einem Seeleutestreik mehr Urlaub gewähren mußten, verstärkten sie ihren Druck auf die Regierung. Durch den Tarifabschluß werden bei den Seeleuten ab 1986 die Sonnabende und ab 1988 die Feiertage nicht mehr als Urlaubstage gezählt. Das ergibt pro Seemann 17 Tage mehr Urlaub im Jahr – rechnerisch eine 37,2-Stunden-Woche. Doch das war den Reedern zu viel. Sie verbrachten unmittelbar nach dem Tarifabschluß viele Schiffe unter eine Billigflagge. D.h., sie umgingen den erkämpften Tarifabschluß. Im eingebrachten Gesetzentwurf heißt es:

„Zielsetzung: Trotz zahlreicher Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Seeschifffahrt hält der Ausflagungstrend unvermindert an. ... Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, muß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seeschifffahrt gesichert werden.“

Lösung: Durch eine Änderung des Flaggenrechtsesetz wird ... ein Inter-

nationales Seeschifffahrtsregister eingerichtet. Hierin können Seeschiffe eingetragen werden, die die Bundesflagge führen und im internationalen Verkehr eingesetzt sind. Für Seeleute ohne Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland können bei einer Registrierung des Schiffes im Internationalen Seeschifffahrtsregister Tarifverträge mit den Heimatlandgewerkschaften abgeschlossen werden. Dadurch sind erhebliche Einsparungen bei den Personalkosten für den Schiffsbetrieb möglich.

Begründung: Die Bundesrepublik Deutschland verfügt – bezogen auf das Schiffsalter – über die modernste Flotte der Welt und einen Rückhalt an leistungsfähigen Seeschifffahrtsunternehmen. Die daraus resultierenden günstigen strukturellen Voraussetzungen des zukunftssträchtigen Wirtschaftszweiges der Seeschifffahrt können jedoch nur wirksam bleiben, wenn von seiten des Gesetzgebers die Möglichkeiten für die erforderliche sektorale Anpassung der nationalen Kosten an die des Weltmarktes geschaffen werden. Die Erhaltung einer leistungsfähigen Handelsflotte unter der Bundesflagge ist zur Gewährleistung der Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit lebenswichtigen Gütern, insbesondere in Krisenfällen, zur Wahrung der Exportinteressen sowie zur kontinuierlichen Ausbildung eines seemännischen Nachwuchses von erstrangiger Bedeutung. ... Nach einem Gutachten wird der Kostennachteil der deutschen Flagge insgesamt auf ca. 800 Mio. DM pro Jahr geschätzt. Davon sollen allein 680 Mio. DM auf den Bereich der



Am 16.4.1986 streiken Seeleute auf der „Condock III“ um mehr Urlaub.

Personalkosten entfallen.“

Die Reeder und die Bundesregierung verbreiten seit Jahren das Märchen vom Niedergang der deutschen Seeschifffahrt. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Seit 1972/73 gibt es eine Ausflagungswelle. Etwa ein Drittel der Welthandelsflotte fährt mittlerweile unter einer Billigflagge (Panama, Liberia, Zypern, Singapur usw.). Jedoch werden 98% dieser Schiffe unter Billigflagge von den westlichen Industriestaaten kontrolliert. Dieter Benze vom Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV führte dazu aus:

- daß die Billigflaggen der Störfaktor in der Weltseeschifffahrt sind,
- daß man nicht auf die Konkurrenz der Billigflaggen verweisen kann, weil die OECD-Staaten, maßgeblich die BRD, die Billigflaggen gefördert haben und eine Konvention gegen die Billigflaggen verhindert haben,
- daß also die Schifffahrt zu miesesten Arbeitsbedingungen unter der billigen Flagge von der gegenwärtigen Bundesregierung - und auch der vorhergegangenen SPD/FDP-Regierung - politisch gewollt ist bzw. war. (1)

Tatsache ist, daß 1987 die 30 führenden BRD-Reedereien eine Tonnage von 5,371 Mio. BRT besaßen gegenüber 7,530 Mio. im Jahre 1977. (Die Zahlen berücksichtigen nur Schiffe von Reedereien im Verband Deutscher Reeder 'VDR'; es ist nicht unterschieden ob ausgeflaggt oder nicht). Tatsache ist auch, daß unter der Bundes-Flagge nur noch Schiffe mit insgesamt 2,889 Mio BRT betrieben werden. Doch die reduzierte Tonnage sagt noch nicht viel aus über den vielbesagten Niedergang beim Weltseeverkehr. So gibt etwa die Bundesregierung zu bedenken, „daß der Tonnagerückgang nicht einem Rückgang der Leistungsfähigkeit der Flotte gleichkommt. Der Strukturwandel und die Produktivitätssteigerung in der Schifffahrt berücksichtigt werden müßten. So betrage die Transportleistung eines Containerschiffes etwa das Fünffache eines gleich großen konventionellen Stückgutfrachters. Gerade im Containerverkehr aber nehme die deutsche Flotte eine herausragende Position in der Weltrangliste ein. Somit habe sich die deutsche Schifffahrt rechtzeitig umgestellt und verfüge heute über eine moderne und leistungsfähige Spezialflotte. ... Struktur und Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte bieten demnach eine gute Voraussetzung für einen erfolgreichen Betrieb im internationalen Seeverkehr“ (2).

Nach den internationalen Statistiken von Lloyd's Register, die auf die Flaggenführung abgestellt sind, „hat die Bundesrepublik die modernste Handelsflotte aller wichtigen Schifffahrtsnationen der Welt. Fast 75% der Schiffe sind jünger als 10 Jahre. Bei

den Japanern sind dies lediglich 61 Prozent der Schiffe, in Brasilien 59% und in Hongkong 54%.“ (2) Weltweit sind nur 39,2% der Schiffe unter 10 Jahre alt.

Diese moderne Tonnage wurde durch „Werftenhilfe“, „Finanzbeiträge in der Seeschifffahrt“ und Steuererleichterungen für Reeder erreicht. Jetzt soll durch Senkung der Lohnkosten um 75% der Konkurrenzkampf intensiviert werden.

Die Gewerkschaft ÖTV befürchtet zu recht, daß die 17 000 Seeleute unter ÖTV-Tarifen in der Zukunft verschwinden werden. Denn die Reeder können alle Schiffe im internationalen Verkehr im neuen Register einschreiben. Damit fallen aber alle Seeverkehre außer dem Helgolandverkehr unter diese sog. Bedingung. Versprechungen, daß zumindest im Bereich der Schiffsführung ÖTV-Tarife bleiben, ist Augenwischerei. Dieter Benze: „Durch Auswechseln der unteren Dienstgrade werden pro Schiff pro Jahr 600 000 DM eingespart. Durch Auswechseln der oberen Dienstgrade können pro Schiff und Jahr weitere 1,2 Mio. DM eingespart werden. Warum sollten die Reeder denn mit 600 000 DM pro Jahr und Schiff zufrieden sein, wenn sie auf der Grundlage des geplanten Gesetzes viel mehr sparen können. Und auch dann haben die Reeder unter der Billigflagge noch die Nase vorn. Die Folge wird sein, daß auch bei deutschen Schiffen im Internationalen Register gleiche flexible Arbeitsbedingungen und gleich schlechte Sicherheitsstandards eingeführt werden wie auf den Billigflaggenshippen - immer mit Verweis auf die internationale Konkurrenz.“ (1)

Die ÖTV will die Einführung des Internationalen Registers auf jeden Fall verhindern. Sie sieht in dem Versuch im Bereich Seeschifffahrt Heimatlöhne einzuführen einen Präzedenzfall für andere Branchen. Warum sollte nicht auch in der Stahlindustrie, in den Häfen oder in anderen Branchen, für ausländische Arbeiter nur der Heimatlohn gezahlt werden? Im Kampf gegen den Gesetzentwurf will sie sich im wesentlichen auf das Grundgesetz Art. 3, Art. 9 und Art. 20, Betriebsverfassungsgesetz § 75 und andere Gesetze stützen. In diesen Gesetzen geht es um die Gleichbehandlung sowie um die Koalitionsfreiheit. Da die ÖTV jedoch eine „Notlage“ der Reeder sieht und aus nationalen Gründen für eine deutsche Flotte für Krisenzeiten ist, ist sie gegenüber allen Plänen für Steuererleichterungen und Subventionen an die Reeder offen. Darüberhinaus will sie eine Ladungsenkung erreichen, nach dem Motto „deutsche Waren unter deutscher Flagge, zumindest 40% des Imports und Exports“.

Dirk Fischer, Schifffahrtsexperte der CDU, äußerte sich gegenüber der

ÖTV-Kritik sehr selbstbewußt:

- Gegenwärtig findet eine irrsinnige Begünstigung der ausländischen Seeleute statt. Mit 1 000 US-\$ kommt ein Seemann, der in Hamburg lebt, nicht weit. Mit 1 000 US-\$ verdient ein Seemann aus Philippinen oder China mehr als mancher Minister in seinem Land. Das ist ungerecht und muß abgestellt werden. Das widerspricht nicht GG Art. 3.

- Die Schiffsführung bleibt deutsch. Zumindest der Kapitän muß deutsch bleiben. Das steht so im Gesetzentwurf.

- Natürlich werden wir auch Maßnahmen im Bereich Steuererleichterungen für die Seeschifffahrt verabschieden (1).

Der Bremer SPD-Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Konrad Kunick, möchte versuchen, zusammen mit anderen Küstenländern im Bundesrat einen alternativen Gesetzentwurf einzubringen. Dieser Gesetzentwurf müßte enthalten „unabdingbare steuerliche Maßnahmen ... zur Kostenentlastung der Schifffahrtsunternehmen“ und „Besatzungsquotierungen innerhalb des deutschen Registers. Zwei Drittel der Besatzung sollen nach den Vorstellungen deutschen Bordarbeitsplätzen vorbehalten werden, für die weiterhin die Tarifhoheit der deutschen Sozialpartner zu gelten habe. Im übrigen sollten für ausländische Besatzungen Heimatlohnheuern möglich sein, die dann mit den Auslandsgewerkschaften auszuhandeln wären.“ (4)

Aus der Tatsache, daß ein SPD-Senator aus Bremen ein „Alternativgesetz“ einbringen will, das für ausländische Seeleute auch Heimatlöhne vorsieht - auszuhandeln mit den Gewerkschaften der Heimatländer - kann man erkennen, wie wenig erfolgreich im Kampf gegen das BRD-Billigregister ein Verlaß auf das Grundgesetz sein wird. Da scheint der Weg aussichtsreicher, der zumindest vor einiger Zeit noch von Dieter Benze vom ÖTV-Hauptvorstand auch angesprochen wurde: „Wir verteidigen hier gewerkschaftliche Grundsätze, und zwar mit den Mitteln der gesamten Organisation. ... Die ÖTV wird jedenfalls dafür sorgen, daß die in einem deutschen Zweitregister eingetragenen Schiffe auf die Boykottliste der International Transport Workers Federation (ITF) gesetzt werden.“ (5)

Quellen: (1) Eigene Mitschrift der Reden einer Veranstaltung der Staatspolitischen Gesellschaft am 28.4.1988 in Hamburg zum Thema „Stirbt die Deutsche Seeschifffahrt“, (2) Deutsche Verkehrszeitung (DVZ) 42/88, (3) DVZ 25/88, (4) DVZ 52/88, (5) DVZ 14/88, Neuer Gesetzentwurf der Bundestagsfraktionen von FDP und CDU/CSU, Seefahrt 2/1986, Zeitschrift der Gewerkschaft ÖTV. - (obj)

Demonstration gegen Innenministerkonferenz

Celle. Am 28. April demonstrierten in Celle etwa 1000 Menschen gegen die Innenministerkonferenz, die sich unter Vorsitz von Bundesinnenminister Zimmermann auch mit weiteren Verschärfungen der Ausländergesetzgebung befaßte. Schnellere Abschiebungen sind u.a. beabsichtigt. Ein überregionales Bündnis (siehe Bild rechts) rief gegen die rassistischen Ausländergesetze auf. Auf der Abschlußkundgebung kam es zu einem Eklat. Abgeordnete der niedersächsischen Landtagsfraktion der Grünen verweigerten dem KKWK (kurdische Organisation, Mitglied von Feyka-Kurdistan), der mit ca. 200 Teilnehmern den größten Demonstrationsblock stellte, einen Redebeitrag, obwohl örtliche Vorbereitungsstellen dies vereinbart hatten. Der KKWK und westdeutsche Demonstranten protestierten gegen das Vorgehen der überregionalen „Demonstrationsleitung“. Der KKWK verließ die Kundgebung, die dann auch abgebrochen wurde. Auf der abendlichen Diskussionsveranstaltung wurde die Ausgrenzung kurdischer Organisationen unter großem Beifall kritisiert. – (mal)

Robert-Bosch-Krankenhaus für „Sonderpflegesätze“

Stuttgart. „Weil wir in unserem Krankenhaus den jährlichen Etat überzogen haben, mußte ich in den letzten Wochen fünf schwerkranke Krebspatienten abweisen“, dies ließ Chefarzt Kurt Schuhmacher vom Robert-Bosch-Krankenhaus verlauten. Die Behandlung von Patienten z.B. mit akuter Leukämie, deren Behandlung täglich mehrere tausend Mark kosten kann, ist dem Robert-Bosch-Krankenhaus (Pflegesatz pro Tag: 343,92 DM) zu teuer. Chefarzt Schumacher fordert „einen Sonderpflegesatz für diese Schwerkranken“. Bisher berechnet sich der allgemeine Pflegesatz als *Durchschnitt* aus allen Kosten aller Patienten des jeweiligen Krankenhauses. „Sonderpflegesätze“ orientieren an den Kosten für die Behandlung einer speziellen Diagnose. Somit treten die Kosten des einzelnen Patienten in den Vordergrund: Wer höhere Kosten verursacht als der „Sonderpflegesatz“ vergütet, wird möglichst schnell das Krankenhaus verlassen müssen. Die Krankenhausversorgung der Arbeiter würde dadurch schlechter werden. Sie sind gesundheitlich überdurchschnittlich geschädigt, benötigen also überdurchschnittlichen Aufwand im Krankenhaus, der unterbunden wird.

Die Robert-Bosch-Stiftung fordert „Fallpauschalen“ für jeden Patienten je nach Diagnose – „Sonderpflegesätze“ leisten Vorarbeit dafür. (Quelle: Stuttgarter Zeitung, 17.3.88 – evo)



Celle. An der Demonstration gegen die Absichten der Innenministerkonferenz am 28. April in Celle beteiligten sich u.a. Gliederungen der Grünen, GABL, AL Berlin, GAL Hamburg, FIDEF, DIBAF, Göcmen, KKWK, Deutsch-Türkischer Kulturverein Braunschweig, Türkisches Volkshaus H., Iranische Kulturwerkstatt H., Asyl e.V.-Gruppierungen aus verschiedenen Orten. – (mal)

Polizeiterrror am 1. Mai in Kreuzberg

Westberlin. Mit bisher nicht bekannter Brutalität ging die Polizei am 1. Mai in Kreuzberg nach einem Fest auf dem Lausitzer Platz vor. Die „Einsatzbereitschaft für besondere Lagen und Training“ wurde von Senator Kewenig wegen ihrer hohen Motivation gelobt. Sie riegelte Straßen ab und schlug die Personen, die sich dort befanden, zusammen. Schwere Verletzungen sind die Folge: ein Schädelbasisbruch, eine Person mit drei Rippenbrüchen infolge von Stockschlägen, einem Opfer mußte die Milz entfernt werden, eine Frau verlor eine Auge, eine andere erlitt einen Herzstillstand. Von 134 Festgenommenen wurde die Hälfte vorbeugend ohne irgendeine Beschuldigung festgenommen. Vier waren am Wochenende noch in Haft. Bei einem Mißbilligungsantrag der AL enthielt sich die SPD. Sie müsse erst prüfen. Ohne Prüfung verurteilte sie bereits am 2. Mai die „Ausschreitungen einer kleinen Gruppe Autonomer“. – (chk)

Deutschlandtreffen der NPD

Lübeck. Die NPD hatte für den 30. April und 1. Mai zu einem Deutschlandtreffen nach Schleswig-Holstein aufgerufen. Antifaschisten der verschiedenen politischen Spektren hatten zu Gegenaktionen aufgerufen. Zentrale Aktion der NPD sollte eine Kundgebung auf dem Lübecker Kohlmarkt am 30.4. sein. Über diese Aktionen wollte sie massiv Propaganda zu den Landtagswahlen machen. Dem Aufruf zur Verhinderung der Kundgebung folgten ca. 700 Personen nach Lübeck. Es wurde eine Demonstration zum Kohlmarkt durchgeführt, und die Antifaschisten blieben dort. Die Nazis wollten dort ihre Kundgebung um 17

Uhr durchführen. Gegen 16 Uhr stießen 150 Frauen der in Lübeck tagenden autonomen Frauenhäuser dazu. Bis 18.30 Uhr erschien die NPD nicht. Sie hatte sich nach Travemünde verzogen, um dort ihre Versammlung abzuhalten. Die Aktion verhinderte so erfolgreich die Planung der NPD. – (uwb/gba, VF)

FAP gründet Anti-Gewerkschaft – Polizei sichert „freies Geleit“

Duisburg. Ausgerechnet am 1. Mai konnte die FAP in Bottrop-Kirchhellen eine Freie Betriebszellen-Organisation (FBO) als eine Art Gegen-Gewerkschaft in der Tradition der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) gründen. Leiter wurde ein Kapitalist aus Langen in Hessen. M. Kühnen hatte die Gründung bereits vorher in Interviews angekündigt, den Ort konnte die FAP jedoch bis kurz vorher geheim halten. Gleichzeitig hatte Kühnen für den Nachmittag des 1. Mai großspurig eine Kundgebung der FAP vor dem Krupp Werk in Rheinhausen angekündigt. Dies gelang nicht: Gerade viele Krupp-Beschäftigte faßten diese Ankündigung als Provokation auf. Zahlreiche Organisationen und – nach einigem Hin und Her – auch der DGB riefen zu Gegenaktionen auf. Die Polizei verbot daraufhin die von der FAP angemeldete Kundgebung und kündigte an, sie werde Rheinhausen abriegeln. Am 1. Mai versammelten sich in Rheinhausen mittags mehrere Tausend zur Kundgebung gegen die FAP, darunter viele ausländische Arbeiter. Die Polizei sicherte der FAP jedoch freies Geleit von Kirchhellen nach Düsseldorf zu, wo ca. 50 FAP-Mitglieder ungestört eine kurze Kundgebung abhielten. In Rheinhausen nahm die Polizei mehrere Antifaschisten wegen Besitzes „unerlaubter Gegenstände“ fest. (wof)

Rekrutenabschied

Kritische Information zur Bundeswehr – Antimilitaristen vor Staatsschutzkammer

München. Im Jahre des 30jährigen Bundeswehrjubiläums (1985) verfaßte Alfons Lukas das Flugblatt „Rekrutenabschied“ (Herausgeber: Jugendmagazin „Kämpfende Jugend“). Das Flugblatt wandte sich speziell an die Neueingezogenen. Einer der neuen Rekruten, Heiko Müller, schrieb darin einen Beitrag, warum er von seinem Recht der Gelöbnisverweigerung Gebrauch machen wird. Die Staatsanwaltschaft München bezichtigt die beiden nun u.a. des Delikts „verfassungsfeindliche Einwirkung auf die Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane“ (§ 89 StGB) – Strafandrohung bis zu fünf Jahren Haft. Nachdem die Anklageschrift vorlag, verbreiteten der Reservist Stephan Sinz und Cengiz Yürü eine Dokumentation, in der angeklagte Passagen des Rekrutenflugblattes

gen, die am Krieg Profit machen, so werden wir tatsächlich den Krieg überhaupt aus der Welt schaffen ...“ Müller: „Ich bin nicht bereit, das Recht und die Freiheit des Unternehmers zu verteidigen, mich arbeitslos zu machen. Ich bin nicht bereit, mein Recht zu verteidigen, in einem 7,5-qm-Zimmer leben zu müssen, während die Oberen in ihren Villen residieren. Weil diese Armee nicht meine Arbeiterinteressen schützt, sondern die Interessen des Kapitals schützt – 30 Jahre Bundeswehr sind Beweis genug –, werde ich das Gelöbnis verweigern.“ So erklärte ich damals, am 1.10.1985. Bis heute hat sich daran nichts geändert ...“ Yürü: „Die Völker wollen keinen Krieg. Wenn Völker zur Waffe greifen, so stets für den Frieden. Gegen ihre Beherrscher. So in



1980: Aktion gegen ein Gelöbnis in München. Auf den Befehl: „Alle Fahnen-träger antreten!“ trat auch ein unerwünschter Gast hervor.

hervorgehoben wurden. Nun haben auch sie die gleiche Anklageschrift erhalten.

Der Prozeß gegen die vier Antimilitaristen wurde am 18.4.1988 vor dem Landgericht München I eröffnet. Das Urteil soll am 16.5. verkündet werden.

Vor Prozeßbeginn begründeten die vier Angeklagten ihr Handeln noch einmal. Lukas: „Wer gezwungen ist, mit seiner Hände Arbeit sein Leben zu fristen, was hat er davon, wenn ihm der Krieg die Gliedmaßen vom Körper reißt? So belehrte mich mein Vater, der seinen rechten Arm im Krieg verlor. Als Maurer hatte er nichts in diesem Krieg zu gewinnen. Nur zu verlieren (...) Antimilitarismus heißt schlicht: Wenn sich alle zusammentun, die im Krieg verlieren, um die zu entwaffnen und zu besie-

Nicaragua, so in Südafrika. Gibt es diese Beherrscher nicht mehr, dann gibt es auch keine Kriege mehr. Das ist unser Ziel. Weltweit! (...) Darum kämpfe ich – Türke – als Arbeiter gegen den deutschen Imperialismus. Weil ich hier lebe, kämpfe ich auch gegen seine Armee. Wie in der Türkei gegen die türkische Armee ...“ Sinz: „Die Bundeswehr übt den Einsatz gegen streikende Arbeiter. Aber: In den oliven Uniformen stecken auch Arbeiter, die freiwillig nie auf ihre Kollegen schießen würden. (...) Und wer die Soldaten auffordert, Befehle nicht blindlings auszuführen, sondern zu fragen: für wen – wozu? kommt vor Gericht (...) Als aktiver Gewerkschafter halte ich es für meine verdammte Pflicht, die Bajonette zum Denken zu bringen.“

Die vier Angeklagten haben zahlreiche Solidaritätsadressen erhalten, Stellungnahmen von antifaschistischen Widerstandskämpfern gegen das Nazi-regime, von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Gremien, von politischen Parteien, Organisationen und Initiativen.

Die Staatsanwaltschaft München verfolgt auch die Berichterstattung über die Hintergründe des Prozesses. Am 20.1.1988 ordnete das Amtsgericht München die Beschlagnahme sämtlicher Exemplare der Januarausgabe der „Kämpfenden Jugend“ an. Artikel, die sich mit dem bevorstehenden Prozeß befaßten, sollten entfernt bzw. geschwärzt werden, um die Beschlagnahme abzuwenden. Am 28.1.1988 wurden die Redaktionsräume von der Polizei durchsucht.

Aus der Begründung des Gerichts: „Der Artikel befaßt sich mit dem Strafverfahren gegen Lukas und Müller wegen verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr. Er zielt darauf ab, sich mit den beiden Angeklagten für solidarisch zu erklären ... Es soll erreicht werden, daß sich der Rekrut nicht etwa im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, wie sie besteht, orientiert, sondern die Ausbildung an der Waffe erlernt, um diese zu gegebener Zeit gegen die Bourgeoisie zu erheben ...“

Quelle: Flugblätter der Redaktion Kämpfende Jugend – (acr)

Rassismus

Glastrennscheibe im Ausländeramt

Seit ca. 2 Jahren gibt es an den Tresen des Goslarer Ausländeramtes Glastrennscheiben. Seit Ende letzten Jahres fordert vorrangig die Initiative zur Förderung des Wahlrechts für Ausländer „Zusammen leben – Zusammen wählen“ deren sofortige Beseitigung. Stadtdirektor Burkhardt (CDU) behauptete, daß der Einbau der Scheiben auf Empfehlung des Gesundheitsamtes notwendig geworden sei, da vor allem die Asylbewerber ansteckende Krankheiten mitbrächten, vor denen die Beschäftigten des Ausländeramtes geschützt werden müßten. Das Gesundheitsamt hält jedoch den Einbau aus „seuchenhygienischen“ Gründen für nicht gerechtfertigt, und „vom Standpunkt des Infektionsrisikos her gibt es keinen Grund, zwischen Deutschen und Ausländern zu unterscheiden“ (Dr. Hennighausen, Leiter des Gesundheitsamtes).

Das „Risiko“ für die Beschäftigten ergibt sich nach den Erfahrungen zahlreicher ausländischer Einwohner zwangsläufig aus der gehässigen Schikane, die von diesem Amt ausgeht. So

bei der Erteilung von Aufenthaltsberechtigungen (AB), die für ausländische Arbeiter bislang noch einen größeren Schutz vor Ausweisung bieten als die Aufenthaltserlaubnis. Da wurden Deutschkenntnisse an Hand falscher Antragsformulare schriftlich im Ausländeramt abgeprüft, obwohl die Bezirksregierung bereits vor mehreren Jahren nach massiven öffentlichen Protesten dem Ausländeramt die Sprachprüfung durch Diktate untersagen mußte. Es wurden falsche Auskünfte über den Nutzen der AB erteilt; Anträge abgelehnt, weil die Formulare gemeinsam ausgefüllt wurden („wurden Sie mit den beiden Personen im Flur gesehen, wie Sie sich gemeinsam mit dem Antrag beschäftigten“); AB wegen drohender Arbeitslosigkeit nicht erteilt. Der „Umgangston“ ist in dieser Behörde bekanntermaßen menschenunwürdig.

Die Initiative hat durch ihre Interventionen, z. B. Dienstaufsichtsbeschwerde, Einschalten von Rechtsanwälten (Rechtsschutz von IG Metall und IG Chemie), erreicht, daß die Formulare zu Hause – und damit auch gemeinsam – ausgefüllt werden können. Gegen die Glastrennscheiben fand eine Demonstration mit 40 vorwiegend ausländischen Teilnehmern statt. Die Grün-Alternative Wählergemeinschaft beantragte im Stadtrat die Beseitigung der Trennscheiben. Dies wird jetzt im Verwaltungsausschuß beraten. – (suo)

§129a StGB-Verfahren

Haftstrafe für Veranstaltung zu pol. Gefangenen

Düsseldorf. Am 22., 28., 29.4. und 4.5. fand vor der Staatsschutzkammer des Düsseldorfer Oberlandesgerichts ein Prozeß wg. mutmaßlicher Unterstützung der „terroristischen Vereinigung“ RAF statt.

Anlaß für die Kriminalisierung war eine Veranstaltung am 18.10.85 in Detmold zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD, auf der auch für den antiimperialistischen und antikapitalistischen Kongreß Anfang 1986 in Frankfurt mobilisiert werden sollte. Die Veranstaltung wurde im Nachhinein kriminalisiert, und zwar insbesondere über den Briefkontakt von dreien der vier jetzt Angeklagten zu Gefangenen aus der RAF. So mußten dann auch die Briefe, in denen über bzw. zu der Veranstaltung was geschrieben wurde, bei der sogenannten Beweisführung herhalten.

Klar wurde hier noch mal, daß jegliche Diskussion über und mit den politischen Gefangenen, auch bezüglich ihrer Forderung nach Zusammenlegung, unterbunden und kriminalisiert wird. Auch kriminalisiert werden

sollen alle Versuche, sich zu organisieren bzw. zu diskutieren, auch draußen. Diskussionen, die ihnen nicht passen, sollen über die Schiene „Unterstützung“ und somit Knast gänzlich unmöglich gemacht werden. Daß das Alltag werden soll, zeigen auch weitere Versuche, Veranstaltungen zu politischen Gefangenen zu verbieten (Bamberg), bzw. zu zerschlagen, wie in München, wo ebenfalls ein 129a-Verfahren wg. Verdachts der Unterstützung eingeleitet wurde.

Dennoch läßt sich auch da etwas gegensetzen. No pasaran. Pasaremos!

Kurz zum Prozeßverlauf: Am ersten Prozeßtag waren nur zwei der vier Angeklagten erschienen. Daraufhin wurde ein „vorläufiger“ Haftbefehl (§ 230 StPO) zur „Herbeischaffung“ der beiden erlassen und der Prozeß vertagt. Da die beiden auch beim nächsten Termin nicht anwesend waren, wurde der Prozeß gegen sie abgetrennt (sie wurden zur Verhaftung ausgeschrieben), ein Haftbefehl gegen sie erlassen. Während der sogenannten Beweisführung wurden insbesondere Briefe von dreien der vier Angeklagten mit Gefangenen aus der RAF verlesen sowie die Redebeiträge zu der Veranstaltung. Damit wurde deutlich, daß keine sogenannte juristische Straftat bestand, sondern die politische Gesinnung verurteilt werden soll.

Der Prozeß wurde von Arendt, Vorsitzender Staatsschutzrichter, schnell durchgezogen. Am letzten Tag wurde zum Schluß von einem der zwei verbliebenen Angeklagten eine politische Erklärung verlesen. Daraufhin riefen die Zuhörer Parolen, was Arendt veranlaßte, gegen zwei Prozeßbesucherinnen drei Tage Ordnungshaft zu verhängen, den Saal räumen zu lassen und gegen alle Prozeßbesucher ein Hausverbot zu verhängen.

Bei dem Urteil blieb er in einem Fall bei dem Antrag der Staatsanwaltschaft, und zwar 18 Monate und zwei Wochen *ohne* Bewährung für den, der auch die Erklärung verlesen hatte. Der andere erhielt Freispruch. – (z)

Ausländische Lehrer

Erhöhte Arbeitsbelastung bei schlechterer Bezahlung

Hamburg. An Grund- und Hauptschulen sind ca. 50 ausländische Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt. Ihre Tätigkeit besteht in der Erteilung von muttersprachlichem (meist türkischem) Unterricht, Beratung von Kollegen bei Problemen ausländischer Schüler sowie „Sozialbetreuung“. Darunter wird eine umfassende Betreuung und Beratung ausländischer Schüler und Familien bei schulischen, sozialen und rechtlichen Problemen verstanden. Diese Tätigkeit kann na-

türlich nicht nur in der Schule durchgeführt werden, sondern erfordert viel Fahrerei der Sozialbetreuer zu den Familien nach Hause, zu Ämtern, Beratungsstellen usw. Darüber hinaus müssen viele der ausländischen Kollegen zwischen zwei oder sogar drei Schulen pendeln.

Obwohl bei weitem nicht von ausreichender Versorgung der ausländischen Schüler mit muttersprachlichem Unterricht und Sozialbetreuung gesprochen werden kann, will die Schulbehörde jetzt fünf dieser Stellen einsparen. Dabei ist für längerfristige Erkrankungen und Beurlaubungen



keinerlei Vertretung gewährleistet. In der Bezahlung liegen ausländische Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg unter der Bezahlung ihrer Kollegen in anderen Bundesländern, vom Gehalt der deutschen sind sie weit entfernt.

Auf einer Teilpersonalversammlung, zu der der Personalrat Volks-, Real- und Sonderschulen am 28.4.88 eingeladen hatte, erschien ein Drittel der ausländischen Lehrkräfte. Die Anwesenden verabschiedeten einstimmig eine Resolution:

„Wir fordern ... die Behörde für Schule und Berufsbildung auf, endlich die Bedeutung des Einsatzes von ausländischen Lehrern an deutschen Schulen für die Chancengleichheit der ausländischen Kinder und Jugendlichen anzuerkennen, indem – sie nur an einer Schule eingesetzt werden,

– der muttersprachliche Unterricht und die Sozialbetreuung erhalten und verbessert werden,

– die Vertretung von erkrankten und beurlaubten Kolleginnen und Kollegen gewährleistet wird.

– Keine Streichung von Stellen, die durch Rückkehr und Verrentung frei werden.

– Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit Stundenentlastung.

– Gleichstellung in der Vergütung.“ – (ree)

Südafrika/Azania

Verstärkte Zusammenarbeit gegen Rassistenregime

Hannover. Gegen die Beteiligung von Südafrika auf der Industrie-Messe in Hannover protestierten am 24.4. 250 Mitglieder von 14 Organisationen (s. Berichterstattung in PB Nr. 9). Dies ist ein Fortschritt in der Zusammenarbeit gegen das südafrikanische Rassistenregime. Bereits im letzten Jahr hatte eine Aktionseinheit von sechs Gruppen mit 50 Teilnehmern den Stand von Südafrika für 20 Minuten „umzingelt“. Diesmal wurde der Stand dreieinhalb Stunden „besetzt“ und erst geräumt, nachdem die Messeleitung schriftlich zugesichert hatte, daß mit Vertretern der Aktionseinheit ein Gespräch über die Forderung der Aktionseinheit, Südafrika von künftigen Messen auszuschließen, geführt

der Messe AG (Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg/SPD, Oberstadtdirektor Lehmann-Grube/SPD) aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Stand noch verhindert wird, bzw. künftige Südafrika-Stände verhindert werden.“ Wenn auch die Verhinderung des Standes nicht durchgesetzt werden konnte, so konnte der Verwaltungsausschuß mit den Stimmen von SPD und GABL doch zu einem Protest gegen die Beteiligung Südafrikas gebracht werden.

Auch der DGB hat sich auf Initiative der DGB-Jugend an den Oberbürgermeister der Stadt und die Finanzministerin des Landes, Birgit Breuel, als Aufsichtsratsmitglieder der Messe AG, gewendet. In dem Schreiben

bedeutet ein Verbot der politischen Betätigung, der COSATU untersagt, zu den sozialen Verhältnissen in den schwarzen Wohnvierteln Stellung zu beziehen. Es bedeutet weiter, daß die Gewerkschaften in ihrer Handlungsmöglichkeit gelähmt und in ihrer Existenzgrundlage bedroht sind. ... Der Gewerkschaftsbund COSATU befürchtet, daß diese Einschränkungen nur das Vorspiel für ein endgültiges Verbot der Gewerkschaften darstellen ... Wir sind bestürzt darüber, daß trotz der gewollten Zuspitzung der politischen Lage in Südafrika 8 südafrikanische Firmen und Forschungsinstitute auf der Industrie-Messe in Hannover ausstellen und somit die südafrikanische Wirtschaft offiziell von der Messeleitung gefördert wird.“ Es folgen sechs Forderungen, alle bezogen auf die Änderung der inneren Verhältnisse in Südafrika, und die Aufforderung, keine südafrikanischen Aussteller auf Messen in Hannover zuzulassen, solange die Forderungen nicht erfüllt sind.

Auch im Flugblatt, daß der DGB während der Aktion auf dem Messegelände und am Stand verteilt, fehlte die Benennung der Bundesregierung als wesentliche Stütze des Rassistenregimes. Sie tauchte nur auf in der Erwähnung: „Konservative Regierungen, auch die Bundesregierung, setzen auf die Reformfähigkeit der weißen Minderheit ...“

Das Flugblatt der Aktionseinheit nannte die westdeutschen Banken als Unterstützer des Rassistenregimes und forderte: „Keine bundesdeutsche Finanzierung der Apartheidspolitik oder sonstige Unterstützung des Rassistenregimes“. Auch das Flugblatt der Afrika-Initiative, zur „Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika! Rettet die Sharpeville-Sechs“, griff die BRD als eine der wesentlichen Stützen des südafrikanischen Regimes an.

Wie notwendig dies ist, verdeutlichte der Generalsekretär der namibischen Bergarbeiter-Gewerkschaft, Ben Ulenga, sowie ein Vertreter der SWAPO auf einer 1.-Mai-Veranstaltung der DGB-Jugend. Der namibische Gewerkschaftsvertreter begrüßte die Aktionen auf der Messe. Die bundesdeutsche Regierung griff er als Kollaborateur des südafrikanischen Regimes und als Unterstützer der Marionettenregierung in Namibia an und forderte die Arbeiter hier auf, noch aktiver zu werden gegen die Politik ihrer Regierung. Er forderte ausdrücklich Sanktionen.

Daß die Messe AG weiterhin mit Protest zu rechnen hat, solange Südafrika auf der Messe vertreten ist, sicherte der DGB-Vertreter auf der Veranstaltung zu. Ebenso war sich das Bündnis einig, daß die Zusammenarbeit erfolgreich war und fortgesetzt werden soll. – (bee)



Während die Aussteller des Rassistenregimes gegen die Besetzung hetzten, unterstützten Besucher und Leute von anderen Ständen die Aktion.

wird. Die Ausweitung der Aktivitäten und das breite Bündnis haben dieses Zugeständnis erreicht.

Bereits im Vorfeld der Messe wurden verschiedene Gruppen gegen die Beteiligung von Südafrika auf der Messe tätig.

Die Falken protestierten mit Transparenten an einer Hochstraße in der Stadtmitte und am Messeschnellweg, dem Zubringer zur Messe, und forderten, künftig keinen Stand Südafrikas auf der Messe zuzulassen sowie den Abzug westdeutscher Firmen und Banken aus Südafrika.

Die GABL-Ratsfraktion brachte einen Antrag in den Verwaltungsausschuß ein, mit dem sie forderte: „Das kommunale Gremium soll gegen diesen Stand nicht nur protestieren, sondern als ‚50prozentige Besitzerin‘ auch ihre Vertreter im Aufsichtsrat

heißt es u. a.: „Der DGB-Kreisvorstand und die Einzelgewerkschaften im DGB haben mit Entsetzen zur Kenntnis genommen, daß mit dem Verbot der politischen Betätigung für den südafrikanischen Gewerkschaftsbund COSATU und mit dem Bann von 17 Apartheidsorganisationen das Apartheidregime auch die letzten Brücken für einen friedlichen Ausgleich mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit abgebrochen hat. Mit dem Vorgehen gegen den Gewerkschaftsbund COSATU verletzt die Regierung in Pretoria die international verbindlichen Grundprinzipien der Koalitionsfreiheit, wie sie in dem Abkommen 87 und 98 der IAO festgelegt sind. Jede gewerkschaftliche Betätigung in Südafrika muß deshalb zwangsweise mit dem Räderwerk der Apartheid in Konflikt geraten. Bann

Asylbewerber

Flüchtlinge fordern Sozialhilfe in Geld

Freiburg. Wegen der Lieferung von verdorbenen Lebensmitteln begannen am 11.4. die Bewohner des Asylbewerberwohnheims in der Idingerstraße einen Hungerstreik. Nach Auskunft der Flüchtlinge und des DRK sind die Lebensmittel, die von einer Heilbronner Firma seit geraumer Zeit nach Freiburg geliefert werden, minderer Qualität, oft nicht gekühlt transportiert und schlecht verpackt. Eine Asylbewerberin wurde mit Schüttelfrost und Erbrechen in die Klinik eingewiesen. Die Flüchtlinge verlangen, unterstützt von fast allen politischen Gruppierungen und den Kirchen, die Auszahlung von Sozialhilfe in Geld. Die Bewohner des zweiten Freiburger Sammellagers solidarisierten sich und traten ebenfalls in den Hungerstreik.

Nachdem das Regierungspräsidium zunächst von „gravierenden Mängeln“ „in punkto Transport und Verpackung“ gesprochen hatte, behauptete es einige Tage später, die Lebensmittel seien zum Verzehr geeignet gewesen, was eine Untersuchung durch Lebensmittelchemiker ergeben habe.

In Freiburg leben nach Auskunft der Ausländerbehörde 850 Asylbewerber, von denen 228 in den beiden Sammellagern Idingerstraße und Kapplerstraße untergebracht sind. Die in Wohnungen untergebrachten Flüchtlinge erhalten die Sozialhilfe in Geld ausbezahlt.

Das Regierungspräsidium erklärte sich für unzuständig; über die Auszahlung der Sozialhilfe in Geld könne nur die Landesregierung entscheiden. Diese lehne die Forderung aber weiterhin ab. Der Sprecher der Behörde meinte im übrigen: „Man kann ja ohne weiteres auch 'mal ein paar Tage ohne Fleisch leben.“ Die Auszahlung der Sozialhilfe in Sachleistungen widerspreche auch nicht dem „Recht auf Essen“. SPD-Kreisverband, Grüne, Friedensliste und fast alle politischen Gruppierungen sowie die Kirchen unterstützen die Forderung der Flüchtlinge. Die katholische Kirche stellte den Flüchtlingen einen Raum für den Hungerstreik zur Verfügung. Knapp 20 Gruppierungen forderten in einem Flugblatt neben der Auszahlung der Sozialhilfe in Geld Auflösung der Sammellager, Abschaffung des Arbeitsverbots und der Aufenthaltsgestattung, nach der Asylbewerber sich nur im Bereich der Ausländerbehörde aufhalten dürfen. Der Ausländerbeirat wies zusätzlich auf das Problem hin, daß Sprachkurse für Flüchtlinge von diesen selbst bezahlt werden müssen, was bei einem Taschengeld von 70 DM im Monat für die meisten un-



Flüchtlinge im Hungerstreik.

möglich sei.

Die CDU fordert von der Landesregierung, daß, wenn schon nicht Geld, dann zumindest „Gutscheine“ an die Flüchtlinge ausgegeben werden. Der Gemeinderat unterstützte bei drei CDU-Gegenstimmen die Forderung nach Auszahlung in Geld.

Das Regierungspräsidium erreichte vor einer Woche den Abbruch des Hungerstreiks für vier Wochen, um in dieser Zeit mit der Landesregierung zu verhandeln. Inzwischen aber erhielten einige Flüchtlinge Briefe von der Ausländerbehörde, in denen ihnen angekündigt wird, daß sie demnächst in andere Städte verlegt werden sollen. – (ulb)

Banktarifabschluß**Abschaffung der 40-Stundenwoche**

Am 23.4.88 wurde im Bankgewerbe abgeschlossen: 39-Stundenwoche ab 1.4.1989, Gehaltstarifierhöhung um 3,4% ab 1.3.88 mit einer Laufzeit von 20 Monaten bis 31.10.89. D.h. für eine Stunde Arbeitszeitverkürzung, die durch Intensivierung ausgeglichen werden kann, acht „Null-Monate“. Bis zum Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung am 1.4.89 wird weiter über Fragen der Arbeitszeittlage verhandelt. Die 1987 als tarifpolitische „Kröte“ zugelassene Protokollnotiz über Abweichung von der betrieblichen Arbeitszeit bei Abendberatung gilt in gemilderter Form bis zur Neufassung des Manteltarifs fort. Als weiterer Eckpunkt wurde festgelegt, daß eine ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit in einem Zeitraum von 8 Wochen möglich ist, wobei eine 42 Stunden-Woche nicht überschritten werden darf. Die große Mehrheit der HBV-Tarifkommission hielt solch eine Regelung für unschädlich, auch wenn der Rechtsanspruch für Gewerkschaftsmitglieder auf regelmäßige Ar-

beitszeiten jetzt von der Stärke der Betriebsräte abhängt. Letztlich können die Bankkapitalisten über eine Einigungsstelle ungleichmäßige Verteilungen durchsetzen.

Und diese haben klare Vorstellungen über die Ausrichtung der Arbeitszeiten „am tatsächlichen Arbeitsanfall bzw. an den Kundenwünschen“. Hierzu gehören „versetzte Arbeitszeiten im Kundenbereich, 2- oder 3-Schicht-Pläne für die Expedition oder die Rechenzentren usw. Zum anderen liegen in bestimmten Abteilungen traditionelle „saisonale“ Arbeitszeitmuster mit bestimmten Arbeitszeitspitzen im Jahresverlauf (z.B. Rechnungswesen) oder im Monatsverlauf (z.B. Gehaltsabrechnung) vor. Diese Erfahrungswerte könnten künftig antizipiert und in konkrete Arbeitszeitpläne mit entsprechenden wöchentlich oder monatlich schwankenden Arbeitszeiten umgesetzt werden.“ Für die Kundenberater wollen sie die Möglichkeit einer „flexiblen Reaktion insbesondere auf Beratungswünsche von Kunden“. „Hier tritt an die Stelle der vorgegebenen Pläne das Einvernehmen mit dem Einzelnen über seinen Arbeitseinsatz.“ (Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes des Privaten Bankgewerbes vom 16.12.1987)

Aus Frankfurt, wo Warnstreiks bei der Hessischen Landesbank (Bild oben) und der Ärzte- und Apothekerbank sowie eine Kundengebung mit 500 Bankangestellten vor der Deutschen Bank Zentrale (Bild unten) stattfanden, kam heftige Kritik an den Flexizugeständnissen der Gewerkschaft. Die Fachgruppe Banken in Frankfurt vertrat die Position, lieber auf eine Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung zu verzichten, als sich diese durch einen Verkauf der Arbeitszeitregelungen eines Teiles der Beschäftigten zu erkaufen. Noch ist der Samstag kein regelmäßiger Arbeitstag, aber was wird für die zweite Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung gezahlt werden? – (gst)



Die Republikaner

A.o. Landesversammlung konnte in REP-„Hochburg“ nicht stattfinden

Heidenheim. Nach den baden-württembergischen Landtagswahlen im März 1988 reichte Verwunderung und Bestürzung über das Abschneiden der „Republikaner“ von links bis zur CDU. Jeder 14. Wähler in Heidenheim (HDH) hatte den REP seine Stimme gegeben, die mit ihrem Kreis- und Landesvorsitzenden, dem Heidenheimer Kriminalbeamten Hans-Peter Köhler, angetreten waren. Sie erreichten im Wahlkreis 6,4% (4281) und in der Stadt selbst 7,2% (1847) – ein einsames Spitzenresultat im ganzen Land, wo sie insgesamt auf knapp 1% kamen. Über Nacht war die Arbeiterstadt (knapp 50000 Einwohner) auf der Ostalb zu einer rechten „Hochburg“ geworden. Dabei konnte Heidenheim bislang eigentlich eher als das Gegenteil betrachtet werden. HDH gehört neben Mannheim und Tübingen zu den drei Städten in Baden-Württemberg, in denen die DKP im Gemeinderat vertreten ist.

Die Stimmenverteilung in der Stadt selber (in Klammer LTW 1984): CDU: 39,4%, (43,4%) – SPD: 38,2%, (43,2%) – GRÜNE: 8,8% (2179), (8,4%) – FDP: 4,1% (1171), (4,5) – DKP: 0,5% (135), (0,6%, 163); im gesamten Wahlkreis kam die DKP auf 0,4% (333) und einem Zugewinn von 23 Stimmen. ÖDP: 0,8% (202) – NPD: 0,0% (176), im Wahlkreis 0,9% (580); sie erzielte eines ihrer schlechtesten Ergebnisse in Baden-Württemberg. Allerdings scheint sie den REP vertrauensvoll das Feld überlassen zu haben. Sie hielt sich im Wahlkampf sehr zurück.

Sicherlich hat der seriös, ruhig und nüchtern auftretende Kripo-Mann mit seinen Law-and-Order-Parolen viel Anhängerschaft im Staatsapparat gefunden. Aber die REP-Wähler scheinen sich in Heidenheim aus allen sozialen Klassen zu rekrutieren. In sieben Wahllokalen erzielten die REP über 10% der Stimmen. In dreien davon – in Arbeitervierteln – mußte die SPD Verluste von 10 bis über 13% hinnehmen. Dazu gehört das Zentrum des Arbeitervororts Schnaitheim, wo die SPD immer die Mehrheit hatte und sich noch vor kurzem Bewohner gegen die Einrichtung eines Wohnheims für Asylbewerber wehrten. Die CDU hat Verluste bis über 10% an die REP in einem in der Nähe einer staatlichen Flüchtlingssammelunterkunft liegenden Wahllokal. Eines ihrer schlechtesten Ergebnisse von 4,5% erzielten die REP in einem Neubaugebiet relativ gut situierter Personen, in dem DIE GRÜNEN 10,5% dazuge-

wannen (SPD: -18,1%).

Der DKP-Kandidat machte den „Nährboden Arbeitslosigkeit“ für den Wahlerfolg der REP verantwortlich. Der SPD-Kreisvorstand sieht die REP als eine Partei, die ihre „rechtsextremen Ziele geschickt verpackt“ und erfolgreich an die „niedrigen Instinkte der Bevölkerung“ appelliert hat. Das Schlechte im Menschen als des Übels Wurzel? Die CDU-Fraktion im Gemeinderat trommelte stürmischen Beifall, als der Oberbürgermeister in einer Bürgerfragestunde der VVN-Vor-

für Asylbewerber eingerichtet wurde und alle paar Wochen Gruppen von Ghanesen, Tamilen u.a. in Nacht- und Nebel-Aktionen aus- und einquartiert wurden – der OB redete von einer nicht mehr zu verkraftenden Belastung des betroffenen Stadtgebiets –, sahen die Reaktionäre ihre Stunde gekommen. In Heidenheim und dem benachbarten Giengen gab es mehrere Brandanschläge auf Ausländerwohnheime und -wohnungen, die offenkundig von der FAP ausgeübt wurden.

Peter Köhler rührte in Leserbriefen,

DIE REPUBLIKANER REP

**ENTSCHIEDEN FÜR DEUTSCHLAND!
ENTSCHLOSSEN FÜR DIE UMWELT!
ENGAGIERT FÜR DIE FAMILIE!**

GEGEN Chaoten und Verfassungsfeinde!
GEGEN den Mißbrauch des Asylrechts!
GEGEN ein Wahlrecht für Ausländer!
GEGEN eine verfehlte EG-Politik zu Lasten der deutschen Bauern!

FÜR die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit!
FÜR die Unterstützung des Mittelstandes und des Handwerks!
FÜR den demokratischen Rechtsstaat und eine geistig-moralische Wende!
FÜR mehr innere Sicherheit!

Rauschgift – Terrorismus – Gewaltkriminalität

Wir – Personelle Verbesserungen für Polizei und Justiz
fordern – Strengere Maßstäbe bei Bewährungs- und Begnadigungen
– Keinen Hafturlaub für Schwerverkriminalität und Sexualtäter!

Die Fürsorge des Staates sollte nicht dem Täter sondern dem Opfer gelten!

**DIE ZEIT IST REIF
FÜR DIE REPUBLIKANER!**

Am 20. März können Sie darüber entscheiden!

Ihr Kandidat
Im Wahlkreis Heidenheim
Klaus-Peter Köhler

Information:
Kreisverband Heidenheim
Postfach 1745,
Tel. (07321) 42541



Wahlkampfanzeige

am 28.02.1988

in der

"Heidenheimer Zeitung"

sitzenden vorwarf, ihresgleichen hätten den REP erst den Zulauf gebracht. Auch künftig werde sich die Stadt nicht durch Druck zu einem „rechts-widrigen Verhalten“ hinreißen lassen, und den REP als nichtverbotener Partei Räume verweigern, erklärte er.

Peter Köhler selber wertete das Wahlergebnis auf der Basis „eines starken Kreisverbandes und einer sehr großen Unzufriedenheit über die etablierten Parteien“ (HZ 21.3.88).

INFAS sieht den Grund für die Erfolge der REP am östlichen Rand von Württemberg in der „unüberhörbaren Ausstrahlung aus Bayern“. Offensichtlich jedenfalls ist, daß sich die REP im Kreis HDH schon vor den bayerischen Landtagswahlen (Oktober 86) sammelten. Nach eigenen Aussagen soll ihr Kreisverband HDH inzwischen etwa 100 Mitglieder umfassen.

Als 1985/86 die Hetze der baden-württembergischen Landesregierung über die angebliche „Asylantenflut“ einen ihrer Höhepunkte erreicht hatte, in HDH ein staatliches Sammelager

zunächst noch als Privatperson, fleißig die nationalistisch-rassistische Brühe mit an. Im Gegensatz zur CDU wandte er sich auch gegen die „uneingeschränkte“ Aufnahme von Osteuropa-Flüchtlingen. Mitte 1986 meldete sich erstmals öffentlich der REP-Kreisverband mit einer Resolution gegen das Asylrecht und Forderungen nach scharfen Maßnahmen gegen Flüchtlinge, denen die Vorstellungen der CDU sehr nahekamen. Es gab eine wochenlange Leserbriefauseinandersetzung, in deren Verlauf auch über die Ursprünge und den wahren Charakter der bis dahin in HDH noch weithin unbekannten REP aufgeklärt wurde. Das zeugte böse Reaktionen.

Im Oktober 1987 kam es bei der REP-Wahlkampfaufaktveranstaltung mit Schönhuber (etwa 300 Besucher) in Giengen zu einer mehrstündigen Auseinandersetzung zwischen 100 Demonstranten und der Polizei, und danach gab es erneut eine größere öffentliche Diskussion. Die HNP schrieb: „Chaoten wie in Giengen

sind es, die rechtsextreme Gruppen heraufbeschwören“ (31.10.87).

Von Mitgliedern verschiedener Gruppen und Organisationen wurde daraufhin ein vierseitiges Materialblatt zur Entstehung der REP und ihrer Programmatik verfaßt, und das Verbot nach Art. 139 GG und die Nichtzulassung zu Wahlen gefordert. Unterschrieben wurde dies von: AK gegen Ausländerfeindlichkeit, AWO-Jugendwerk, DKP, IG Metall, HBV, SdAJ, VVN, Motorradclub Kuhle Wampe, Friedensgruppe, Freidenker und JUSOS. Später erklärten sich auch die Grünen zu Unterstützern, nachdem die Verbotsgegner des Kreisverbands in einer Abstimmung knapp unterlegen waren.

Die landesweite Wahlkampfabschlußveranstaltung der REP fand auch im Kreis HDH statt. Die Stadt überließ ihnen trotz Protesten das Konzerthaus. Sie argumentierte, Art. 139 GG sei mit dem Abschluß der Entnazifizierung obsolet geworden. Die Gewerkschaften und die SPD hielten sich heraus. Zum „Schutz“ der

Versammlung (600 Besucher) wurden eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei und starke örtliche Polizeikräfte herbeigezogen. Sie sorgten mit REP-Ordern dafür, daß keine „Verdächtigen“ in den Saal gelangten.

Das Wahlergebnis brachte in mehrerlei Hinsicht die Wende. Der Kommentator der weniger REP-freundlichen Heidenheimer Zeitung sollte recht behalten, der schrieb, daß das „einzig Positive am Heidenheimer Republikaner-Rekord (ist), daß sich nicht länger nur die Linken artikulieren.“ (HZ 22.3.88) Vier Wochen später wollte ein Südfunk-Reporter vom DGBKreisesvorsitzenden wissen, wie er sich gegenüber dem bevorstehenden a.o. Landesparteitag der REP in Heidenheim, bei dem aufgrund des großen Mitgliederzuwachses Delegierte nachgewählt werden sollten, verhalten werde. Auf einer sofort einberufenen Kreisvorstandssitzung wurde ein Aufruf zu einer Protestkundgebung beschlossen (s. Kasten). SPD und CDU erhielten die Aufforderung, Redner zu stellen. Der SPD-Kreisverband schloß

sich voll an. Die CDU war in einem für sie wohl etwas unangenehmen Zugzwang und erklärte schließlich: „Der CDU-Kreisverband bedauert, daß den Republikanern in Heidenheim eine Tagungsstätte zur Verfügung gestellt wird. Wir werden alles daran setzen, hier nicht zu einem Zentrum der Republikaner zu werden.“ Jedoch könne die Auseinandersetzung nicht mit einer Gegendemonstration geführt werden. Dadurch würden die REP nur aufgewertet. Sie wolle die abtrünnigen Wähler in Überzeugungsarbeit zurückholen. (HNP 23.4.88) Etliche Anrufe von Gewerkschaftsseite und Parteien brachten den Wirt des Versammlungslokals zur Überzeugung, daß sich künftig sein Kundenstamm verkleinern wird. Die REP-Versammlung mußte abgeblasen werden. Ein Antrag bei der Stadt, das Konzerthaus zur Verfügung zu stellen, wurde diesesmal abgelehnt mit der Begründung, außerhalb des Wahlkampfes fänden dort grundsätzlich keine Parteiveranstaltungen statt. – (frr)

DGB-Aufruf gegen REP-Parteitag – Reaktionen

Mit einem Aufruf zu einer Protestkundgebung gegen den geplanten Landesparteitag der Republikaner am 24.4.88 wandte sich der DGB Kreis HDH an die Öffentlichkeit und an alle Betriebs- und Personalräte: „... Bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg am 20. März 1988 erhielten die Republikaner in der Stadt Heidenheim 7,2%, in einzelnen Wahlbezirken sogar über 10%.

Politiker aller demokratischen Parteien und die meisten Kommentatoren äußerten sich bestürzt über die relativ hohen Stimmenanteile der äußersten Rechten. Gemeinsam ist allen diesen Gruppen, daß sie unsere ausländischen Kollegen als Sündenböcke für die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung abstempeln wollen. Auch Gewerkschaften haben bei den Republikanern nur dann eine Existenzberechtigung, wenn sie auf das ‚Wohl der Betriebsgemeinschaft‘ oder der ‚Volksgemeinschaft‘ eingeschworen wären.

Wir müssen rechtzeitig den Anfängen wehren, denn auch Hitlers NSDAP hat einmal mit sieben Mitgliedern angefangen, hatte Ende der 20er Jahre bereits zehntausende Mitglieder, wurde kräftig von vielen Industriellen finanziell unterstützt und war 10 Jahre später stark genug, Millionen Menschen in Tod und Vernichtung im Krieg und in den Konzentrationslagern zu treiben.

Nach den letzten Wahlen nur Bestürzung und Betroffenheit zu be-

kunden über das Wahlergebnis der Republikaner reicht nicht aus.

Spätestens jetzt ist für alle demokratischen Kräfte die Zeit reif zum Handeln. Der DGB-Kreisvorstand ruft deshalb zu einer Protestkundgebung ... auf.

Wir wollen damit einen ersten Beitrag leisten, um die Öffentlichkeit über die Ziele und Taktiken der Republikaner zu informieren und unsere Forderung nach Verbot und Nichtzulassung zu Wahlen aller faschistischen Parteien und Organisationen Nachdruck zu verleihen.“

Über den erzwungenen Rückzug der REP berichtete die „Heidenheimer Neue Presse“ in einem Tenor wie es die Redaktion des „Republikaner“ nicht besser gemacht hätte und druckte dazu folgenden haarsträubenden



Maikundgebung 1988 des DGB HDH

Kommentar ab: „... Mit Boykottdrohungen und Protestkundgebungen will man die Republikaner mundtot machen. Die Geschichte zeigt jedoch, daß man unliebsames Gedankengut nicht durch solche, zum Teil sehr fragwürdigen Aktionen aus der Welt bringen kann. Die Nazis haben mit ihrer Bücherverbrennung dies auch nicht geschafft. Was in unserer angeblich freiheitlichsten Demokratie bedenklich stimmen muß, ist die Tatsache, wie einige Großkopfete Heidenheimer wegen der geplanten und jetzt abgesagten Veranstaltung reagiert haben. Man könnte es fast Erpressung nennen. Die CDU jedenfalls muß wohl von der Wunschvorstellung Abstand nehmen, daß sie auf Zeit und Ewigkeit das rechte Spektrum der Parteienlandschaft voll abdeckt. In Frankreich verursacht ein rechtsextremer Jean Marie Le Pen, dessen Partei rund 15 Prozent der Nationalversammlung stellt, weitaus weniger Aufruhr, als eine Partei rechts von der CDU, die nicht einmal ein Prozent bei der Wahl erreichte.“ (23.4.88)

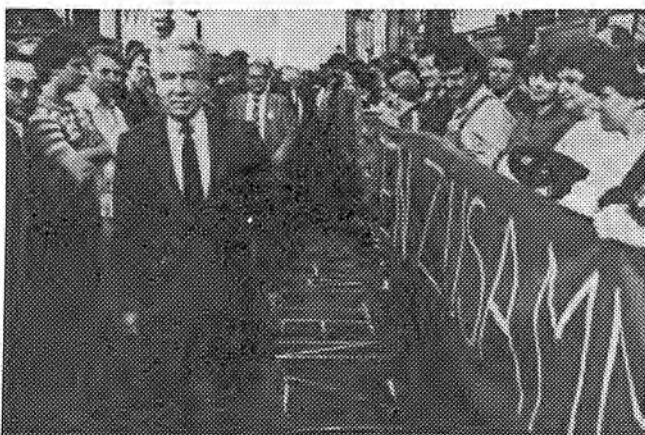
REP-Landesvorsitzender Köhler schrieb: „... Parteien, Funktionäre und Mandatsträger – auch solche, die sich christlich nennen, sind offenbar ohne Skrupel bereit, mit fast kriminellen Methoden mögliche Konkurrenten auszuschalten. Wenn DGB, SPD und VVN gemeinsam zur Demonstration gegen die Republikaner aufrufen, erweisen sie sich nicht als angeblich breiter Bund gegen ‚rechts‘, sondern als scheinheilige Allianz gegen Recht und Rechtsstaat. ...“ (HNP 26.4.88)

Bosch: Jobber-Dauernachtschichten

Stuttgart. Das Personalbüro bei Bosch im Werk Feuerbach sucht circa 50 Jobber befristet für zwei Monate. Angeboten werden Arbeitsplätze in Dauer-Nachtschicht in der Lichtmaschinenfertigung. Der Betriebsrat wurde erpreßt: Entweder Samstagsarbeit in zwei Schichten oder Dreischichtbetrieb für die Stammbelegschaft oder – wie jetzt beschlossen – Dauernachtschichten für Jobber. Bosch hat keine Schwierigkeiten, im Raum Stuttgart für solche Arbeitsplätze genügend Arbeitskräfte zu finden. – (ros)

IGM klagt gegen Sonntagsarbeit

Stuttgart. Die IG Metall hat beim Stuttgarter Arbeitsgericht Klage gegen die IBM-Unternehmensleitung und den Betriebsrat des Werkes Sindelfingen eingereicht. Das Gericht solle feststellen, daß die jüngst beschlossene Betriebsvereinbarung zur Einführung des vollkontinuierlichen Schichtbetriebs gegen den Manteltarif verstößt, indem sie Sonn- und Feiertage sowie Heiligabend und Silvester in die regelmäßige Arbeitszeit einbeziehe.



Zürich: 1.-Mai-Demonstration. Die in der Metallindustrie beschäftigten und in der Gewerkschaft SMUV organisierten Lohnabhängigen wandten sich gegen geplante Massenentlassungen bei BBC/ABB und MAAG (s. Bild). Sie forderten u.a. die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, bezahlte Umschulung und Weiterbildung während der Arbeitszeit. Beschäftigte im Handel sagten Nein zu längeren Ladenöffnungszeiten. Mehr Lohn forderten u.a. die Kindergärtnerinnen und das in Berufskleidung demonstrierende Krankenhauspersonal. Insgesamt beteiligten sich über 5000 an der Demonstration, darunter viele ausländische Arbeiter und Delegationen von Organisationen, z. B. der PLO. (sie/gba, AGM)

Mannheim. Zu einer spontanen Arbeitsniederlegung von 3000 Arbeitern kam es am 2. Mai um 6 Uhr früh im Mannheimer Werk von ABB. Vorstandsmitglied Maurer hatte den Werksschutz beauftragt, alle Transparente zu entfernen, die sich gegen die geplanten Massenentlassungen richteten. Die Arbeit wurde nach fünf Stunden wieder aufgenommen, nachdem Maurer den Streikenden zusicherte, daß die ausgefallene Arbeitszeit bezahlt und die Transparente rausgerückt werden. – (scr)

Außerdem sei tarifwidrig vereinbart, daß Mehrarbeit erst dann vorliege, wenn die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt von fünf Wochen überschritten wird. Schließlich sei der Jahresurlaub auf 27 Tage gekürzt worden. – Der IBM-Betriebsrat erklärte auf einer Betriebsversammlung, es hätten sich bereits über 300 Freiwillige für die Kontinuität gemeldet. Wieviele davon befristet Eingestellte sind, deren Zeitvertrag jetzt ausläuft, wurde auf der Versammlung aber nicht gesagt. Nach Pfingsten soll der Kontibetrieb mit 400 Freiwilligen losgehen. – (wor/gba, AGM)



Arbeitszeitverkürzung bei Teilzeitarbeit

Heidelberg. An der Orthopädischen Klinik wird die Umsetzung des Tarifvertrages zur Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst auf 38,5 Stunden (1989 und 1990) auch für die Teilzeitschäftigten gelten. In allen Arbeitsverträgen wird die Stundenanzahl ausgetragen und statt dessen die Arbeitszeit in Prozent an der Normalarbeitszeit bestimmt. Beispielsweise lautet der 20-Stundenvertrag dann, 50% der Normalarbeitszeit. Infolgedessen ist eine Arbeitszeitverkürzung der Normalarbeitszeit immer anteilig bei Teilzeitschäftigung durchsetzbar. – (irs)

Bundesdruckerei: Streik ausgesetzt

Westberlin. Der seit 27.4. geführte Streik in der Bundesdruckerei ist ab dem 9.5. ausgesetzt, um eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis durchzuführen. Danach würden die ca. 650 Angestellten, die 300,- bis 500,- DM Ausgleichszahlung über einen Haustarif gefordert hatten, 60,- bis 140,- DM erhalten. Die Beträge sind nach Betriebszugehörigkeit und Gehalt gestaffelt, so daß diejenigen, die am wenigsten für den Streik getan haben, das meiste erhalten. Weiter ist die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst und eine Ausgleichszulage für Arbeiter, die ins Angestelltenverhältnis wechseln, vorgesehen. Die Zulagen sind unbefristet, während der Bun-

despostminister nur bis 1990 abschließen wollte. Schwarz-Schilling hatte während des Streiks mit Auftragsverlagerung gedroht, die FDP wollte eine Privatisierung der Bundesdruckerei prüfen. – (chk)

Urteil zu „Leicht“-Lohngruppe

Köln. Acht Arbeiterinnen der Kroschu-Kabelwerke in Witten hatten gegen ihre Eingruppierung in Lohngruppe 2 und auf Höhergruppierung geklagt. Das Bundesarbeitsgericht entschied jetzt, daß bei Eingruppierungen in Bezug auf körperliche Belastungen nicht nur die Muskelbeanspruchung sondern auch Monotonie, Konzentration und Nervenanspannung zu berücksichtigen sind. Die Klägerinnen sowie ca. fünfzig weitere Betroffene erhalten nachträglich den Differenzbetrag zwischen der Lohngruppe 2 und Lohngruppe 3 ausbezahlt. Das Unternehmen muß 400000 DM nachzahlen. – (gba)

Postauszubildende für Übernahme

Köln. Über 5000 Auszubildende will Postminister Schwarz-Schilling nicht in ein Arbeitsverhältnis übernehmen. Dagegen führte die DPG-Jugend Aktionen durch. In Hannover protestierten Auszubildende auf der Messe. In Gießen wurde der Minister mit dem Protest konfrontiert. In Heusenstamm (Kreis Offenbach) richtete die Gewerkschafts-Betriebsjugendgruppe eine 14-tägige Mahnwache vor dem Fernmeldezeugamt ein. – (gba)

„Unsere Träume müssen leben“

Anträge und Ergebnisse der 2. HBV-Bundesfrauenkonferenz

Am 23./24.4.1988 fand in Koblenz die 2. HBV-Bundesfrauenkonferenz (BFK) statt. Es konnten mangels Zeit nur 25 der rd. 80 Anträge behandelt werden. Die Themen Frauenförderung, Arbeitszeitenregelung und Teilzeit wurden ausführlicher diskutiert.

Frauenförderung

„Der HBV-Hauptvorstand wird aufgefordert, sich aktiv für den Abbau von Benachteiligungen der Frauen in den Betrieben einzusetzen. Deshalb wird als Auftakt das Jahr 1989 zum Aktionsjahr ‚Frauenförderung‘ erklärt. Mit diesen Aktionen soll vor allem erreicht werden: – Frauenprobleme auf Betriebsversammlungen zu diskutieren, – in den Betriebsräten zu erreichen, daß Ausschüsse für Frauenfragen gebildet bzw. Frauenbeauftragte benannt werden, – die tarifvertragliche Unterbewertung von Frauenarbeitsplätzen verstärkt aufzugreifen und die Veränderungen/Verbesserungen zum Schwerpunkt tarifpolitischer Forderungen zu machen, – in Seminaren ‚Frauenförderung‘ schwerpunktmäßig zu behandeln, – Betriebsvereinbarungen zu Frauenförderungsmaßnahmen abzuschließen.“

„Die Delegierten der BFK fordern den Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV auf, zusammen mit dem Hauptfrauenausschuß, Vertretern aus den jeweiligen Hauptfachabteilungen und unter Einbeziehung betrieblicher Interessenvertretungen konkret für jeden Bereich eine Handlungshilfe für einen betrieblichen Frauenförderplan zu erarbeiten. Darüber hinaus sind alle Betriebsräte/Personalräte, Vertrauensleute und Tarifkommissionsmitglieder gefordert, bei der Wahrnehmung betrieblicher und tarifpolitischer Interessenvertretung sich mit dem ernsthaften Willen für mehr Chancen, Rechte und Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen im Beruf einzusetzen und dies durch initiierte Frauenförderpläne voranzutreiben. Dabei ist zu beachten, daß betriebliche Frauenförderpläne folgende Schritte umfassen: 1. Grundsatzbeschuß: Es ist eine Absichtserklärung aller Betriebsparteien herbeizuführen, die berufliche Förderung von Frauen vorzunehmen. 2. Ist-Analyse: Es ist eine auf den Betrieb zugeschnittene Analyse der Frauensituation zu machen. Die Bestandsaufnahme schließt die Betrachtung des Ausbildungs- und Berufsverlaufes, der Einkommenssituation, der Stellung im betrieblichen Hierarchie- und Positionsgefüge und die Weiterbildungssituation ein ... 3. Zielbestimmung und Umsetzung: Auf den Betrieb zugeschnittene Konzepte der Frauenförderung sind zu erarbeiten ... Dabei können Quotierungsregelungen ein Mittel sein. Der Frauenförderplan enthält darüber hinaus einen zeitlichen Rahmenplan und schreibt fest, wie die Umsetzung kontrolliert wird ...“

Teilzeitarbeit

„Wir fordern alle Gremien in der Organisation auf, der Ausweitung von Teilzeit(TZ)arbeit und der Flexibilisierung von Arbeitszeiten massiv entgegenzutreten. Mit diesen Konzepten werden weitere Vollzeitarbeitsplätze vernichtet, die Arbeitsintensität weiter gesteigert und das Einkommen der abhängig Beschäftigten drastisch reduziert ... Für TZ-Beschäftigte (TZB) müssen gesetzlich, tarifpolitisch und betrieblich folgende Mindestbedingungen durchgesetzt werden: – Grundsätzlich muß in allen Betrieben, in denen TZB arbeiten, eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden, die die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Arbeitszeiten der TZB, regelt. Darüber hinaus fordern wir: – Einbeziehung aller TZB in den Geltungsbereich der Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen; Gleichstellung bei allen tariflichen und betrieblichen Leistungen mit Vollzeitbeschäftigten. – Wegfall der Geringfügigkeitsgrenze ... – Die Mindestbeschäftigung beträgt pro Woche 20 Stunden und darf 4 Stunden pro Tag

nicht unterschreiten ... – Bei weiterer tariflicher Arbeitszeitverkürzung muß das Entgelt für TZB entsprechend erhöht werden und die individuelle Arbeitszeit unverändert bleiben. – Keine Arbeit auf Abruf, TZ nur mit fester Arbeitszeit. – TZB erhalten einen schriftlichen Arbeitsvertrag, in dem mindestens festgelegt sein muß: Arbeitszeit und Arbeitszeitlage, Art und Umfang der Tätigkeit, Einsatzort und Arbeitsplatz, tarifliche Eingruppierung und Zusammensetzung des Entgelts. – Gleicher Anspruch auf alle Förderungs-, Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen wie Vollzeitbeschäftigte. – Die tägliche Arbeitszeit muß zusammenhängend sein, sie darf nicht in Vor- und Nachmittagsstunden geteilt sein. – TZB dürfen grundsätzlich nur an max. 5 Tagen pro Woche beschäftigt werden. – Jede Verschiebung ... der arbeitsvertraglich festgelegten Arbeitszeit von TZB ist nur mit Zustimmung des Betriebsrates zulässig. – Ausschluß von Mehrarbeit. ... – Beschränkung der TZB im Betrieb auf einen Prozentsatz, der der Zustimmung des Betriebsrats bedarf. – Neueinstellungen entsprechend der wegfallenden Arbeitskapazität, wenn der Umstellung auf TZ keine Arbeitsentlastung entsprechenden Ausmaßes vorausgeht bzw. Ausschluß von Arbeitsintensivierung. – Zur Durchsetzung dieser Forderungen fordern wir HBV auf: – Eine zentrale Kampagne zusammen mit dem DGB gegen das sog. ‚Beschäftigungsförderungsgesetz‘ zu starten. – Durchsetzung von Mindestbedingungen für TZB in allen Manteltarifverhandlungen; diese Forderungen sind gleichrangig mit der Wochenarbeitszeitverkürzung! ... sind am Ort und im Betrieb folgende Schwerpunkte zu setzen: – Flugblattkampagne gegen Ausweitung der TZ-Arbeit und Flexibilisierung – Schulungskonzept für örtliche Betriebsratsschulungen ... – Bestandsaufnahme zur TZ-Arbeit in Mittel- und Großbetrieben ... – örtliche öffentliche Aktionen ... im Sinne ‚Rettet die Vollzeitarbeitsplätze und sichert die TZ-Arbeitsplätze besser ab.‘ ... – Als Auftakt des Aktionsprogrammes muß eine zentrale HBV-Arbeitskonferenz geführt werden. Die Konferenz soll dem Ziel dienen, eine Bestandsaufnahme der betrieblichen Realität, der Tarifverträge, Gesetze und gesetzlichen Vorhaben zu erstellen und für HBV als die Gewerkschaft im privaten Dienstleistungssektor eine Position zur Arbeitszeitfrage zu entwickeln.“

§ 218

Alle Anträge gingen auf Streichung des § 218, keiner trat für Fristenregelung ein (wie noch vor 4 Jahren). Zum Beratungsgesetz: „Die Gewerkschaft HBV lehnt das geplante Beratungsgesetz zum § 218 ab. Die geplante Verschlechterung hat zum Ziel, die Schwangerschaftsabbrüche weiter zu erschweren. Dieses Gesetzesvorhaben richtet sich gegen die Frauen ... es werden Frauen 1. und 2. Klasse geschaffen; die Frauen, die Geld haben und einfach ins Ausland fahren können, und die Frauen, die die Bevormundung über sich ergehen lassen müssen ... Das Selbstbestimmungsrecht der Frau wird untergraben. Der Würde der Frau wird keine Rechnung getragen ... – Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich beim DGB-Bundesvorstand dafür einzusetzen, daß eine zentrale Demonstration gegen das Beratungsgesetz durchgeführt wird.“

Südafrika

„Die BFK fordert alle Kolleginnen und Kollegen zum totalen Boykott südafrikanischer Waren auf. Entsprechende Aufklärung über gewerkschaftliche Publikationen sind durchzuführen ... Zusätzlich: ... Herstellen von Betriebsöffentlichkeit auf Betriebsversammlungen, Vertrauensleute- und Betriebsgruppensitzungen, ... Vertrauensleute und Betriebsräte wirken auf die Geschäftsleitungen ein, den Verkauf südafrikanischer Waren einzustellen; die Abt. Internationales beim Hauptvorstand organisiert Adressen und Kontakte zwecks Unterstützung engagierter jetzt inhaftierter oder gebannter Gewerkschafter ...“

Eine Entschließung richtet sich gegen die Hinrichtung der Sharpeville-Sechs und fordert Wirtschaftssanktionen. 2963,- wurden gesammelt für den Streikfonds der südafrikanischen Handelsgewerkschaft CCWUSA. (sah)

Bücher

Alte Menschen in der BRD

Manifest für Arbeit auch im Alter

Das Konzept ist abgekupfert aus der Frauenbewegung: dort Hauptsache „frau“, hier Hauptsache alt – egal, ob vom Fließband, Computer oder Chefessell „vertrieben“. Frech und aggressiv kommt Esther Vilar daher mit ihrer „Abrechnung mit dem Jugendkult“ und vertritt doch ein blutjunges Konzept: die Flexibilisierung des Alters. Da das ganze Drama alter Menschen im Kapitalismus auf die starre Altersgrenze reduziert sein soll und der Wert des Menschen sich nur aus der Arbeit definieren läßt, ist ihr Rezept: 5-Stunden-Tag für alle – dafür dann auch rund um die Uhr, in Schicht und solange jeder will. Die Alten bestimmen das Tempo der Jungen – aber die „Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft“ ist der Maßstab. Arbeit soll dann Spaß machen – aber „Leistung muß sich lohnen.“

Die Alten sollen ihre Macht parteimäßig einsetzen. Ihre Stärken sollen sein: ihre Macht als Konsumenten, als Wähler, als Freizeitbesitzer, als Erblasser. Dann endlich wird das Alter (wieder?) herrschen: aufgrund von Weisheit und Erfahrung und in Frieden. Gut lesbar ist E. Vilar dort, wo sie plastisch viele Diskriminierungen des Alters beschreibt. (E. Vilar, Absage an den Jugendkult, Ullstein TB 34119 – mek)

Alter als „Störfall“?

Christel Schachtner, Verfasserin des Buches „Störfall Alter“, listet eine ganze Reihe von Erscheinungen auf, durch die alte Menschen in der BRD diskriminiert werden, also deutlich anders und schlechter behandelt werden als junge Menschen. Sie kritisiert das von Mode und Werbung als wünschbar vorgeführte Bild vom jungen, gesunden, schönen und leistungsfähigen

Menschen, durch das alte Menschen als unnormale und mit lauter Defiziten behaftet erscheinen. So weit, so gut. Auf der Suche nach den Ursachen kann man ihr jedoch schwerlich folgen. Sie sieht diese vor allem in einer Denkweise des Maschinenförmigen, in einer instrumentellen Vernunft, letzten Endes der modernen Technik, die nicht nur in der industriellen Produktion, sondern zunehmend auch in der



Debatte in einer Selbsthilfegruppe

Verwaltung und im Dienstleistungsbereich angewendet wird. Die Gewährsleute, die sie zur Stützung ihrer These heranzieht, sind bunt gemischt und reichen von Ernst Bloch bis zu Industriemanagern in den USA. Dagegen interpretiert sie die Fähigkeiten alter Menschen als Eigenschaften, die sich diesem Maschinenförmigen widersetzen. Sie erklärt, die Abwehrmaßnahmen der Gesellschaft gälten „einer unbeherrschbar sich gebärdenden Leiblichkeit, einer potentiell eigen-sinnig gelebten Sexualität, der unweigerlichen Endlichkeit menschlichen Lebens“. Als praktische Konsequenz empfiehlt Frau Schachtner ein „ökumenisches“ Zusammenleben. Dies ist eine religiöse Wendung, die Änderungen nicht nötig macht, solange die Alten noch nicht alt sind. (Christel Schachtner, Störfall Alter, Für ein Recht auf Eigen-Sinn, Frankfurt/M., 1988 – anl)

S. de Beauvoir: Das Alter

Die französische Philosophin und Schriftstellerin Simone de Beauvoir hat in ihrem Essay über das Alter eine Fülle von Material u.a. aus der Anthropologie, der Geschichte und der Soziologie zusammengetragen und verarbeitet. Sie geht davon aus, daß das Alter nicht an sich zu definieren ist, sondern in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Faktoren. Es gibt zwei Kategorien von Alten, die auf dem Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten beruhen. Beauvoirs Werk über das Alter ist nicht nur eine umfassende Studie über das Leben und die Behandlung alter Menschen in historischen Gesellschaften und der heutigen, sondern vor allem eine Anklage gegen das kapitalistische System, das die alten Menschen wie Ausschuß behandelt. „Die Tragödie des Alters ist die radikale Verurteilung eines ganzen Systems, das das Leben verstümmelt: eines Systems, das der bei weitem überwiegenden Mehrheit der Menschen keinerlei Daseinsgrund gibt. Arbeit und Erschöpfung verschleiern diesen Mangel: er enthüllt sich im Augenblick des Ruhestands. Das ist viel schlimmer als Langeweile. Alt geworden, hat der Arbeiter keinen Platz mehr auf der Welt, weil man ihm in Wahrheit nie einen Platz zuerkannt hat.“ Die Autorin fordert eine Gesellschaft, die den Menschen als Menschen und nicht als Material behandelt. (Simone de Beauvoir, Das Alter, rororo-Sachbuch 7095, 1986, 11,80 DM – ccs)

Ermunterung zur Unruhe

In mehreren Beiträgen befassen sich die Herausgeber mit je einem besonderen Problem, dem sich Menschen, die in dieser Gesellschaft älter werden, ausgesetzt sehen. Die Texte beruhen auf einer Fernsehreihe, die vor etlichen Jahren im ZDF lief. Die versuchten Lösungsmöglichkeiten lohnen immer noch eine Diskussion, da seitdem nicht viel zum Thema erschienen

ist. Zutreffend ist eine Untersuchung über Armut von alten Menschen, die sich gegen die in der Öffentlichkeit verbreitete Behauptung wendet, den alten Leuten sei es noch nie so gut gegangen. Zweischneidig sind dagegen die Argumente, die gegen das plötzliche Ausscheiden aus dem Arbeitsleben vorgebracht werden. Vorgeschlagen wird, den Übergang stufenweise zu gestalten, was die tägliche, wöchentliche oder jährliche Arbeitszeit vor Vollendung des 65. Lebensjahres betrifft. Von Lohnausgleich und den Folgen für die Rente, wenn er fehlt, ist jedoch nicht die Rede. Andererseits wird dafür plädiert, daß Menschen, die sich noch gesund genug fühlen, ruhig länger arbeiten sollen. Gut ist eine Übersicht über Zusammenschlüsse von alten Menschen, die der Selbsthilfe und gemeinsamem Widerstand dienen. (M. Borchert/K. Derichs-Kunstmann/M. Hamann, UnRuhestand, rororo 7306 – anl)

Nie zu alt, um jung zu sein

Ein brutales Buch: es verspricht „die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die biologische Verjüngung“ und propagiert die Behandlung der Menschen, speziell der alten, je nach Verwertbarkeit. Der Autor denkt staatspolitisch: Der Erfolg eines Landes sei abhängig von der eingesetzten Intelligenz. Daher „muß der arbeitswillige Teil intelligenter Menschen dem Arbeitsprozeß erhalten bleiben“. Das ist nicht jeder, auch bei Arbeitslosen sieht der Autor, daß „leider ein nicht geringer Teil für die moderne Wirtschaft unbrauchbar (ist), einfach wegen ungenügender geistiger und charakterlicher Qualifikation“. Intelligente Alte sollen weiterarbeiten, den Beispielen nach leitend. Dazu ist ihr Gesundheitszustand ausschlaggebend. Das erklärt der Autor zur Frage der Intelligenz, die sich dann schnell als Frage des Geldes entpuppt. Für den Staat sei eine Medizin, die Menschen länger, gesünder und glücklicher leben läßt, zu teuer. Deshalb „sollte

jeder Mensch eine medizinische Grundversorgung haben“, die das „unbedingt Notwendige sicherstellt“. „Für alles was darüber hinausgeht, soll sich der einzelne nach seinen Wünschen und Möglichkeiten selbst versichern“. So muß man die These des Buchs „intelligente Menschen leben länger“ interpretieren: Arme sind dumm, Dumme sterben früher. Die medizinischen Kapitel kennen Verschleiß und Krankheit durch Arbeit nicht. Sie wenden sich eher an Privatpatienten. (Dr. med. Leo Krutoff, Nie zu alt, um jung zu sein, Econ Ratgeber Gesundheit, 9,80 DM – ulk)

Alter als Herausforderung

Alleinlebende Frauen zwischen 60 und 90 Jahren schildern ihr Leben im Alter. Das Spektrum der Frauen ist groß, von Frauen ohne Beruf, Verkäuferinnen, Angestellten, Künstlerinnen, einer Managerin bis zur Gutsbesitzerin sind Berichte vorhanden, allerdings gibt es keinen Bericht über das Leben einer Arbeiterin. Viele dieser Frauen legen

chen und Krankheiten nicht aus, das starke Bedürfnis aber, sich nicht gehen zu lassen, noch etwas aus dem Leben zu machen, dominiert. Die meisten versorgen noch den eigenen Haushalt, betätigen sich sportlich und kulturell, auch politisch. Einige arbeiten noch in ihren Berufen, aus eigenem Interesse oder weil das Geld nicht reicht. Das Alter wird nicht nur als Leiden empfunden, sondern auch als reichhaltiger Erfahrungsschatz. Das Verhältnis zu Kindern und Verwandten zeichnet sich aus durch Toleranz. Das Bedürfnis dieser Verwandten nach Eigenständigkeit wird akzeptiert. Guter Kontakt ist gewünscht, aber „zur Last fallen“ will keine, die meisten haben sich schon einen Platz in einem Altersheim vormerken lassen, wenn es alleine nicht mehr geht. Auch die schon im Altersheim leben, fühlen sich nicht abgeschoben, sondern sehen auch positive Seiten, der Kontakt zu den Mitbewohnern und die Versorgung. Die zentrale Lage ist für alle wichtig, sie möchten nicht isoliert werden,



Demonstration für Mindestrente

Wert auf ihre Herkunft aus „gutem Hause“. Die Lebenseinstellung dieser Frauen ist durchweg positiv. Ein Bild vom Alter mit Leiden und Ausgeschlossenheit entsteht hier nicht. Sie sehen in ihrem Leben ohne festen Partner im Vordergrund ihre Selbstständigkeit, vermissen wohl teilweise ihre Partner, suchen aber durch Freundschaften und Kontakte der gefürchteten Einsamkeit zu entgehen. Bei allen blieben unterschiedlich starke Gebre-

am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Allerdings ist dies ein finanzielles Problem, gute Versorgung ist teuer. Alle haben zwei Weltkriege miterleben müssen, sehen ihr vergangenes Leben als hart, mit vielen Höhen und Tiefen an, suchen oft Trost in der Religion. Sie zeichnen sich durch starken Willen aus, aus ihrem Alter zu schöpfen. (Helena Klostermann, Alter als Herausforderung, Frauen über sechzig erzählen, Fischer TB – unb)

Senioren-Union der CDU

CDU postiert Truppen für Generationenkampf

Unter den Gruppen, die von der angeblich veralteten gewerkschaftlichen Politik des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital ganz besonders vernachlässigt würden, zählt die Unionspropaganda „die Alten“ auf. Die besondere Diskriminierung ihnen gegenüber bestünde darin, daß man sie „abschiebe“, ihren reichen Erfahrungsschatz mißachte und ihre Leistungsfähigkeit verkenne. Praktisch folgt hieraus für die Union die Forderung nach Anhebung bzw. Flexibilisierung des gesetzlichen Rentenalters, mit entsprechender Demagogie formuliert: Es müsse verboten werden, daß jemand allein aufgrund seines Alters aus dem Beruf ausscheiden muß und damit entmündigt wird. Warum entlarvt sich eine solche Propaganda aber nicht einfach als brutales Interesse des Kapitals nach Aussaugung von Arbeitskraft? Das mag mit folgendem zusammenhängen:

Die Intensität der Arbeit hat sich in den verschiedenen Abteilungen der Lohnarbeit sehr unterschiedlich entwickelt. Entsprechend differenziert stellt sich der Abnutzungsgrad der verschiedenen Arten von Lohnarbeitern dar. Dazu kommt, daß diese unterschiedlichen Grade der Verwertung der Arbeitskraft je nach Stellung in der Hierarchie noch einmal sehr unterschiedlich ins öffentliche Bewußtsein treten. Da ein beträchtlicher Teil der schwersten Arbeit in der BRD von Arbeitern ausländischer Nationalität verrichtet wird, sorgt nicht bloß die übliche Mißachtung der Handarbeit dafür, daß das Kaputttschinden in den Fabriken wenig Aufsehen erregt: Die Opfer verschwinden tatsächlich durch Wegzug ins Ausland, ihr frühes Sterben trübt nicht einmal die bundesdeutsche Statistik über die Lebenserwartung.

Ganz andere Aufmerksamkeit findet dagegen die Entwicklung in jenen Rängen der Hierarchie der Lohnarbeit, die irgendeinem der so zahlreichen „Führer“-posten zuzuordnen sind. Hier spielen Erfahrungen, erst in langen Jahren erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten eine bedeutendere Rolle als die Fähigkeit, die physischen Kräfte bis zum Extrem anzuspannen. Bei diesem Personenkreis siedelt die CDU ihre Propaganda von den „entmündigten Alten“ an:

„Es ist ja auch nicht einzusehen, wieso der ältere Bürger, der im Beruf, in der Familie und im gesellschaftlichen Leben wegen seiner Fähigkeiten und Leistungen geschätzt war, plötzlich zum unmündigen Alten werden soll, nur weil er mit 65, heute zumeist mit 58 oder 60 Jahren aus dem aktiven Berufsleben ausscheidet. Körperlich und geistig leistungsfähig, kennt der ältere Bürger seine Bedürfnisse am besten und kann sie ausdrücken, ist imstande und bereit, Verantwortung zu übernehmen. Kein Wunder also, daß er die ihm zugewiesene Rolle als Versorgungsobjekt nicht akzeptieren kann und will ... Wir brauchen keinen „Senioren-Schutzbund“ ... Nicht Alterslast – Alterskapital.“ (1) So der Bundesvorsitzende der Senioren-Union in seiner Eröffnungsrede auf der Gründungsversammlung dieser jüngsten CDU-Parteigliederung.

Wie nun soll jemand sein „Alterskapital“ zum Wuchern bringen? Z.B. mit dem „Senioren-Studium“, das den Vorsitzenden der Senioren-Union bereits seit längerem beschäftigt:

„Die Öffnung der Hochschulen soll die Integration der Senioren in den Wissenschaftsbereich ermöglichen ... Aus dem Lernprozeß eines weiterbildenden Studiums für Senioren werden auch neue Handlungsmöglichkeiten im

nachberuflichen und zumeist ehrenamtlich-freiwilligen Bereich erschlossen.“ (2)

Mit der Polemik gegen die Entmündigung durch Versorgung deutet die CDU an, daß sie sich aber nicht darauf verlassen will, daß Karriereehreiz die hier angesprochenen älteren Menschen in hellen Scharen dazu treiben wird, auch über das bisher übliche Rentenalter hinaus ehrenamtlich-freiwillig-mäßig-bezahlt „Verantwortung“ zu übernehmen, sondern daß Rentenabschläge und ähnliches für entsprechenden materiellen Druck sorgen könnten – mit brutalen Folgen für all jene, deren „Alterskapital“ bereits vorzeitig in der kapitalistischen Produktion erschöpft wurde.

Man muß bei der „Altenpolitik“ schon darüber sprechen, welche Schranken den Kapitalisten bei der Vernutzung der Arbeitskraft jedes Lebensalters zu ziehen sind, sonst gelingt es der Reaktion am Ende noch, jeden Versorgungsanspruch als Generationenkampf zu denunzieren.

(1) G. Braun, Eröffnungsrede zur Gründungsversammlung der Senioren-Union der CDU, 20.4.88; (2) G. Braun, Herausforderung Weiterbildung von Senioren – (alk)

CDU-Strategiediskussion (II)

Formierung der Nato/WEU im „Geiste von München“

Im dritten Teil des außenpolitischen Leitantrags des CDU-Bundesvorstandes an den kommenden Parteitag im Juni (1) wird folgende Forderung erhoben:

„24. ... (Da) die vor mehr als 20 Jahren im Harmel-Bericht geforderte Umgestaltung der europäischen Sicherheitslage begonnen hat, ist eine neue Bestandsaufnahme notwendig. Die CDU schlägt deshalb vor, in der Nato eine ‚Atlantische Charta – Nato 2000‘ zu erarbeiten, die die Grundsätze und Ziele für künftige außen-, sicherheits- und abrüstungspolitische Entscheidungen der Atlantischen Allianz festlegt. Die Bundesrepublik Deutschland muß dabei eine aktive und führende Rolle übernehmen.“

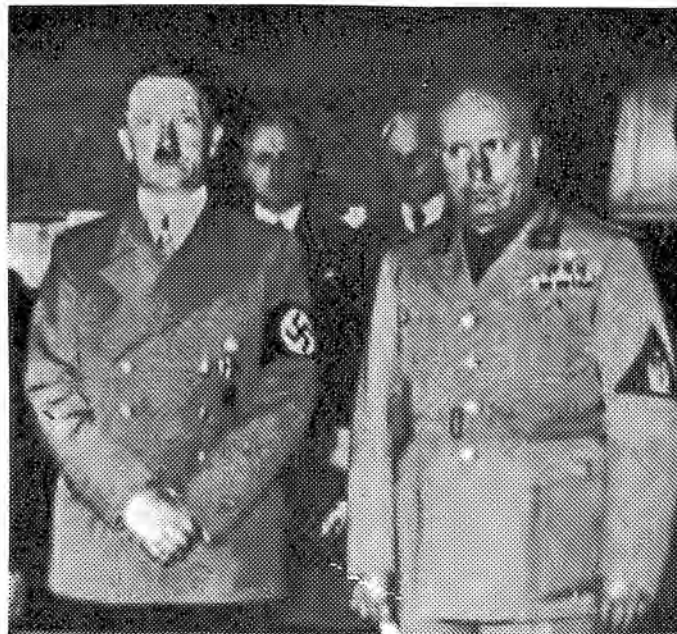
Nähere Erläuterungen zum konkreten Gehalt dieser Forderung finden sich nicht im Leitantrag selbst aber z.B. in einem Artikel der FAZ aus dem Kreis der politischen Berater des Bundeskanzlers. Und zwar hat der Erlanger Professor für Neuere Geschichte, Michael Stürmer, dort bereits am 12. Dez. 1987 unter dem Titel „Festigkeit, um Wandel zu ermöglichen – gesucht: ein neuer Harmel-Bericht“ folgendes dazu ausgeführt:

„Der Harmel-Bericht erinnerte auf Drängen der Deutschen daran, daß die Krisengefahr weiterbestehe, solange Grundfragen der Gestaltung Europas – zuerst und vor allem die deutsche Frage – ungelöst blieben ... Wenn der Harmel-Bericht auch nicht in der Sprache operativer Politik verfaßt war, so ist doch gewiß, daß das Ost-West-Verhältnis ohne das Brüsseler Dokument um einen Maßstab der Vernunft ärmer gewesen wäre ... Es gibt Zeiten, da ist Pragmatismus Ausdruck von Vernunft. Und es gibt Zeiten, wie heute, da ist grundsätzliches Nachdenken geboten. Als der Harmel-Bericht entstand, kam er aus der Erkenntnis, die Vergangenheit des nordatlantischen Systems werde nicht seine Zukunft sein. Und sie ist es auch heute nicht. Zwanzig Jahre nach Harmel muß man sich auf beiden Seiten des Atlantiks fragen, worin in Zukunft Begründung und Ziel-

setzung der Nato liegen sollen. Die nuklearen Weltmächte sind in Bewegung. Aber wer unter ihnen die Erde erben wird, ist noch nicht entschieden. Die Antwort liegt noch immer in der Mitte Europas und damit in der deutschen Frage ... Der Harmel-Bericht hat gezeigt, daß Führung nicht notwendigerweise mit Gewicht oder Größe eines Landes zusammenhängt, sondern aus der Kraft der Gedanken und der Logik der Lage kommt ... Ein neuer Harmel-Bericht muß die großen Fragen des Ost-West-Verhältnisses umfassen ... Ein neuer Harmel-Bericht müßte nicht allein die Wege weisen, um die europäische Verteidigungsidentität zu stärken, sondern auch um das Engagement der Nordamerikaner langfristig an Europa zu binden. Strategie und Rüstungskontrolle müssen wieder zusammengeführt werden im Dienste eines übergreifenden Sicherheitskonzepts.“

Sowohl im oben zitierten Punkt 24 des Leitantrages wie auch im eben auszugsweise wiedergegebenen FAZ-Artikel des politischen Kanzlerberaters M. Stürmer wird die gleiche ordnungspolitische Begrifflichkeit angewandt: Es ist zum einen von der „Umgestaltung der europäischen Sicherheitslage“ die Rede und zum anderen von den „Grundfragen der Gestaltung Europas“ (Hervorhebungen d. Verf.). Diese geopolitischen Kategorien sind bei der Abfassung des Harmel-Berichts 1967 nicht verwandt worden; sie dienen der CDU-Führung zur aktuellen Re-Interpretation des seinerzeitigen Nato-Konsens über die „zukünftigen Aufgaben der Allianz“. Genauer, sie signalisieren die Entschlossenheit des BRD-Imperialismus, jetzt endlich zur Neuordnung Europas zu schreiten, und sie suchen gleichzeitig den auswärtigen Zuspruch, daß diese strategische Absicht der BRD dem eigenen Interesse an der Neuordnung Europas dient und von daher gefördert bzw. genutzt werden muß. Die FAZ vom 18.4.1988 stellt in diesem Zusammenhang fest: „Die CDU ist damit derzeit die einzige politische Kraft in der Nato, die den Harmel-Bericht als überholt bezeichnet.“ Zwei Fragen drängen sich somit auf: 1. Inwiefern ist dieser Nato-Konsens von 1967 „überholt“ – nach Auffassung des Leitantrags? 2. Inwiefern kann die CDU-Führung davon ausgehen, daß sie sich mit ihrer Initiative in der Nato/WEU nicht etwa isoliert, sondern sehr wohl durchsetzen wird?

Zur ersten Frage: Der seinerzeit unter Leitung des belgischen Außenministers P. Harmel abgefaßte Bericht befaßt sich in den Punkten 5, 8, 11 und 12 mit der „Deutschland-Frage“ bzw. mit der „Wiedervereinigung Deutschlands“. Er stellt fest, daß das Allianzziel der Herstellung einer „ge-



rechten und dauerhaften (Friedens-)Ordnung in Europa“ nicht ohne „eine Lösung der Deutschland-Frage“ möglich sei (2). Das heißt, der Bericht anerkennt die mitteleuropäischen Expansionsinteressen des BRD-Imperialismus – und zwar nicht bloß in dem Sinne, daß es sich hierbei um ein legitimes nationalstaatliches Anliegen handelt, sondern in dem weiter gefaßten Sinne, daß es sich hierbei um ein kollektives Interesse handelt. In dieser Hinsicht liegt der Bericht auf der Linie des Artikels 7 des „Deutschlandvertrags“ in der Fassung vom 24.10.1955, abgeschlossen anläßlich des Nato/WEU-Beitritts der BRD (3). Bundeskanzler Kohl hat ihn bewußt mit folgenden einleitenden Feststellungen auf dem Diskussionskongreß zum außenpolitischen Leitantrag zitiert und mit eigenen Hervorhebungen versehen:

„Wer behauptet, das Recht auf Selbstbestimmung und die europäische Integration schlossen einander aus, kann sich weder auf das Grundgesetz noch auf die Pariser Verträge (v. 24.10.55, d. Verf.) berufen. Der Deutschlandvertrag verpflichtet die Unterzeichner zum Zusammenwirken im Sinne *beider Aufgaben*. Wörtlich heißt es in Artikel 7, Absatz 2: ‚Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten (USA, Großbritannien, Frankreich, BRD, d. Verf.) zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr *gemeinsames Ziel* zu verwirklichen: ein *wiedervereinigtes Deutschland*, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt *und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist* ... Wirklichkeitsbezogene Deutschlandpolitik kann nur das Ziel haben, die deutsche Frage im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu lösen. Es geht darum, gemeinsam mit unseren westlichen Freunden und Verbündeten den Boden für eine solche Friedensordnung und damit für die Überwindung der unnatürlichen Teilung Deutschlands aufzubereiten.“ (4)

Wie gesagt, beide – der Deutschlandvertrag wie der Harmel-Bericht – anerkennen das mitteleuropäische Expansionsinteresse der BRD; und insofern handelt es sich beiden um Dokumente der kollektiven Nichtanerkennung des Nachkriegs-Status-quo in Europa. Dieser vorteilhafte wichtige Charakter jener Dokumente für die BRD-Seite ist behaftet mit dem Mangel an tatsächlichen Festlegungen handgreiflicher Selbstverpflichtung auf seiten der Bündnispartner – das meint Kanzlerberater Stürmer mit seiner Beurteilung, der Harmel-Bericht sei „nicht in der Sprache operativer Politik verfaßt“ worden. Und genau in *diesem Sinne* muß er reformuliert werden als „Atlantische Charta – Nato 2000“. In diesem Sinne hält die CDU den Harmel-Bericht für „überholt“ – nämlich durch die seit 1955 bzw. 1967 enorm gesteigerte ökonomisch-politisch-militärische Macht des BRD-Imperialismus, der sich mit der bloßen Anerkennung seiner Expansionsinteressen weder länger abzufinden braucht noch länger damit abfinden will.

Zur zweiten Frage: Die Unterstützung deutscher Expansionsinteressen aus dem eigennützigen Interesse an der Neuordnung Europas hat eine geschichtliche Kontinuität, die in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts zurückreicht. Für die Zwischenkriegszeit läßt sich ganz gut belegen, daß nicht nur die reichsdeutschen Konzerne (in der Weiterverfolgung ihrer strategischen Kriegsziele von 1914–18) ein Interesse an der Aufrichtung eines auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen kontinentalen Wirtschaftsraumes hatten, sondern auch die französischen und britischen Konzerne, und daß ihre jeweiligen Regierungen in dieser Richtung tätig waren. Die sogenannte Politik des „Geistes von München“ muß in diesem Zusammenhang begriffen werden: Das Bedürfnis der europäischen Konzerne, sich durch einen einheitlichen Wirtschafts- und Rechtsraum



gegen die US- und japanische Konkurrenz zu behaupten, kollidierte zunehmend mit dem von den Versailler Siegermächten 1919 selbst geschaffenen europäischen Status quo. Aber der Zwang zur Beseitigung dieser Fessel der eigenen Expansion war letztlich identisch mit dem Zwang zur Entfesselung derjenigen Macht, die ursprünglich genau durch diesen Status quo in Schranken gehalten werden sollte. Insbesondere die damalige britische Außenpolitik (und unter ihrem Druck auch die französische) war gekennzeichnet von der strategischen Absicht, das eigene Interesse an der Neuordnung Europas auf die Expansionsinteressen des reichsdeutschen Imperialismus abzustützen (5). Nicht nur die Ausschaltung des Völkerbunds als dem internationalen Forum der Garantie dieses Status quo sowie die Isolierungspolitik gegenüber der UdSSR waren bewußt betriebene Elemente dieser eigenen europäischen Neuordnungspolitik, sondern vor allem war die öffentliche Behandlung der reichsdeutschen Annexionsschritte des Jahres 1938 (Österreich und Tschechoslowakei) als lang fällige Entspannungs- bzw. Befriedigungsakte („Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln“) eine bewußt betriebene Politik der Entwarnung der kritischen inländischen bzw. internationalen Aufmerksamkeit gegenüber der Status-quo-überwindenden Kollaboration mit dem Deutschen Reich.

Insofern war es sicher kein Zufall, daß der außenpolitische Leitantrag des CDU-Bundesvorstands mit ihrer darin aufgestellten Forderung im Jahr des 50. Jahrestages des sog. „Anschlusses“ Österreichs sowie des Münchner Abkommens über die Annexion des sog. „Sudetenlandes“ (Tschechoslowakei) formuliert und veröffentlicht wurde. Die hiermit beabsichtigte Wiederbelebung historischer Kontinuität in Sachen kollektiver europäischer Neuordnungspolitik soll vor allem die Annexion der DDR konkret vorstellbar und insofern unterstützenswert machen, sowohl in „diesem unserem Lande“ wie auch außerhalb desselben. (1) Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes an den 36. Bundesparteitag, Bonn 20.4.1988; (2) Europa-Archiv, 3/1968 D75-77; (3) Bundesgesetzblatt 1955 II, S. 305f.; (4) Rede-Manuskript, Außenpolitischer Kongreß, Bonn 14.4.1988; (5) Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Second Series, Volume XIX – European Affairs – July 1, 1937–August 4, 1938, London 1982, insbes. S. 470–621 – (huh, rül)

EG-Gipfel in Hannover

Der „gemeinsame Binnenmarkt bis 1992“ bedeutet schwere Angriffe auf die Lohnabhängigen

Am 27. und 28. Juni treffen in Hannover die Staats- und Regierungschefs der EG zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen zusammen. Die Konferenz soll wichtige Entscheidungen für den bis 1992 geplanten „gemeinsamen Binnenmarkt“ der EG fällen. Seitdem 1986 die sogenannte „Einheitliche Europäische Akte“ verabschiedet wurde, ist die Beseitigung aller noch verbliebenen gesetzlichen, steuerlichen und anderen staatlichen Schranken für den Waren- und Kapitalverkehr in der EG Bestandteil der EG-Verträge. Seitdem läuft in allen EG-Staaten ein fein abgestimmter

und äußerst weitreichender Angriff von Regierungen und großen Konzernen gegen den Lebensstandard großer Teile der Lohnabhängigen, gegen Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze, die den Kapitalisten Schranken ziehen, gegen gewerkschaftliche Positionen in und außerhalb der Unternehmen. Das Ziel ist, die Lohnabhängigen in den EG-Staaten so zu spalten und zu schwächen, daß Gegenwehr gegen die Politik der großen Konzerne fast aussichtslos erscheint. Das Projekt „gemeinsamer Binnenmarkt“ ist aggressiv, reaktionär, arbeiterfeindlich.

Abbau von Mitbestimmung und Kartellschranken

Die EG-Kommission hat zur Verwirklichung des „Gemeinsamen Binnenmarkts“ ein sogenanntes „Delors-Paket“ ausgearbeitet, in dem die bis 1992 für die Verwirklichung des „Binnenmarktes“ nötigen Gesetzgebungs- und Verwaltungsakte zusammengefaßt sind. Eine der darin niedergelegten Absichten ist die Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Noch bestehende Schranken für den Einkauf von Unternehmen in dem einen EG-Staat durch einen Konzern des anderen EG-Staates, Devisenvorschriften, Beschränkungen für EG-weite Bank- und Versicherungsgeschäfte sollen fallen.

Mit der Methode: „EG-Recht bricht nationales Recht“, und was EG-Recht wird, das entscheiden die großen Monopole in Abstimmung mit der EG-Kommission, sollen zahlreiche gewerkschaftliche Positionen weggeräumt werden. So hat die EG-Kommission vor wenigen Wochen zwei Richtlinien über die „grenzüberschreitende Verschmelzung von Aktiengesellschaften“ und über die „Struktur von Aktiengesellschaften“ vorgelegt. Über die erste Richtlinie informierte der DGB-Vorsitzende Breit auf einer Fachtagung der Hans-Böckler-Stiftung: „Wenn dieses Gesetz in Kraft trete, können ... international verfaßte Aktiengesellschaften die in der Bundesrepublik geltende Mitbestimmung per Fusion liquidieren.“ Die Richtlinie über die Struktur der Aktiengesellschaften, so Breit weiter, erlaube, „wesentliche Teile der deutschen Mitbestimmung durch die europäische Hintertür einzukassieren. Der DGB akzeptiere nicht, daß es ein Letztentscheidungsrecht der Anteilseigner im Aufsichtsrat, Mitbestimmungserleichterungen für Konzerne oder Tendenzschutzregelungen gebe, mit denen Arbeitnehmer in großen Bereichen der Wirtschaft von der Mitbestimmung ausgeschlossen würden.“ (1)

Parallel zu solchen Vorstößen der EG-Kommission gegen bestehende Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften soll das Kartellrecht gelockert

werden. Schon Ende letzten Jahres beschloß der EG-Ministerrat, die seit 15 Jahren geplante „EG-Fusionskontrolle“ nun einzuführen. Folge wäre ein weitgehender Abbau bestehender Fusionsbeschränkungen. Anfang des Jahres verlangte der BDI: „Zusammenschlüsse und Gemeinschaftsunternehmen, die auf Grundlage der europäischen Fusionskontrolle geprüft und nicht untersagt worden sind, sollen nicht mehr einer nationalen Kontrolle der EG-Mitgliedsstaaten unterliegen.“ (2) Die bislang noch bestehenden einzelstaatlichen Schranken, wonach bei „marktbeherrschender Stellung“ weitere Fusionen verboten sind, soll so unter Hinweis auf die noch nicht erreichte EG-weite „Marktbeherrschung“ in jedem einzelnen EG-Staat aufgehoben werden.

Angriff auf Lohnstandard und Schutzrechten

„Kapital ist hoch mobil und sensibel. Wirtschaftliche Aktivität wird sich da konzentrieren, wo die Bedingungen dafür am günstigsten sind. Das Steuersystem, die Arbeitskosten, die Sozialabgaben, das Arbeitsrecht, die Marktregulierungen, das politische Klima und die politische Stabilität – also all die Faktoren, von denen Investitionsentscheidungen abhängen – unterliegen der internationalen Bewertung. Regierungen und Tarifparteien müssen sich an Maßstäben messen, die in anderen Ländern vorgegeben sind.“ So umschrieb unlängst der Leiter des BDI-kontrollierten Instituts der deutschen Wirtschaft die Forderungen der Kapitalisten in Richtung auf den „gemeinsamen Binnenmarkt“ (3). Wenige Wochen vorher hatte das gleiche Institut festgestellt: „Der angestrebte EG-Binnenmarkt bietet ... eine vielleicht einmalige Chance für eine umfassende Deregulierungs-Offensive.“ (4) „Deregulierung“ bedeutet: Aufhebung von Schranken gegen Nacht- und Wochenendarbeit, gegen Überarbeitung jeder Art, Aufhebung von Mindestlöhnen, von Arbeitsschutzvorschriften usw. In ihrem jährlichen „Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage“ erstattet die EG-

Kommission jährlich Bericht über die Fortschritte, die Regierungen und Konzerne in den einzelnen EG-Staaten auf diesem Gebiet erzielen. Der letzte im April 1987 erschienene Bericht listet u.a. auf:

– Belgien: Aufhebung der gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Wochenendarbeit; Abschaffung der Möglichkeit für Frauen, vor dem 60. Lebensjahr in Rente zu gehen, die gesetzliche Mindestrente gilt nur noch, wenn der Lohnabhängige vorher zehn Jahre in Belgien lebt; Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung;

– Frankreich: Vorlage eines Gesetzes, das die Nachtarbeit für Frauen wieder erlaubt und ansonsten weitreichende „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten ermöglicht; Möglichkeit für die Kapitalisten, die Wochenarbeitszeit je nach Geschäftslage von 37 Stunden auf bis zu 44 Stunden zu steigern;

– Griechenland: Der Nationalrat für Entwicklung und Planung läßt die Einführung von einer „vierten Schicht“ zu, abzuleisten in je zwölf Arbeitsstunden am Samstag und Sonntag; Beginn der Auseinandersetzung um eine Lockerung der Laden-schlußzeiten;

– Spanien: Steigerung der Teilzeitarbeitsverträge binnen eines Jahres von 54000 auf über 130000; Änderung der Überstundengesetzgebung dahin, daß bisher geltende tägliche und monatliche Höchstarbeitszeiten aufgehoben sind; bei Massenentlassungen benötigen die Kapitalisten keine behördlichen Genehmigungen mehr; Anspruch auf Altersrente gilt künftig erst nach 15 Jahren Beitragszahlung (bisher nach zehn Jahren);

– Italien: Die Übernahme eines Teils der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung durch den Staat wird verlängert; Einschränkung des Kindergeldes und höhere „Selbstbeteiligung“ in der Krankenversicherung;

– Niederlande: eine Änderung der Arbeitsgesetze erlaubt auch hier die Wiedereinführung der Nachtarbeit für Frauen;

– Portugal: Abbau von Kündigungsschutzvorschriften; Kapitalisten,

„Europäischer Binnenmarkt“ Die Konzerne gestalten ihn

Bei der Durchsetzung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes fällt eine entscheidende Rolle den großen Konzernen zu: Eine entscheidende Rolle als Ausbeuter von Zehntausenden von Arbeitskräften in den verschiedensten Ländern, als Gestalter der Struktur ganzer Regionen und Landstriche, als Lenker von Regierungen und Kommunen und nicht zuletzt beim Einreißen und Auflösen von sozialen Standards und Schutzbestimmungen für die Lohnabhängigen. Ganz vorne dabei sind westdeutsche Konzerne. Daimler-Benz kauft europaweit Unternehmen ein und entwickelt sich zum führenden (Rüstungs-), Luft- und Raumfahrtkonzern. Siemens beutet fast 60000 Lohnabhängige im künftigen „Binnenmarkt“ aus. VW übernimmt den spanischen Automobilkonzern Seat.

Im Oktober 1986 stellt das VW-Vorstandsmitglied Dr. Peter Frerk dem Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik des Europäischen Parlaments die Ansprüche des Automobilherstellers an eine Europapolitik dar. „Die deutsche Automobilindustrie bekennt sich zu den Grundsätzen des freien Wettbewerbs auf dem Weltmarkt, und wir werden eine entsprechende offene Handelspolitik der Europäischen Gemeinschaft stets unterstützen. Jedoch ... ist eine Verfälschung des Wettbewerbs durch Subventionen an japanische Hersteller zum Aufbau von Fertigungsstätten in Europa nicht akzeptabel.“ Vor allem über große Rationalisierungsmaßnahmen wird die Vernichtungskonkurrenz und das Erobern der Märkte in den Staaten, die keine eigene Automobilproduktion besitzen (Niederlande, Spanien, Belgien u.s.w.) derzeit ausgetragen. Die überseeische Konkurrenz soll dabei herausgehalten werden.

Um die weiteren Konzentrationsprozesse und das Abgrasen der Märkte zu gewährleisten, stellt Frerk konkrete Forderungen an den Ausschuß. Es müsse eine „mehr an Investitionen und der Infrastrukturverbesserung orientierte staatliche Ausgabenpolitik“ eingeleitet werden. Handelshemmnisse jeder Art sind einzustampfen. „Zu erwähnen ist die 200%ige dänische Luxussteuer und die 40%ige Bardepotpflicht Griechenlands. Auch die Preiskontrollen Belgiens und Luxemburgs passen nicht in den marktwirtschaftlich orientierten Gemeinsamen Markt.“

Die weitere Zentralisation und Konzentration wird im Ergebnis

ganze Regionen veröden lassen und neben den direkt Beschäftigten Zehntausende von Lohnabhängigen im Bereich der Zulieferung und des Vertriebs den Gestaltungsvorstellungen der Konzerne unterwerfen. Demgegenüber wird allorts die Mär des Technologieimporteurs, der die Völker nach vorne bringt, verbreitet. „Unsere Milliarden DM, die wir in Seat investieren, um den europäischen Markt zu entwickeln und um die modernste Technologie, die hier in Wolfsburg geschaffen worden ist, auch an der südlichen Grenze der Europäischen Gemeinschaft wirksam werden zu lassen, beweist, daß der gemeinsame Markt für unsere Unternehmenspolitik nicht eine Frage der Zukunft ist, sondern eine Realität der Gegenwart.“ (Frerk) Was ging bei diesem „Technologieexport“ tatsächlich vor? Im Vertrag wurde die spanische Regierung genötigt, das Werk mit 800 Mio. DM zu modernisieren, 3 Mrd. DM Schulden zu übernehmen und die Belegschaft bis 1990 von 32000 auf 19000 zu reduzieren. Mit der Restbelegschaft sollen die Stückzahlen bis 1993 um ca. 20% erhöht werden. Der dort produzierte Polo ist derzeit pro Stück um 800 DM billiger als der in der BRD produzierte. Die westdeutschen VW-Betriebsräte fürchten, daß die gesamte Polo-Produktion nach Spanien verlagert wird.

Die Konzernstrategie zur Lohnsenkung und Beseitigung von Schutzbestimmungen greift. Nicht nur in der BRD sind reihenweise Ausnahmeregelungen, die Nachtarbeit, Wochenend-

schichten bis zu 12 Stunden und Ausdehnung von Schichtarbeit zuzulassen, durchgesetzt worden. Opel in Belgien führt 10-Std.-Schichten ein. Erstmals für die Weltautomobilindustrie streben Ford und Opel an, in Spanien Dreischichtbetrieb einzuführen. BMW in Regensburg setzt regelmäßige Samstagsarbeit durch, mindestens solange bis Zweischichtbetrieb eingeführt ist. Auch unter Hinweis auf die Möglichkeiten der anderen Konzernunternehmen in Westeuropa erzwingt IBM vollkontinuierliche Produktion in Sindelfingen. Direkt nach Übernahme von Seat durch VW sucht die Unternehmensleitung in der Tarifaueinbarung den Konflikt mit der Belegschaft. Anfang 1986 treten 90% der Beschäftigten in einen 24stündigen Streik für eine 7%ige Lohnerhöhung.

Sind hinreichend Belegschaften in solche Verhältnisse gezwungen worden, folgen gesetzliche Vorstöße. In Portugal wird durch die Änderung des Arbeitsgesetzes der Kündigungsschutz aufgeweicht, zeitbefristete Arbeitsverhältnisse zugelassen. 1986 wurden in Frankreich Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches geändert. Anstelle der Wochenarbeitszeit gilt jetzt Jahresarbeitszeit. 44 Stunden in der Woche kann gearbeitet werden. Ist am Jahresende die durchschnittliche Wochenarbeitszeit überschritten, wird die Zeit als Überstunden verrechnet. Bei der 1986 durchgeführten Novellierung des belgischen Arbeitszeitgesetzes wurde die generelle Einführung von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit (für Männer) ermöglicht.

(Alle Zitate aus: Mitteilungen der IHK Lüneburg/Wolfsburg 12/86)



1982 wurde das General-Motors-Werk bei Saragossa in Spanien in Betrieb genommen. 3 qkm Land und Infrastruktur wurden von der spanischen Regierung gestellt. Jetzt will GM in Spanien Drei-Schicht-Betrieb einführen.

die Jugendliche einstellen, werden bis zu zwei Jahre von der Zahlung zur Arbeitslosenversicherung befreit. (5)

Inzwischen propagieren westdeutsche Kapitalisten offen, spätestens mit der Einführung des „gemeinsamen Binnenmarktes“ in der EG im Jahr 1992 müsse das Verbot der Sonntagsarbeit in der BRD vollständig aufgehoben sein. Sonst sei die „Wettbewerbsgleichheit“ nicht mehr gegeben. Die Linie der Kapitalisten ist so einfach wie brutal: Jede Verschlechterung für die Lohnabhängigen, die in einem der EG-Staaten bereits durchgesetzt wurde oder in den nächsten Jahren gelingt, muß spätestens 1992 in allen anderen EG-Staaten nachvollzogen sein. Noch einmal der BDI: „Alle Länder passen sich umgekehrt gerade demjenigen Land an, das die wenigsten Vorschriften und Einzelregelungen kennt – also: Harmonisierung auf niedrigstem Regulierungsniveau. Es liegt auf der Hand, daß für die Harmonisierung (der Arbeits- und Sozialgesetze in der EG, d. Red.) die einfachste und kostengünstigste Lösung zum Vorbild gewählt werden muß.“ (6)

„Solidarität mit ärmeren und strukturschwachen Gebieten Europas“?

„Mit der Verdoppelung der Mittel für den Strukturfonds übt die Gemeinschaft Solidarität mit den Menschen in den ärmeren und strukturschwachen Gebieten Europas“, verkündete Helmut Kohl demagogisch nach dem letzten Gipfeltreffen der EG in Brüssel im Februar dieses Jahres. Und: „Für uns bedeutet dies, daß auf uns 1988 eine zusätzliche finanzielle Belastung von etwa 4 Mrd. DM und 1992 von ca. 10 Mrd. DM zukommen wird.“ (7) Tatsächlich hatten die Staats- und Regierungschefs der EG zuvor eine Erhöhung des Strukturfonds der EG von derzeit umgerechnet knapp 11 Mrd. DM auf 1992 22 Mrd. DM beschlossen. Mit den Mitteln aus diesem „Strukturfonds“ beteiligt sich die EG-Kommission insbesondere in sogenannten „strukturschwachen Gebieten“ wie Irland, Portugal, Spanien usw. mit bis zu 50% an den Kosten von Infrastrukturvorhaben wie Brücken- und Straßenbau, Fernmeldeeinrichtungen, Kanalisation usw. Diese Steigerung des Strukturfonds der EG kommt fast ausschließlich den großen Monopolen zugute. Diese erhalten damit nämlich die nötige Infrastruktur bereitgestellt, um in den großen Niedriglohngebieten der EG umfangreich wie nie zuvor zu investieren. Welcher Anreiz sich diesen Konzernen dafür bietet, veröffentlichte unlängst das Institut der deutschen Wirtschaft in einem „Arbeitskostenvergleich“. Danach betrug der durchschnittliche Bruttostundenlohn eines Lohnabhängigen in der verarbeitenden

Faschisten bereiten EG-Wahlen vor „... gegen alle antideutschen Bestrebungen“

„Erst Deutschland – dann Europa!“, unter dieser Hauptlosung konzentriert die faschistische Deutsche Volksunion – Liste D nach dem Einzug in die Bremer Bürgerschaft ihre Kräfte auf die EG-Wahlen. Die NPD wird sie dabei unterstützen. Mit Kandidaturen der Republikaner, ÖDP, FAP, „Patrioten“ oder NF muß man rechnen.

Es wäre ein erheblicher Fehler, die Losung „Erst Deutschland – dann Europa“ als nationalistische Ablehnung der EG oder gar des „Europa-Gedankens“ mißzuverstehen. Im Gegenteil. Es zeichnet sich ein demagogischer Wahlkampf der DVU – Liste D ab, in dem Kritik an der EG aufgegriffen wird, um hemmungslos die Beseitigung sämtlicher Schranken zu fordern, die der Expansion des BRD-Imperialismus in der EG noch gesetzt sind. Ziel ist, „im Straßburger Parlament gegen alle antideutschen Bestrebungen zu wirken.“

Gegen die „Altparteien“ wird polemisiert, daß sie den Ausverkauf deutscher Interessen in der EG betreiben, vor allem durch Zerstörung der „deutschen Identität“ mit steigender Zahl von „Scheinasylanten und Ausländer“. In Anlehnung an die Politik Le Pens wird Rassismus und Ausländerfeindlichkeit einen Schwerpunkt der faschistischen EG-Wahlkampagne bilden. Als zweiten „nationalen“ Verrat prangert die DVU – Liste D an: „In der EG läßt Kohl die Bundesrepublik den Zahlmeister Europas spielen.“ „Die anderen Länder halten die Hand auf, wir zahlen. Ist das gerecht?“ „Unsere Bauern und Winzer sind schutzlos einem erbarmungslosen Vernichtungskampf ausgeliefert. Ganze Industriezweige, angeführt von Kohle, Stahl und Schiffbau, gehen in den Ruin, weil Bonn – im Gegensatz zur ausländischen Konkurrenz – nicht zu subventionieren wagt.“ Tatsache ist: Die großen westdeutschen Konzerne sind die größten Nutznießer der EG-Politik. Und selbst die EG-Beiträge der BRD kommen größtenteils auf diesem Weg insbesondere den westdeutschen Konzernen zu Gute – von den weitaus größeren Summen, die sie als Profiteure ziehen, ganz zu schweigen. Die DVU – Liste D fordert jetzt „Einschränkung der Milliardenzahlungen“, „Schluß mit der EG-Politik gegen die deutschen Stahlwerke, Fischer, Werften“. Die Finanzierung des EG-Haushaltes soll so zu Gunsten der BRD umverteilt werden bei umfassender Subventionierung von Kohle, Stahl und

Werftindustrie. Gleichzeitig verspricht die DVU – Liste D, daß sie im Gegensatz zu Blüm ein „Herz“ für die „sozial Schwachen“ habe, daß sie mit „eingesparten“ EG-Milliarden die Interessen von Kriegsopfern, Trümmerfrauen, Kleinrentnern und Arbeitslosen finanzieren wolle.

Die DVU – Liste D könnte sich nahtlos in die Politik der derzeitigen „Fraktion der Europäischen Rechten“ im EG-Parlament einreihen. Die Faschisten fordern dort seit den letzten EG-Wahlen in vielen Anträgen „Abschaffung der Behinderung des Kapitalverkehrs“, „die Einrichtung einer europäischen Notenbank mit einer frei in alle anderen Währungen konvertierbaren ECU“, industrielle Freihandelszonen auf Sizili-



Le Pen und Gesinnungsfreunde im Europäischen Parlament

en, Korsika, Sardinien und den Balearen, um nur einiges zu nennen.

Dritter Wahlschwerpunkt der DVU – Liste D ist die Ausrichtung der EG auf einen aggressiven Ostexpansionskurs. Sie wehrt sich gegen die „antideutsche Bestrebung“, „Deutschland auf dem Altar Europas (zu) opfern“. Sie will auch im Europa-Parlament gegen „Vergangenheitsbewältigung“ auftreten und eine aktive „Wiedervereinigungspolitik“ betreiben. „Also: Was sollen denn die Deutschen tun, wenn sie wieder selbstbewußt sind oder geworden sind?“ fragte Prof. B. Willms, einer der führenden neu-rechten Theoretiker, in der Zeitschrift Criticon (Nr. 102). „Die Antwort ist eindeutig: Sie müssen die Neuordnung Europas in Angriff nehmen.“ (a.a.O.) Und dies beschreibt treffend, mit welcher Zielrichtung die DVU – Liste D fordert: „Erst Deutschland – dann Europa“. Quellen: Brief der DVU zur EG-Wahl; Sitzungsdokumente des EG-Parlaments; Criticon.

den Industrie 1987 in Portugal umgerechnet gerade 3,11 DM, in Griechenland 5,06 DM, in Spanien 10,68 DM. (8) Kein Wunder, daß die großen Konzerne ihre Kapitalexporte in diese Niedriglohngelände der EG rasch steigern.

Gleichzeitig leistet die EG-Kommission so einen Beitrag zu der von den Kapitalisten verlangten „Verbesserung der industriellen Infrastruktur Europas“. Schon bisher gehörten der Bau von EG-weiten Autobahnen, die Alpen- und Pyrenäendurchquerung, schnellere Eisenbahnen und ähnliche Projekte zu einem Schwerpunkt der „europäischen Einigung“. Sie erleichtern den großen Konzernen, eine äußerst zergliederte und zugleich hochprofitable EG-weite „Arbeitsteilung“ zwischen verschiedenen Fertigungsstätten zu schaffen, die die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen aufs äußerste anspannt. Diese Projekte werden deshalb auch jetzt beschleunigt vorangetrieben. Die Schnellbahnverbindung BRD-Frankreich gehört ebenso dazu wie der Kanaltunnel nach Großbritannien.

Für die Lohnabhängigen im Transportgewerbe ist die Folge dieses Ausbaus der Großraum-Marktwirtschaft und der damit verbundenen „Liberalisierung der Verkehrsmärkte“ schon jetzt ständige Überarbeit und ein früher Ruin ihrer Arbeitskraft. Erst im letzten Jahr verordnete die EG-Kommission, daß im Straßengüterverkehr EG-weit der 9-Stundentag als „Normalarbeitstag“ zu gelten hat.

„Steuerharmonisierung“

Dritter Schwerpunkt des Projekts „Gemeinsamer Binnenmarkt bis 1992“ ist die sogenannte „Harmonisierung der Steuern“. Was damit gemeint ist, beschrieb der BDI so: „Die Abschaffung von Barrieren im europäischen Binnenmarkt muß nach Auffassung von Mann (Hauptgeschäftsführer des BDI, d. Red.) gekoppelt werden mit einer durchgreifenden Verbesserung der Standortbedingungen in der Bundesrepublik. Die deutschen Unternehmen könnten die großen Chancen, die ihnen der freie EG-Binnenmarkt bieten werde, nur dann wahrnehmen, wenn die Bundesregierung insbesondere im steuerlichen Bereich Benachteiligungen abbaut.“ (9) Gemeint ist: Die Einkommensteuern der Kapitalisten sollen weiter gesenkt, die Gewerbesteuer und womöglich auch die Vermögen- und Kapitalverkehrssteuern ganz abgeschafft werden.

Wie die „Harmonisierung“ der indirekten Steuern aussehen soll, hat die EG-Kommission auch schon beschrieben. Gegenwärtig reichen die Mehrwertsteuersätze in den EG-Ländern von null Prozent (Steuerbefreiung für sog. „Grundbedarfsartikel“) bis weit über 40% für einzelne Luxusgüter. An deren Stelle soll ab 1992 ein „ermä-



Die EG-Kommission im Bundeskanzleramt. Als mit Abstand stärkste wirtschaftliche Macht in der EG bestimmen die BRD-Konzerne auch wesentlich die Politik der EG-Kommission.

ßiger Mehrwertsteuersatz“ zwischen 4 und 9% und ein „Normalsatz“ zwischen 14 und 20% treten. Das Ergebnis dieser „Harmonisierung“ wäre damit: Verteuerung von zahlreichen bisher steuerfreien Artikeln des Grundbedarfs und damit Steigerung des Drucks auf die armen und ärmsten Lohnabhängigen, verbunden mit einer Verbilligung von Luxusgütern für höhere Einkommenszonen um teilweise mehr als 20%.

EG-Notenbank als „Euro-IWF“

Die allgemeine Linie der Konzerne und Regierungen bei der europäischen Einigung kennzeichnet vielleicht am deutlichsten ein Vorschlag der Bundesbank für die nächsten Schritte beim Aufbau einer EG-Währungsunion. Der „Rat der Notenbankgouverneure“ der EG in Basel solle quasi EG-Zentralbankbefugnisse erhalten, die Wechselkurse der einzelnen Währungen untereinander festlegen und Währungskredite bewilligen oder eben auch verweigern können, schlug Bundesbankpräsident Pöhl vor. Dieser „Rat der Notenbankgouverneure“ wäre in seinen Entscheidungen allein den Wünschen der großen, EG-weit operierenden Konzerne verpflichtet. Diese könnten ihre jeweilige Regierung durch die Verweigerung von Währungskrediten, durch Auf- und Abwertungen oder durch die Verhängung von Auflagen für Devisenkredite unter ungeheuren Druck setzen, Entscheidungen im Rat selber fielen je nach Kapitalmacht der einzelnen Konzerne oder Konzerngruppen.

Ausbau einer EG-weit operierenden, allein den großen Konzernen verpflichteten Exekutive, Ausschaltung der Gewerkschaften und von

gewerkschaftlichen Einflüssen in jedem einzelnen Land – das ist die allgemeine Linie der Kapitalisten bei der Verwirklichung des „gemeinsamen Binnenmarktes“. Die westdeutschen Konzerne, die schon jetzt in der Spitzengruppe der EG-Konzerne ganz vorne zu finden sind, fühlen sich dafür bestens gerüstet. „Der Binnenmarkt und das Jahr 1992 markieren für die Bundesrepublik Deutschland die wirtschaftliche Chance für die nächsten Jahrzehnte“, machte Kohl am 25. Februar dieses Jahres im Bundestag für das Projekt Stimmung. Am 15. März verkündete Kohl auf einer Gemeinschaftsveranstaltung von BDI, DIHT, BDA und anderen Kapitalistenverbänden: „Wir haben ... begründeten Anlaß zu der Annahme, daß der Standort Bundesrepublik Deutschland ... exzellente Chancen bietet, aus der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes greifbare Vorteile zu ziehen.“ Wenn die Gewerkschaften sich nicht bald darum bemühen, gegen dieses reaktionäre Expansionsprogramm der westdeutschen Konzerne einen energischen Widerstand aufzubauen und eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in den anderen EG-Staaten aufzubauen, werden die Kapitalisten diese „greifbaren Vorteile“ des EG-Binnenmarktes in einer langen Kette weiterer gewerkschaftlicher Niederlagen auch wirklich erreichen. Quellenhinweis: (1) Handelsblatt, 20. 4.88; (2) BDI-Mitteilungen 1/88; (3) Iwd, Informationsdienst 15/88 v. 14.4.88; (4) Iwd Informationsdienst 5/88 v. 4.2.88; (5) Bericht über die soziale Entwicklung 1986, Brüssel, April 1987; (6) wie (4); (7) Bulletin der Bundesregierung, 26.2.88; (8) Iwd, Informationsdienst 16/88 vom 21.4.88; (9) wie (2) – (kek, rog, rül, thr)

Zur Europakonzeption des deutschen Faschismus: Großraumwirtschaft und Sklavenarbeit

Aus: Der „Allgemeine Teil“ der IG-Farben-Denkschrift zur Friedensplanung des europäischen Wirtschaftsraum vom 3.8.1940

Der Ausgangspunkt einer grundsätzlichen Betrachtung über die Planungsaufgaben der großdeutschen Chemie im europäischen Großraum und über den Einbau dieses Großraumes in die Weltwirtschaft ist die Feststellung, daß die deutsche chemische Industrie der Vorkriegszeit sowohl hinsichtlich des absoluten Mengen- und Wertvolumens der Erzeugung wie auch in bezug auf ihre Stellung im Chemie-Außenhandel der Welt weitaus den ersten Platz einnahm und auf Grund der in der Vorkriegszeit gegebenen Entwicklungstendenzen, verbunden mit ihrer Kapazität und ihren wissenschaftlichen Leistungen, im Begriffe war, ihren klaren Vorsprung nicht nur zu erhalten, sondern noch weiter zu vergrößern. Der Ausgang des Weltkrieges mit allen seinen wirtschaftlichen Folgeerscheinungen hat diese eindeutige Entwicklung jäh unterbrochen. Territoriale Veränderungen, Industrialisierung früherer Bezugsländer und bewußt gegen die deutsche Chemie gerichtete Maßnahmen der Feindländer haben eine Verlagerung zuungunsten Deutschlands von außerordentlicher Tragweite herbeigeführt.

... Um so berechtigter mag es erscheinen, bei der Planung einer europäischen Großraumwirtschaft der deutschen Chemie wieder eine führende und eine Stellung zuzudenken, die ihrem technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Rang entspricht. Von entscheidendem Einfluß auf alle Planungen für den europäischen Raum wird aber die Notwendigkeit sein, eine zielbewußte und

schlagkräftige Führung der zwangsläufigen Auseinandersetzung mit den sich heute schon abzeichnenden außereuropäischen Großraumwirtschaften zu sichern.

Um eine erfolgreiche Behauptung der großdeutschen bzw. europäisch-kontinentalen Chemie in dieser Auseinandersetzung zu gewährleisten, ist es ein dringendes Erfordernis, die Kräfte klar zu erkennen, die auf dem Weltmarkt nach dem Krieg ausschlaggebend sein werden. Ihre Bedeutung ist im folgenden kurz skizziert:

1. Das Schwergewicht der Auseinandersetzung um eine Neuordnung des Weltmarktes wird im Verhältnis zu den *nordamerikanischen Konzernen* ruhen. Vom europäischen Geschäft aus Gründen, die schon vor dem Kriege wirksam waren und die nach dem Kriege verstärkt wirksam sein werden, abgedrängt, werden die Amerikaner mit allen Kräften versuchen, den Ausbau ihres Chemie-Exports zu erhalten und zu fördern, der im Krieg nach anderen als europäischen Ländern erreicht werden konnte. Im Vordergrund steht dabei der lateinamerikanische Markt ... Von dem Grad der Ordnung oder Unordnung des europäischen Wirtschaftsgebietes und der Schaffung zielbewußter handelspolitischer Voraussetzungen wird es abhängen, inwieweit und in welchem Tempo Europa, insbesondere Deutschland, als reiner „Handelspartner“ seine Stellung am lateinamerikanischen Kontinent wird wiederaufrichten, erhalten und ausbauen können. Das für Lateinamerika Gesagte dürfte übrigens in gewissem Maße auch für Kanada gelten.

Das zweite Hauptfeld der Auseinandersetzung mit den USA werden die

Länder des Fernen Ostens, einschließlich des heutigen Britisch-Indien und Niederländisch-Indien, sein.

2. Die Auseinandersetzung mit den Amerikanern im Fernen Osten wird ihre besondere Note dadurch erhalten, daß sich auf gleichem Raum die Entscheidung um die Frage abspielen wird, inwieweit sich die europäische Position im Fernen Osten gegenüber Japan aufrechterhalten läßt ...

3. Zu dem Problem der *italienischen Chemiewirtschaft* kann im Augenblick noch nicht eingehender Stellung genommen werden, da die Möglichkeit der Bildung eines italienischen Großraumes im einzelnen noch nicht zu übersehen sind ...

4. Eine ähnliche Sonderdarstellung ist auch für *Rußland* ins Auge gefaßt, welches in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß als ein Faktor, der unter gleichbleibenden politischen Verhältnissen die Auseinandersetzung der europäischen Chemie mit den übrigen Großräumen zu beeinflussen und zu stören geeignet ist.

Bei der Wertung der unter 1-4 geschilderten Kräfteverhältnisse in ihrem Einfluß auf die anzustellenden Planungen darf ein für die außereuropäischen Wirtschaftsräume ganz generell wirkender Umstand nicht außer acht gelassen werden. Auch der gegenwärtige Krieg hat wiederum eine Industrialisierungswelle in den außereuropäischen Ländern ausgelöst. Die Entwicklung berührt nicht nur die Chemie-Erzeugung unmittelbar in der Gestalt neuer oder des Ausbaues vorhandener chemischer Erzeugungsstätten in außereuropäischen Ländern, die den deutschen bzw. europäischen Chemie-Export beeinträchtigen werden, sondern darüber hinaus entstanden und werden in absehbarer Zeit in diesen Gebieten noch Industrien entstehen, die bisher von Europa importierte Fertigerzeugnisse selbst herstellen und zu deren Erzeugung Chemikalien im weitesten Sinne benötigen. Der dafür in den außereuropäischen Ländern steigende Bedarf an Chemikalien wird aber von den deutschen bzw. europäischen Erzeugern nicht ohne weiteres voll, zum mindesten nicht zu gleichen Preisen erfaßt werden können, weil er stärkerer Konkurrenz, im besonderen derjenigen der Amerikaner und Japaner oder auch neuer nationaler Chemie-Produzenten unterliegen wird.

... Rückblick und Ausblick zeigen die Notwendigkeit, alle Planungen darauf abzustellen, diese Auseinandersetzung in ihrem Erfolg zu sichern und zu diesem Zweck divergierende Interessen in den wirtschaftspolitisch von Großdeutschland aus beeinflussbaren europäischen Industrieländern diesem Ziel unterzuordnen.

Dieser Gedanke ist für die Ausarbeitung unserer länderweise anzustellenden Betrachtungen und Vorschläge



Schon die Nationalsozialisten arbeiteten an der europäischen Einigung.

leitend und ausschlaggebend.

In: Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945.

Aus der streng vertraulichen Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom 1. August 1940 über Grundfragen der künftigen Stellung des deutschen Unternehmers und über die Lohnpolitik im Rahmen der faschistischen „Neuordnung Europas“

Die nach dem siegreichen Kriege zu erwartende europäische Großraumwirtschaft unter Führung des Großdeutschen Reiches in Zusammenhang mit der künftigen Orientierung der Weltwirtschaft wirft schwerwiegende Probleme politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art auf, deren Lösung alsbald in Angriff zu nehmen ist ...

Gerade für die Zukunft gilt es, die kommenden großen Aufgaben tatkräftig und zielklar als Dienst am Volke und am Staat, d.h. ohne jeden inneren Vorbehalt, im nationalsozialistischen Sinne in Angriff zu nehmen. Der Staat kann auf die Führung nicht verzichten. Er wird aber um so weniger in die Wirtschaft selbst eingreifen zu brauchen, je besser die Unternehmer wie auch die Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung die Bedürfnisse der nationalsozialistischen Staatsführung erkennen und erfüllen ...

IV. Arbeitspolitische Grundfragen

Der Wirtschaft im kommenden europäischen Großraum wird, wie schon einleitend betont, von der politischen Führung eine große Fülle von Aufgaben gestellt werden, die u.E. nur

möglich. Wir behalten uns vor, auf dieses Thema noch besonders zurückzukommen ...

C. Arbeitszeit

Die Dauer der künftigen Arbeitszeit wird gleichfalls abhängen von den Aufgaben, die der Führer in Zukunft stellen wird, und von der Zahl der hierfür benötigten und verfügbaren Arbeitskräfte ... Bei der Dauer der Arbeitszeit wird daher auf die unterschiedlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen sein, was für eine möglichst elastische Gestaltung der Arbeitszeitschriften, wie sie schon durch die Kriegserfordernisse angebahnt ist, spricht. Der Achtstundentag ist heute bei uns keine weltanschauliche Frage mehr. Arbeitstempo und Intensität haben sich in den letzten 20 Jahren geändert, aber auch Arbeitererleichterungen mit sich gebracht ... Die Tatsache, daß je nach seiner geistigen oder körperlichen Inanspruchnahme in dem einen Beruf eine Arbeitszeit von 9 Stunden keine größere Leistung bedeutet als im anderen Beruf eine solche von 8 Stunden, ist nicht wegzuwischen und bei der Arbeitszeitgestaltung zu berücksichtigen. Dies nicht zuletzt in Hinblick auf die lange Arbeitszeit des Landarbeiters. Das bedeutet, daß der allgemeine Achtstundentag nicht unbedingt Berechtigung zu haben braucht.

Ulrike Hörster-Philipps, Großkapital und Faschismus 1918–1945 Dokumente, S. 285 ff.

Aus: Franz Neumann, Behemoth Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, S. 395 ff.

Die Politik der „Heranziehung“ von Menschen zum Arbeitseinsatz ist brutal vollzogen worden, ohne Rücksicht auf humanitäre Erwägungen ... Sie begannen mit der vom Vierjahresplanamt erlassenen Verordnung zur Sicherung des Kräftebedarfs vom 22. Juni 1938, die jeden deutschen Staatsbürger zur Arbeit an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit oder zu einer zwangsweisen Berufsschulung verpflichtete. Die Verordnung ging noch nicht weit genug. Sie wurde bald durch jene vom 13. Februar 1939 ersetzt, welche die Verpflichtung auf alle Einwohner des Reichsgebiets ausdehnte und den Einsatz auf unbestimmte Zeit festlegte. Jeder Bewohner des Reichsgebiets, Ausländer oder Staatsbürger, beschäftigt oder unbeschäftigt, Mann oder Frau, Jugendlicher oder Erwachsener, kann zu jeder Art von Arbeitseinsatz für begrenzte oder unbegrenzte Zeit überstellt werden. Wenn er für eine bestimmte Zeit verpflichtet wird und schon beschäftigt ist, bleibt der alte Arbeitsvertrag in Kraft; wird er für unbestimmte Zeit verpflichtet, erlischt er. Auch der Zwangseinsatz erfolgt unter einem Arbeitsvertrag.



Zwangsarbeiter aus der Ukraine. Der Arbeiter links ist barfuß.

A. Grundfragen

I. Künftige Stellung des Unternehmers

Bei der zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung, die zweifellos von der Politik bestimmt werden muß, wird die Stellung des Unternehmens von Bedeutung sein; auch für die Zukunft ist es unerlässlich, den großen Strom der Privatinitiative entscheidend in den Aufbau- und Ausbauwillen des Nationalsozialismus einzuspannen. Aufgabe des Unternehmers ist es, den Güterbedarf zu decken, d.h. den Konsum des Einzelnen im Volke wie auch den Gemeinschaftsbedarf des Volkes. Wie die Ergebnisse der Wehrwirtschaft, des Vierjahresplanes und der Kriegswirtschaft beweisen, ist es dem deutschen Unternehmertum in gemeinschaftlicher Betriebsarbeit mit seinen Gefolgschaften gelungen, diesen gigantischen Produktionsaufgaben gerecht zu werden ...

durch eine entsprechend große Zahl von Arbeitskräften zu bewältigen ist. Es ist der Gedanke ausgesprochen worden, für die Vielzahl der einfachen, untergeordneten und primitiv erscheinenden Arbeiten nicht-volksdeutsche Arbeitskräfte zu verwenden, vielmehr sollen solche Arbeiter ausschließlich von Angehörigen sogenannter Hilfsvölker (vorwiegend Slawen usw.) ausgeführt werden. Dem volksdeutschen Arbeiter soll eine gehobene, qualitativ wertvollere Arbeitsleistung vorbehalten bleiben ...

V. Angestellter – Arbeiter

Bei Überprüfung der sozialen Neuordnung spielt auch die Frage der Beibehaltung der Zweiteilung der Gefolgschaftsmitglieder in Angestellte und Arbeiter eine Rolle. Bestrebungen, diese Zweiteilung aufzuheben und einen einheitlichen Typus des Gefolgschaftsmannes zu schaffen, sollte nicht Folge geleistet werden. Eine völlige rechtliche Gleichstellung ist un-



Albrechts Sozialhilfevorstoß

Die Sozialhilfesätze sind, so scheint es, von dem Vorstoß des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht zur Übernahme eines Teils der Sozialhilfefinanzierung durch den Bund nicht berührt. Aber: Über die „Neuordnung der Sozialhilfe“ beraten Beamte der Sozialministerien der Länder schon lange. Die Finanzminister

haben bislang noch jeden Vorstoß aus dieser Richtung mit dem Hinweis „Zu teuer!“ abgewiesen. Also wird Albrechts Vorstoß einer finanziellen „Entlastung“ der Kommunen schon bald auch eine erneute Debatte über den Umfang der Sozialhilfe selber nach sich ziehen. Am Ende sollen Kommunen und Länder weiter entmachtet sein und Ansprüche der Lohnabhängigen gestrichen.

VR China: Soziale Differenzierung nimmt zu

Wie schon in den letzten Jahren stand die diesjährige Frühjahrstagung des chinesischen Volkskongresses im Zeichen von Wirtschaftsproblemen. Die Getreideproduktion stagniert, in den Städten steigen die Lebenshaltungskosten über 20% jährlich, die regionalen Unterschiede zwischen den reichen Küstenprovinzen und den Provinzen im unerschlossenen Hinterland wachsen beträchtlich. Damit wächst auch die Binnenwanderung, d.h. der Zuzug in die großen Städte. Die Regierung hält dennoch an den marktwirtschaftlichen Reformen fest. Ein Unternehmensgesetz regelt u.a. die Konkurse von Staatsbetrieben; für die Agrarprodukte soll eine Warenterminbörse eingeführt werden.



Flexibilisierung bei BMW

Bei BMW-Regensburg hat der Vorstand Samstagsarbeit und 9-Stundenschichten ab 1. Mai 1988 durchsetzen können. Er hat eine Propaganda entfaltet, daß nur der Betriebsrat mit seiner Ablehnung von Samstagsarbeit die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindere. BMW hat dafür die 36-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

zugestanden. Das kommt immer noch weitaus billiger, als wenn samstags Überstundenzuschläge gezahlt werden müßten. Es gibt zudem eine Betriebsvereinbarung, nach der zu viele Sonderschichten am Samstag für BMW sehr teuer kommen. Diese wird in Regensburg durch die reguläre Samstagsarbeit umgangen. Wie antwortet die IG Metall auf die Konzernpläne, welche Probleme treten dabei auf?

Befreiungskampf in Kurdistan erstarkt weiter

Der bewaffnete Befreiungskampf in den von der Türkei besetzten Gebieten Kurdistans hat in den letzten Monaten weiter an Kraft gewonnen. Die Guerillaeinheiten der ARGK operieren jetzt in größeren Gruppen von bis zu 100 Mann. Bei Silopi in der Nähe Mardins fielen Anfang April über 80 türkische Soldaten und mehrere Offiziere nach Gefechten mit einer Einheit der ARGK. Im gleichen Monat fielen bei Nusaybin sogar 160 Soldaten und Offiziere der Kolonialtruppen in einem zweitägigen Gefecht. Obwohl das türkische Regime mehr als zwei Drittel seiner Truppen in Kurdistan stationiert hat, beurteilen NATO-Kreise die Entwicklung in Kurdistan mit zunehmender Sorge.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten

– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in

der Volksfront. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungs- und Gewerbe

– Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse

– Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement

Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für

Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,-

DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein / Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen / Bremen

Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Leichenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jorg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58 Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144 3936 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lotzer, für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen; für Aus Verbands- und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kusler.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-R, KG (NHT), PA, VSP